



Staats-Anzeiger

FÜR DAS LAND HESSEN

1Y 6432 A

1967

Montag, den 17. April 1967

Nr. 16

Seite

Seite

Der Hessische Ministerpräsident — Staatskanzlei

- Ausweis für die Mitglieder des Konsular-Korps 457
 Staatliche Anerkennung von Rettungstaten 457

Der Hessische Minister des Innern

- Genehmigung eines Wappens der Stadt Bad Soden bei Salmünster im Landkreis Schlüchtern 457
 Genehmigung eines Wappens der Gemeinde Niederhofheim im Main-Taunus-Kreis 458
 Genehmigung einer Flagge des Dillkreises 458
 Bekanntmachung über die Genehmigung der Stiftung des deutschen Textilmaschinenbaues zur Förderung des Ingenieurwachstums 458

Der Hessische Minister der Finanzen

- Gesetz über den Schutz des Arbeitsplatzes bei Einberufung zum Wehrdienst (Arbeitsplatzschutzgesetz); hier: Tarifvertrag zur Durchführung des § 1 Abs. 2 und des § 5 Arbeitsplatzschutzgesetz vom 16. 12. 1966 für die Arbeiter in den Landwirtschaftsbetrieben und Weinbaubetrieben der Länder 458
 Ergänzungstarifvertrag vom 1. 12. 1966 zum Vergütungstarifvertrag Nr. 5 zum Bundes-Angestelltentarifvertrag (BAT) vom 1. 7. 1966; hier: Anschlußtarifvertrag mit dem Verband der weiblichen Angestellten e. V. 459
 Tarifvertrag zur Änderung und Ergänzung der Anlagen 1a und 1b zum BAT (Angestellte im Gesundheitswesen) vom 15. 2. 1967 459
 Rechtsverhältnisse der Lernschwestern und Lernpfleger sowie der Schülerinnen und Schüler in der Krankenpflegehilfe — Tarifverträge vom 1. 1. 1967 — hier: Muster eines Ausbildungsvertrages 462

Der Hessische Kultusminister

- Urkunde über die Errichtung der Pfarrkuratie Roßdorf 463
 Urkunde über die Erhebung des Pfarrkuratorates Ranstadt zur Pfarrkuratie 463

Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr

- Zulassung von Trinitrotoluol-Sprengkörpern Type DM 11 A 1 zum Vertrieb an den hessischen Kalibergbau 463

- Richtlinien für die Erteilung von Ausnahmegenehmigungen vom Sonntagsfahrverbot (§ 4a StVO) 463

Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen

- Eintragung von Tarifverträgen in das Tarifregister für das Land Hessen 466
 Kriegsoferfürsorge; hier: Gewährung eines Härteausgleichs nach § 89 BVG 471
 Staatliche Prüfung von Impfstoffen gegen Geflügelpest 472

Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten

- Flurbereinigung Heringen, Krs. Limburg 473
 Flurbereinigung Darmstadt-Eberstadt 473

Personalnachrichten

- Im Bereich des Hessischen Ministers für Wirtschaft und Verkehr 473
 Im Bereich des Hessischen Ministers für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen 473

Regierungspräsidenten

- DARMSTADT**
 Ungültigkeitserklärung eines Vertriebenenausweises B 473
 Auflösung des Pferdeversicherungs-Vereins zu Babenhausen 473
 Auflösung des Pferdeversicherungs-Vereins „Buseckertal“ in Großen Buseck 474

WIESBADEN

- Schonwalderklärung 474
 Einrichtung eines Wohnplatzes in der Gemeinde Niederdorfelden 474
 Verlust der Eigenschaft als Schätzer und Sachverständiger für antikes Kunstgewerbe 474
 Verlust eines Polizeidienstausweises und eines Polizeiführerscheines 474

Buchbesprechungen

- Öffentlicher Anzeiger 477

363

Der Hessische Ministerpräsident**Ausweis für die Mitglieder des Konsular-Korps**

Der für Herrn Dr. Hans-Joachim Krahn, Konsul von Pakistan in Frankfurt am Main, Bethmannstraße 7—9, am 17. März 1965 ausgestellte Ausweis Nr. 2001 ist verloren gegangen.

Herr Konsul Dr. Krahn hat einen neuen Ausweis mit der Nr. 2027, ausgestellt am 15. März 1967, erhalten.

Wiesbaden, 29. 3. 1967

Der Hessische Ministerpräsident
 Staatskanzlei
 II B/2 2e 10/05

StAnz. 16/1967 S. 457

364

Staatliche Anerkennung von Rettungstaten

Für die Rettung eines Menschen vor dem Tode am 1. Juli 1966 spreche ich Herrn Ottmar Lang, Verwaltungsangestellter, Offenbach am Main, Dank und Anerkennung aus.

Wiesbaden, 19. 12. 1966

Der Hessische Ministerpräsident
 II A 3 — 14 c

StAnz. 16/1967 S. 457

365

Der Hessische Minister des Innern**Genehmigung eines Wappens der Stadt Bad Soden bei Salmünster im Landkreis Schlüchtern, Regierungsbezirk Wiesbaden**

Der Stadt Bad Soden bei Salmünster im Landkreis Schlüchtern, Regierungsbezirk Wiesbaden, ist gemäß § 14 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 1. Juli 1960 (GVBl. S. 103) das nachstehend beschriebene Wappen genehmigt worden:

„In Blau ein schräglinks gestellter goldener Bischofsstab, darunter aus silberner Brunnenschale aufsteigend eine silberne Fontäne, rechts oben in silbernem Schild ein durchgehendes schwarzes Kreuz.“

Wiesbaden, 30. 3. 1967

Der Hessische Minister des Innern
 IV A 22 — 3 k 06 — 26/67

StAnz. 16/1967 S. 457

366**Genehmigung eines Wappens der Gemeinde Niederhofheim im Main-Taunus-Kreis, Regierungsbezirk Wiesbaden**

Der Gemeinde Niederhofheim im Main-Taunus-Kreis, Regierungsbezirk Wiesbaden, ist gemäß § 14 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 1. Juli 1960 (GVBl. S. 103) das nachstehend beschriebene Wappen genehmigt worden:

„In Blau ein goldener Balken und drei goldene, rotbewehrte Vögel (Wachteln) in der Stellung 2 : 1.“

Wiesbaden, 30. 3. 1967

Der Hessische Minister des Innern
IV A 22 — 3 k 06 — 26/67
StAnz. 16/1967 S. 458

367**Genehmigung einer Flagge des Dillkreises, Regierungsbezirk Wiesbaden**

Dem Dillkreis, Regierungsbezirk Wiesbaden, ist gemäß § 12 der Hessischen Landkreisordnung in der Fassung vom 1. Juli 1960 (GVBl. S. 131) die nachstehend beschriebene Flagge genehmigt worden:

369**Der Hessische Minister der Finanzen****Gesetz über den Schutz des Arbeitsplatzes bei Einberufung zum Wehrdienst (Arbeitsplatzschutzgesetz);**

hier: Tarifvertrag zur Durchführung des § 1 Abs. 2 und des § 5 Arbeitsplatzschutzgesetz vom 16. Dezember 1966 für die Arbeiter in den Landwirtschaftsbetrieben und Weinbaubetrieben der Länder

Bezug: Meine Erlasse vom 27. April 1962 (StAnz. S. 704) und 9. November 1962 (StAnz. S. 1572)

Die Tarifgemeinschaft deutscher Länder und die Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft haben für die Arbeiter in den landwirtschaftlichen Betrieben und in den Weinbaubetrieben der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein am 16. Dezember 1966 einen Tarifvertrag zur Durchführung des § 1 Abs. 2 und des § 5 des Arbeitsplatzschutzgesetzes vereinbart. Der Tarifvertrag dient der Anpassung an den VersTV-L vom 4. November 1966 (StAnz. 1967 S. 192) und ist mit Wirkung vom 1. Januar 1967 an die Stelle des mit dem Bezugerlaß vom 17. April 1962 bekanntgegebenen Tarifvertrages vom 7. Dezember 1961 i. d. F. des Tarifvertrages vom 30. Juli 1962 getreten.

Der Tarifvertrag gilt für die Arbeiter des Landes in landwirtschaftlichen Betrieben und in Weinbaubetrieben, auf deren Arbeitsverhältnis der MTL II nicht anzuwenden ist. Das sind z. Z. die landwirtschaftlichen Arbeiter bei der vom Land selbst bewirtschafteten Domäne Beberbeck und die Weinbergarbeiter der Staatlichen Weingüter. Sachliche Änderungen sind durch den Tarifvertrag nicht eingetreten.

Hiermit gebe ich den Tarifvertrag zum Vollzug bekannt.

Wiesbaden, 23. 3. 1967

Der Hessische Minister der Finanzen
P 2001 A — 9 — I B 32
StAnz. 16/1967 S. 458

*

Tarifvertrag**zur Durchführung des § 1 Abs. 2 und des § 5 des Arbeitsplatzschutzgesetzes vom 16. Dezember 1966**

Zwischen der Tarifgemeinschaft deutscher Länder, vertreten durch den Vorsitz des Vorstandes, einerseits, und der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft — Landesbezirke Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Nordmark — andererseits, wird für die Arbeiter in den landwirtschaftlichen Betrieben und in den Weinbaubetrieben der Län-

„Die Flagge zeigt die beiden Farbbahnen Blau und Gold, die im oberen Drittel mit dem Wappen des Dillkreises belegt sind.“

Wiesbaden, 3. 4. 1967

Der Hessische Minister des Innern
IV A 22 — 3 k 06 — 26/67
StAnz. 16/1967 S. 458

368**Bekanntmachung über die Genehmigung der Stiftung des deutschen Textilmaschinenbaues zur Förderung des Ingenieurwachstums**

Gemäß § 80 des Bürgerlichen Gesetzbuchs in Verbindung mit § 3 Abs. 1 des Hessischen Stiftungsgesetzes vom 4. 4. 1966 (GVBl. I S. 77) habe ich am 29. 3. 1967 die mit Stiftungsgeschäft vom 10. 10. 1966 errichtete

„Stiftung des deutschen Textilmaschinenbaues zur Förderung des Ingenieurwachstums“

mit dem Sitz in Frankfurt am Main genehmigt.

Wiesbaden, 31. 3. 1967

Der Hessische Minister des Innern
II A 5 — 2501 — 9/67 — W 6
StAnz. 16/1967 S. 458

der Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein folgendes vereinbart:

§ 1

Hat der Arbeitgeber dem Arbeiter bei Einberufung zum Grundwehrdienst oder zu einer Wehrübung nach § 1 Abs. 2 des Arbeitsplatzschutzgesetzes das Arbeitsentgelt weiterzuzahlen, so wird das Arbeitsentgelt wie folgt errechnet:

1. Die in den letzten zwölf Kalendermonaten vor der Einberufung erzielten sozialversicherungspflichtigen Arbeitsentgelte sind zusammenzuzählen; dabei sind in diesem Zeitraum eingetretene tarifliche Lohnerhöhungen in der Weise zu berücksichtigen, daß die Arbeitsentgelte der vor dem Inkrafttreten der Lohnerhöhung liegenden Kalendermonate um den Vomhundertsatz der Lohnerhöhung erhöht werden. Das Ergebnis wird durch die Zahl der Tage, für die der Arbeitgeber in diesem Zeitraum Lohn oder Urlaubslohn gezahlt hat, geteilt und mit der Zahl 26 vervielfacht. Der sich ergebende Betrag bildet das monatliche Arbeitsentgelt.

2. Im Falle von tariflichen Lohnerhöhungen während des Grundwehrdienstes oder während einer Wehrübung wird das nach Nr. 1 errechnete Arbeitsentgelt vom Tage des Inkrafttretens der Lohnerhöhung an um den Vomhundertsatz der Lohnerhöhung erhöht.

§ 2

Sind für Arbeiter, die auf Grund des Tarifvertrages über die Versorgung der Arbeiter in den landwirtschaftlichen Betrieben und in den Weinbaubetrieben der Länder (VersTV-L) bei der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) pflichtversichert sind, bei Einberufung zum Grundwehrdienst oder zu einer Wehrübung, die Beiträge (Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteil) zur VBL nach § 5 des Arbeitsplatzschutzgesetzes zu entrichten, so wird der Berechnung der Monatsbeiträge ein nach den Grundsätzen des § 1 Nrn. 1 und 2 ermitteltes Arbeitsentgelt zugrunde gelegt.

§ 3

Der Tarifvertrag vom 7. Dezember 1961 zur Durchführung des § 1 Abs. 2 und des § 5 des Arbeitsplatzschutzgesetzes in der Fassung des Tarifvertrages vom 30. Juli 1962 wird aufgehoben.

§ 4

Dieser Tarifvertrag tritt am 1. Januar 1967 in Kraft. Er kann mit einer Frist von neun Monaten zum Schluß eines Kalendervierteljahres, erstmals zum 31. Dezember 1968, schriftlich gekündigt werden.

Ohne daß es einer Kündigung bedarf, tritt der Tarifvertrag außer Kraft, wenn der Begriff des Arbeitsentgelts in § 1 Abs. 2 des Arbeitsplatzschutzgesetzes abweichend von

§ 1 festgelegt wird. Für diesen Fall wird die Nachwirkung gemäß § 4 Abs. 5 des Tarifvertragsgesetzes ausgeschlossen.

Bonn, 16. 12. 1966

Für die Tarifgemeinschaft deutscher Länder
Der Vorsitzter des Vorstandes
gez. Qualen

Für die Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft

Landesbezirk Baden-Württemberg
gez. R. Wahler

Landesbezirk Bayern
gez. Baehr

Landesbezirk Hessen
gez. Haupt

Landesbezirk Niedersachsen
gez. Otto Wild

Landesbezirk Nordrhein-Westfalen
gez. Trautmann

Landesbezirk Rheinland-Pfalz
gez. Rothkopf

Landesbezirk Nordmark
gez. Hoch

370

Ergänzungstarifvertrag vom 1. Dezember 1966 zum Vergütungsstarifvertrag Nr. 5 zum Bundes-Angestelltentarifvertrag (BAT) vom 1. Juli 1966;

hier: Anschlußtarifvertrag mit dem Verband der weiblichen Angestellten e. V.

Bezug: Mein Erlaß vom 21. Dezember 1966 — P 2101 A — 80 — I B 31 (StAnz. 1967 S. 99)

Die Bundesrepublik Deutschland und die Tarifgemeinschaft deutscher Länder haben am 10. Februar 1967 mit dem Verband der weiblichen Angestellten e. V. einen Anschlußtarifvertrag zum Ergänzungstarifvertrag vom 1. Dezember 1966 zum Vergütungsstarifvertrag Nr. 5 zum Bundes-Angestelltentarifvertrag (BAT) abgeschlossen.

Ich bitte um Kenntnisnahme.

Von einer Veröffentlichung des Anschlußtarifvertrages und einer nochmaligen Bekanntgabe des Tarifvertrages vom 1. Dezember 1966 sehe ich ab.

Wiesbaden, 30. 3. 1967

Der Hessische Minister der Finanzen
P 2048 A — 4 — I B 31

StAnz. 16/1967 S. 459

371

Tarifvertrag zur Änderung und Ergänzung der Anlage 1a und 1b zum BAT (Angestellte im Gesundheitswesen) vom 15. Februar 1967

Die Bundesrepublik Deutschland, die Tarifgemeinschaft deutscher Länder und die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände haben am 15. Februar 1967 mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr und der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft einen Tarifvertrag vereinbart, durch den verschiedene Tätigkeitsmerkmale für Angestellte im Gesundheitswesen geändert und ergänzt werden. Außerdem ist eine Erweiterung des Personenkreises vereinbart worden, der eine Zulage nach § 1 Abs. 1 Nr. 5 des Tarifvertrages über die Gewährung von Zulagen gem. § 33 Abs. 1 Buchst. c BAT erhält. Dem am 1. April 1967 in Kraft tretenden Änderungstarifvertrag gebe ich hiermit bekannt.

Zum Vollzug des Änderungstarifvertrages gebe ich folgende Hinweise:

I. Zur Änderung des Teils I der Anlage 1a zum BAT

1. Die in der Vergütungsgruppe IV b Fallgruppe 23 und der Vergütungsgruppe V b Fallgruppe 30 für physikalisch-technische und sonstige Assistenten als Lehrkräfte an staatlich anerkannten Lehranstalten für technische Assistenten enthaltenen Tätigkeitsmerkmale sind redaktionell an die entsprechenden Tätigkeitsmerkmale des Teils II Abschn. D der Anlage 1a zum BAT angepaßt worden. Die technischen Assistenten erfüllen die genannten Tätigkeitsmerkmale bei Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen nunmehr bereits dann, wenn sie überwiegend als Lehrkräfte an staatlich anerkannten Lehranstalten eingesetzt sind.

2. Nach dem Tätigkeitsmerkmal der Vergütungsgruppe VI b Fallgruppe 30 war neben den sonstigen Voraussetzungen für die Eingruppierung der physikalisch-technischen und sonstigen Assistenten in diese Vergütungsgruppe bisher eine mehrjährige Erfahrung in der Erfüllung schwerwiegender Aufgaben erforderlich. In Anpassung an das entsprechende Tätigkeitsmerkmal für medizinisch-technische Assistentinnen können die physikalisch-technischen und sonstigen Assistenten nunmehr in die Vergütungsgruppe VI b aufrücken, wenn sie schwierige Aufgaben erfüllen und sich in dieser Tätigkeit ein Jahr bewährt haben.

3. Die in dem Teil I der Anlage 1a zum BAT neu eingefügte Protokollnotiz Nr. 8 stimmt wörtlich mit der Protokollnotiz Nr. 1 zum Teil II Abschnitt D der Anlage 1a zum BAT überein. Sie ist bei der Feststellung zu beachten, ob eine Lehrtätigkeit überwiegt.

II. Zur Änderung des Teils II Abschnitt D der Anlage 1a zum BAT

1. Medizinisch-technische Assistentinnen

Die in der Vergütungsgruppe IV b Fallgruppe 5 und in der Vergütungsgruppe V b Fallgruppe 10 enthaltenen Tätigkeitsmerkmale für medizinisch-technische Assistentinnen mit staatlicher Anerkennung, die als Lehrkräfte an einer staatlich anerkannten Lehranstalt für medizinisch-technische Assistentinnen eingesetzt sind, haben die im vorstehenden Abschnitt I Nr. 1 erläuterte redaktionelle Anpassung erfahren.

2. Audiometristen

Da Audiometristen in einigen Ländern eine staatliche Anerkennung erhalten bzw. in Kürze erhalten werden, sind die in der Vergütungsgruppe VI b Fallgruppe 1 und in der Vergütungsgruppe VII Fallgruppe 2 enthaltenen Tätigkeitsmerkmale durch die Einfügung der Worte „mit staatlicher Anerkennung“ ergänzt worden. Zugleich sind der Vergütungsgruppe IV b als Fallgruppe 7 und der Vergütungsgruppe V b als Fallgruppe 13 neue Tätigkeitsmerkmale für Audiometristen mit staatlicher Anerkennung oder mit mindestens 2jähriger Fachausbildung an Universitätskliniken oder medizinischen Akademien angefügt worden, die überwiegend als Lehrkräfte an Lehranstalten für Audiometristen eingesetzt sind.

3. Krankengymnasten

Nach der Neufassung des Tätigkeitsmerkmals der Vergütungsgruppe VI b Fallgruppe 11 können Krankengymnasten, die in erheblichem Umfang schwierige Aufgaben erfüllen, nunmehr bereits nach einjähriger Bewährung in dieser Tätigkeit in die Vergütungsgruppe VI b aufrücken.

Der Vergütungsgruppe V c ist als Fallgruppe 5 ein Merkmal für Krankengymnasten angefügt worden, die überwiegend als Lehrkräfte an staatlich anerkannten Lehranstalten für Masseure oder für Masseure und medizinische Bademeister eingesetzt sind. Die Voraussetzung für eine entsprechende Eingruppierung ist dann erfüllt, wenn die Krankengymnasten sich durch besondere Erfahrungen und Kenntnisse auf Grund mehrjähriger Lehrtätigkeit aus der Vergütungsgruppe VI b Fallgruppe 12 herausheben.

4. Masseure, Masseure und medizinische Bademeister

Auch für Masseure bzw. Masseure und medizinische Bademeister, die überwiegend als Lehrkräfte an staatlich anerkannten Lehranstalten für Masseure oder für Masseure und medizinische Bademeister eingesetzt sind und sich durch besondere Erfahrungen und Kenntnisse auf Grund mehrjähriger Lehrtätigkeit aus der Vergütungsgruppe VI b Fallgruppe 15 herausheben, ist in der Vergütungsgruppe V c als Fallgruppe 6 ein neues Tätigkeitsmerkmal vorgesehen.

5. Diätassistentinnen

Zur Bereinigung der bei der Anwendung des Tätigkeitsmerkmals in der Vergütungsgruppe VI b Fallgruppe 8 entstandenen Schwierigkeiten ist das Tätigkeitsmerkmal redaktionell neu gefaßt worden. Aus dem Wortlaut ergibt sich nunmehr zweifelsfrei, daß eine Diätassistentin mit staatlicher Anerkennung als Diätküchenleiterin die Voraussetzung für die Eingruppierung in die Vergütungsgruppe VI b dann erfüllt, wenn sie sich als Diätküchenleiterin mehrjährig bewährt hat.

Die dem Abschnitt D des Teils II der Anlage 1 a zum BAT angefügte neue Protokollnotiz Nr. 7 ist durch die Tatsache bedingt, daß in den Ländern Hessen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein eine staatliche Anerkennung als Diätküchenleiterin nicht mehr erteilt wird. In diesen Ländern gilt das Tätigkeitsmerkmal der Vergütungsgruppe VI b Fallgruppe 8 dann als erfüllt, wenn sich Diätassistentinnen mit staatlicher Anerkennung 5 Jahre als Diätküchenleiterinnen bewährt haben.

6. Arzthelferinnen

Nach der Einführung eines anerkannten Berufsbildes für den Beruf der Arzthelferin sind in den Vergütungsgruppen VIII und IX b Tätigkeitsmerkmale eingefügt worden, die den bereits vorhandenen Merkmalen für zahnärztliche Helferinnen entsprechen.

III. Zur Änderung des Abschnitts A der Anlage 1 b zum BAT

1. Mit der am 1. Oktober 1965 wirksam gewordenen Änderung des Krankenpflegegesetzes (vgl. das Änderungsgesetz vom 20. September 1965 — BGBl. I S. 1438 —) ist der Pflegeberuf der Krankenpflegehelferin bzw. des Krankenpflegehelfers eingeführt worden. Aus diesem Anlaß ist das bisherige Tätigkeitsmerkmal der Vergütungsgruppe Kr. I „Pflegerinnen/Pfleger“ durch das Tätigkeitsmerkmal „Pflegehelferinnen/Pflegehelfer“ ersetzt worden. Außerdem ist die Vergütungsgruppe Kr. II durch das Merkmal „Krankenpflegehelferinnen/Krankenpflegehelfer“ ergänzt worden.

2. Nach der Neufassung des Tätigkeitsmerkmals der Vergütungsgruppe Kr. IV Fallgruppe 9 sind nunmehr alle Krankenschwestern/Krankenpfleger/Kinderkrankenschwestern, die ständig in besonderen Wachstationen/Wachräumen tätig sind, in diese Vergütungsgruppe einzugruppieren. Die bisherige Beschränkung auf die besonderen Wachstationen/Wachräume von neurochirurgischen Abteilungen (Kliniken) und Abteilungen (Kliniken) der Herz- oder Thoraxchirurgie ist entfallen. Zur Erläuterung des Begriffs „besondere Wachstationen/Wachräume“ ist in der Verhandlungsniederschrift folgendes ausgeführt:

„Besondere Wachstationen/Wachräume sind z. B. Wachstationen/Wachräume für Frischoperierte sowie Wachstationen/Wachräume, in denen bewußtlose oder ateminsuffiziente Patienten einer dauernden Überwachung mit Hilfe von medizinisch-technischen Geräten bedürfen. Für die Anwendung des Tätigkeitsmerkmals ist es ohne Bedeutung, wenn die besonderen Wachstationen/Wachräume gebietlich oder örtlich anders bezeichnet werden.“

Im übrigen ist die dem Abschnitt A der Anlage 1 b zum BAT neu angefügte Protokollnotiz Nr. 12 zu beachten.

3. In die Vergütungsgruppe Kr. IV ist als Fallgruppe 21 ein Tätigkeitsmerkmal für Krankenschwestern/Krankenpfleger/Kinderkrankenschwestern aufgenommen worden, die ein Heim für Schülerinnen/Schüler einer Krankenpflegeschule/Kinderkrankenpflegeschule/Schule für Krankenpflegehilfe mit durchschnittlich mindestens 40 Heimplätzen beaufsichtigen.

4. Nach der Ergänzung der Protokollnotiz Nr. 4 zu Abschnitt A der Anlage 1 b zum BAT sind nichtvollbeschäftigte Personen entsprechend der mit ihnen im Arbeitszeitvertrag vereinbarten regelmäßigen Arbeitszeit zu berücksichtigen, wenn eine Eingruppierung von der Zahl der unterstellten Personen abhängig ist.

IV. Zur Änderung des Abschnitts B der Anlage 1 b zum BAT

1. Zur Behebung von Eingruppierungsschwierigkeiten, die für nicht unter die Sonderregelung 2 a und 2 e III fallendes Pflegepersonal in der Vergangenheit öfters entstanden sind, ist dem Abschnitt B der Anlage 1 b zum BAT eine Vorbeurteilung vorangestellt worden. Danach sind Krankenschwe-

stern/Krankenpfleger/Kinderkrankenschwestern nach den Tätigkeitsmerkmalen der Vergütungsgruppe Kr. IV und höher des Abschnitts A einzugruppieren, wenn sie eine diesen Tätigkeitsmerkmalen entsprechende Tätigkeit ausüben und der Abschnitt B Tätigkeitsmerkmale für diese Tätigkeiten nicht enthält.

2. Die in Abschnitt III Nr. 1 dieses Erlasses erläuterten Änderungen und Ergänzungen des Abschnitts A der Anlage 1 b zum BAT sind auch für deren Abschnitt B vereinbart worden.

Außerdem sind den Vergütungsgruppen Kr. III und Kr. IV Tätigkeitsmerkmale für Krankenpflegehelferinnen/Krankenpflegehelfer, denen mindestens 3 bzw. 8 Pflegepersonen ständig unterstellt sind, angefügt worden.

3. Die Protokollnotiz Nr. 2 zu Abschn. B der Anlage 1 b zum BAT ist in der gleichen Weise ergänzt worden, wie die wortgleiche Protokollnotiz Nr. 4 zu Abschnitt A.

V. Zur Ergänzung des Tarifvertrages über die Gewährung von Zulagen

Der Empfängerkreis für die Zulage nach § 1 Abs. 1 Nr. 5 des Tarifvertrages über die Gewährung von Zulagen gem. § 33 Abs. 1 Buchst. c BAT vom 11. Januar 1962 (vgl. meine Erlasse vom 16. Mai 1962 — StAnz. S. 744 — und vom 4. Februar 1963 — StAnz. S. 222 —) ist um zwei weitere Fallgruppen erweitert worden. Die Zulage von 30,— DM mtl. erhalten nunmehr auch die Pflegepersonen in neurologischen Kliniken, Abteilungen oder Stationen, die ständig geistes- kranke Patienten pflegen, sowie die Angestellten in psychiatrischen oder neurologischen Krankenhäusern, Kliniken oder Abteilungen, die im EEG-Dienst oder in der Röntgendiagnostik ständig mit geisteskranken Patienten Umgang haben.

Wiesbaden, 29. 3. 1967

Der Hessische Minister der Finanzen
P 2105 A — 115 — I B 3
StAnz. 16/1967 S. 459

*

Tarifvertrag

zur Änderung und Ergänzung der Anlagen 1 a und 1 b zum BAT
(Angestellte im Gesundheitswesen)
vom 15. Februar 1967

Zwischen der Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch den Bundesminister des Innern, der Tarifgemeinschaft deutscher Länder, vertreten durch den Vorsitz des Vorstandes, der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände, vertreten durch den Vorstand, einerseits und der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr — Hauptvorstand —, der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft — Bundesvorstand — andererseits, wird folgendes vereinbart:

§ 1

Änderung und Ergänzung der Anlage 1 a zum BAT für den Bereich des Bundes und für den Bereich der Tarifgemeinschaft deutscher Länder

Teil I und Teil II Abschnitt D der Anlage 1 a zum BAT, zuletzt geändert durch den Tarifvertrag zur Änderung und Ergänzung der Anlage 1 a zum BAT vom 1. Februar 1967, werden wie folgt geändert und ergänzt:

1. Teil I wird wie folgt geändert und ergänzt:

a) Vergütungsgruppe IV b Fallgruppe 23 erhält die folgende Fassung:

„23. Physikalisch-technische Assistenten (technische Assistenten für Physik), chemisch-technische Assistenten und Chemotechniker, landwirtschaftlich-technische Assistenten mit staatlicher Anerkennung, die überwiegend als Lehrkräfte an staatlich anerkannten Lehranstalten für technische Assistenten eingesetzt sind und sich durch besondere Erfahrungen und Kenntnisse auf Grund mehrjähriger Lehrtätigkeit aus der Vergütungsgruppe V b Fallgruppe 30 herausheben.
(Hierzu Protokollnotiz Nr. 8)“

b) Vergütungsgruppe V b Fallgruppe 30 erhält die folgende Fassung:

„30. Physikalisch-technische Assistenten (technische Assistenten für Physik), chemisch-technische Assistenten und Chemotechniker, landwirtschaftlich-technische Assistenten mit staatlicher Anerkennung, die überwie-

- gend als Lehrkräfte an staatlich anerkannten Lehranstalten für technische Assistenten eingesetzt sind.* (Hierzu Protokollnotiz Nr. 8)“
- c) In Vergütungsgruppe VI b Fallgruppe 30 werden die Worte „und hierin mehrjährige Erfahrung aufweisen“ durch die Worte „nach einjähriger Bewährung in dieser Tätigkeit“ ersetzt.
- d) Als Protokollnotiz Nr. 8 wird eingefügt:
„Nr. 8. Bei der Entscheidung, ob die Lehrtätigkeit überwiegt, ist von der für die in Betracht kommende Angestelltengruppe geltenden regelmäßigen Arbeitszeit auszugehen.“
2. Teil II Abschnitt D wird wie folgt geändert und ergänzt:
- a) Vergütungsgruppe IV b Fallgruppe 5 erhält die folgende Fassung:
„5. Medizinisch-technische Assistentinnen mit staatlicher Anerkennung, die überwiegend als Lehrkräfte an staatlich anerkannten Lehranstalten für medizinisch-technische Assistentinnen eingesetzt sind und sich durch besondere Erfahrungen und Kenntnisse auf Grund mehrjähriger Lehrtätigkeit aus der Vergütungsgruppe V b Fallgruppe 10 herausheben.“
(Hierzu Protokollnotiz Nr. 1)“
- b) In Vergütungsgruppe IV b wird das folgende Tätigkeitsmerkmal angefügt:
„7. Audiometristen mit staatlicher Anerkennung oder mit mindestens zweijähriger Fachausbildung an Universitätskliniken oder medizinischen Akademien, die überwiegend als Lehrkräfte an Lehranstalten für Audiometristen eingesetzt sind und sich durch besondere Erfahrungen und Kenntnisse auf Grund mehrjähriger Lehrtätigkeit aus der Vergütungsgruppe V b Fallgruppe 13 herausheben.“
(Hierzu Protokollnotiz Nr. 1)“
- c) Vergütungsgruppe V b Fallgruppe 10 erhält die folgende Fassung:
„10. Medizinisch-technische Assistentinnen mit staatlicher Anerkennung, die überwiegend als Lehrkräfte an staatlich anerkannten Lehranstalten für medizinisch-technische Assistentinnen eingesetzt sind.“
(Hierzu Protokollnotiz Nr. 1)“
- d) In Vergütungsgruppe V b wird das folgende Tätigkeitsmerkmal angefügt:
„13. Audiometristen mit staatlicher Anerkennung oder mit mindestens zweijähriger Fachausbildung an Universitätskliniken oder medizinischen Akademien, die überwiegend als Lehrkräfte an Lehranstalten für Audiometristen eingesetzt sind.“
(Hierzu Protokollnotiz Nr. 1)“
- e) In Vergütungsgruppe V c werden die folgenden Tätigkeitsmerkmale angefügt:
„5. Krankengymnasten, die überwiegend als Lehrkräfte an staatlich anerkannten Lehranstalten für Masseure oder für Masseure und medizinische Bademeister eingesetzt sind und sich durch besondere Erfahrungen und Kenntnisse auf Grund mehrjähriger Lehrtätigkeit aus der Vergütungsgruppe VI b Fallgruppe 12 herausheben.“
(Hierzu Protokollnotiz Nr. 1)
6. Masseure, Masseure und medizinische Bademeister, die überwiegend als Lehrkräfte an staatlich anerkannten Lehranstalten für Masseure oder für Masseure und medizinische Bademeister eingesetzt sind und sich durch besondere Erfahrungen und Kenntnisse auf Grund mehrjähriger Lehrtätigkeit aus der Vergütungsgruppe VI b Fallgruppe 15 herausheben.“
(Hierzu Protokollnotiz Nr. 1)“
- f) In Vergütungsgruppe VI b Fallgruppe 1 werden nach dem Wort „Audiometristen“ die Worte „mit staatlicher Anerkennung oder“ eingefügt.
- g) Vergütungsgruppe VI b Fallgruppe 8 erhält die folgende Fassung:
„8. Diätassistentinnen mit staatlicher Anerkennung als Diätküchenleiterin (§ 19 RdErl. RuPrMdl vom 5. April 1937), die als Diätküchenleiterinnen tätig sind, nach mehrjähriger Bewährung in dieser Tätigkeit.“
(Hierzu Protokollnotiz Nr. 7)“
- h) In Vergütungsgruppe VI b Fallgruppe 11 werden die Worte „nach mehrjähriger Bewährung“ durch die Worte „nach einjähriger Bewährung“ ersetzt.
- i) In Vergütungsgruppe VI b Fallgruppe 12 wird das Wort „in“ durch das Wort „an“ ersetzt.
- j) In Vergütungsgruppe VII Fallgruppe 2 werden nach dem Wort „Audiometristen“ die Worte „mit staatlicher Anerkennung oder“ eingefügt.
- k) In Vergütungsgruppe VIII wird das folgende Tätigkeitsmerkmal eingefügt:
„13 a. Arzthelferinnen mit Lehrabschlußprüfung.“
- l) In Vergütungsgruppe IX b wird das folgende Tätigkeitsmerkmal eingefügt:
„4 a. Angestellte ohne Lehrabschlußprüfung in der Tätigkeit von Arzthelferinnen.“
- m) Den Protokollnotizen wird die folgende Protokollnotiz Nr. 7 angefügt:
„7. In den Ländern, in denen eine staatliche Anerkennung als Diätküchenleiterin nicht erfolgt, gilt das Tätigkeitsmerkmal als erfüllt, wenn sich die Diätassistentin fünf Jahre als Diätküchenleiterin bewährt hat.“

§ 2

Änderung und Ergänzung der Anlage 1 a zum BAT für den Bereich der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände

§ 3

Änderung und Ergänzung der Anlage 1 b zum BAT für die Bereiche des Bundes, der Tarifgemeinschaft deutscher Länder und der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände

1. Abschnitt A der Anlage 1 b zum BAT wird wie folgt geändert und ergänzt:

- a) Das Tätigkeitsmerkmal der Vergütungsgruppe Kr. I erhält die folgende Fassung:
„Pflegehelferinnen/Pflegehelfer.“
- b) Die Tätigkeitsmerkmale der Vergütungsgruppe Kr. II erhalten die folgende Fassung:
„1. Krankenpflegehelferinnen/Krankenpflegehelfer.
2. Pflegehelferinnen/Pflegehelfer nach mindestens einjähriger Ausbildung und mit verwaltungseigener Abschlußprüfung.
3. Wochenpflegerinnen mit staatlicher Anerkennung.“
- c) Vergütungsgruppe Kr. IV Fallgruppe 9 erhält die folgende Fassung:
„9. Krankenschwestern/Krankenpfleger/Kinderkrankenschwestern, die ständig in besonderen Wachstationen/Wachräumen tätig sind.“
(Hierzu Protokollnotiz Nr. 12)“
- d) In Vergütungsgruppe Kr. IV wird das folgende Tätigkeitsmerkmal angefügt:
„21. Krankenschwestern/Krankenpfleger/Kinderkrankenschwestern, die ein Heim für Schülerinnen/Schüler einer Krankenpflegeschool/Kinderkrankenpflegeschool/Schule für Krankenpflegehilfe mit durchschnittlich mindestens 40 Heimplätzen beaufsichtigen.“
- e) Der Protokollnotiz Nr. 4 wird folgender Satz angefügt:
„Nichtvollbeschäftigte Personen werden entsprechend der mit ihnen im Arbeitsvertrag vereinbarten regelmäßigen Arbeitszeit berücksichtigt.“
- f) Den Protokollnotizen zu den Vergütungsgruppen Kr. I bis Kr. X wird folgende Protokollnotiz Nr. 12 angefügt:
„Nr. 12 Besondere Wachstationen/Wachräume sind nicht Wachstationen in psychiatrischen Kliniken.“

2. Abschnitt B der Anlage 1 b zum BAT wird wie folgt geändert und ergänzt:

- a) Den Vergütungsgruppen wird die folgende Vorbemerkung vorangestellt:
„Krankenschwestern/Krankenpfleger/Kinderkrankenschwestern werden nach den Tätigkeitsmerkmalen der Vergütungsgruppe Kr. IV oder einer höheren Vergütungsgruppe des Abschnitts A eingruppiert, wenn sie eine diesen Tätigkeitsmerkmalen entsprechende Tätigkeit ausüben und der Abschnitt B ein Tätigkeitsmerkmal für diese Tätigkeit nicht enthält.“

- b) Das Tätigkeitsmerkmal der Vergütungsgruppe Kr. I erhält die folgende Fassung:
„Pflegehelferinnen/Pflegehelfer.“
- c) Das Tätigkeitsmerkmal der Vergütungsgruppe Kr. II wird durch die folgenden Tätigkeitsmerkmale ersetzt:
„1. Krankenpflegehelferinnen/Krankenpflegehelfer.
2. Pflegehelferinnen/Pflegehelfer nach mindestens einjähriger Ausbildung und mit verwaltungseigener Abschlußprüfung.“
- d) Das Tätigkeitsmerkmal der Vergütungsgruppe Kr. III Fallgruppe 2 wird durch die folgenden Tätigkeitsmerkmale ersetzt:
„2. Krankenpflegehelferinnen/Krankenpflegehelfer, denen mindestens drei Pflegepersonen ständig unterstellt sind.
(Hierzu Protokollnotizen Nrn. 1 und 2)
3. Pflegehelferinnen/Pflegehelfer nach mindestens einjähriger Ausbildung und mit verwaltungseigener Abschlußprüfung, denen mindestens drei Pflegepersonen ständig unterstellt sind.
(Hierzu Protokollnotizen Nrn. 1 und 2)“
- e) Das Tätigkeitsmerkmal der Vergütungsgruppe Kr. IV Fallgruppe 3 wird durch die folgenden Tätigkeitsmerkmale ersetzt:
„3. Krankenpflegehelferinnen/Krankenpflegehelfer, denen mindestens acht Pflegepersonen ständig unterstellt sind.
(Hierzu Protokollnotizen Nrn. 1 und 2)
4. Pflegehelferinnen/Pflegehelfer nach mindestens einjähriger Ausbildung und mit verwaltungseigener Abschlußprüfung, denen mindestens acht Pflegepersonen ständig unterstellt sind.
(Hierzu Protokollnotizen Nrn. 1 und 2)“
- f) Der Protokollnotiz Nr. 2 wird folgender Satz angefügt:
„Nichtvollbeschäftigte Personen werden entsprechend der mit ihnen im Arbeitsvertrag vereinbarten regelmäßigen Arbeitszeit berücksichtigt.“

§ 4

Anwendung des Tarifvertrages über die Gewährung von Zulagen gem. § 33 Abs. 1 Buchst. c BAT vom 11. Januar 1962

§ 1 Abs. 1 Nr. 5 des Tarifvertrages vom 11. Januar 1962 wird in der folgenden Fassung angewendet:

„5. Pflegepersonen in psychiatrischen Krankenhäusern (Heil- und Pflegeanstalten) oder psychiatrischen Kliniken, Abteilungen oder Stationen,
Pflegepersonen in neurologischen Kliniken, Abteilungen oder Stationen, die ständig geisteskrankte Patienten pflegen,
Angestellte in psychiatrischen oder neurologischen Krankenhäusern, Kliniken oder Abteilungen, die im EEG-Dienst oder in der Röntgendiagnostik ständig mit geisteskranken Patienten Umgang haben,
Angestellte der Krankengymnastik, die überwiegend mit geisteskranken Patienten Umgang haben,
sonstige Angestellte, die ständig mit geisteskranken Patienten zu arbeitstherapeutischen Zwecken zusammenarbeiten oder sie hierbei beaufsichtigen 30,— DM.“

§ 5

Übergangsvorschriften

(1) Die Eingruppierung der unter diesen Tarifvertrag fallenden Angestellten, die bis zum 15. Februar 1967 günstiger als nach diesem Tarifvertrag eingruppiert worden sind, bleibt unberührt.

(2) Angestellte, die am 31. März 1967 im Arbeitsverhältnis stehen und nach diesem Tarifvertrag die Tätigkeitsmerkmale einer höheren als ihrer bisherigen Vergütungsgruppe erfüllen, werden nach § 27 BAT höhergruppiert.

§ 6

Inkrafttreten

Dieser Tarifvertrag tritt am 1. April 1967 in Kraft.
Bonn, 15. 2. 1967

(Es folgen die Unterschriften)

372

Rechtsverhältnisse der Lernschwestern und Lernpfleger sowie der Schülerinnen und Schüler in der Krankenpflegehilfe — Tarifverträge vom 1. Januar 1967 —

hier: Muster eines Ausbildungsvertrages

Bezug: Mein Erlaß vom 23. Februar 1967 — P 2100 A — 464 — I B 31 — (StAnz. S. 330)

Im Nachgang zu Abschnitt I Nr. 2 des Bezugserlasses gebe ich hiermit das Muster eines Ausbildungsvertrages für Lernschwestern und Lernpfleger bekannt, deren Rechtsverhältnisse sich nach dem Tarifvertrag vom 1. Januar 1967 bestimmen.

Wiesbaden, 29. 3. 1967

Der Hessische Minister der Finanzen
P 2100 A — 464 — I B 31
StAnz. 16/1967 S. 462

*

Muster

Ausbildungsvertrag

Zwischen

.....
(Schulträger)
und

geboren am in
wohnhaft in (Straße) (Hausnummer)

gesetzlich vertreten durch
wohnhaft in (Straße) (Hausnummer)

wird folgender Ausbildungsvertrag geschlossen:

§ 1

Ausbildungsverhältnis

Der Schulträger verpflichtet sich, die Schülerin/den Schüler nach Maßgabe des Krankenpflegegesetzes i. d. F. vom 20. September 1965 (BGBl. I S. 1443) und der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Krankenschwestern/Krankenpflegern und Kinderkrankenschwestern vom 2. August 1966 (BGBl. I S. 462) auszubilden. Auf das Ausbildungsverhältnis findet der Tarifvertrag zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Lernschwestern und Lernpfleger vom 1. Januar 1967 in der jeweils geltenden Fassung Anwendung.

§ 2

Beginn und Ende der Ausbildung

Die Ausbildung beginnt am
und endet am

§ 3

Probezeit — Kündigung

Die ersten drei Monate der Ausbildung gelten als Probezeit. Während der Probezeit kann das Ausbildungsverhältnis von beiden Seiten mit einer Frist von zwei Wochen zum Monatsende gekündigt werden. Nach Ablauf der Probezeit kann das Ausbildungsverhältnis nur aus einem wichtigen Grund gekündigt werden.

§ 4

Unterkunft und Verpflegung

Die Schülerin/der Schüler verpflichtet sich, in der von dem Träger bereitgestellten Unterkunft zu wohnen und an der Gemeinschaftsverpflegung teilzunehmen.

§ 5

Schulordnung und Hausordnung

Die Schülerin/der Schüler unterliegt der Schulordnung und der Hausordnung.

....., den
Für den Träger der Schule Gesetzliche(r) Vertreter
.....
Die Schülerin/der Schüler
.....

373

Der Hessische Kultusminister

Urkunde über die Errichtung der Pfarrkuratie Roßdorf

Der Bischof von Mainz hat

1. gemäß can. 1428 CIC und den übrigen Bestimmungen des allgemeinen und diözesanen Rechtes nach Anhören des Domkapitels und aller hierfür in Betracht Kommenden unter Berücksichtigung von can. 1427 § 2 CIC die Pfarrkuratie Roßdorf errichtet.

2. Die Pfarrkuratie Roßdorf wird von der Pfarrei Groß-Zimmern abgetrennt.

Die neue Pfarrkuratie umfaßt die Gemeinden Gundernhausen und Roßdorf.

3. Die Pfarrkuratie Roßdorf gehört zum Dekanat Dieburg.

4. Gemäß can. 1427 § 3 CIC hat er der neuen Pfarrkuratie folgende bereits auf den Titel „Katholische Kirche Roßdorf“ eingetragene Grundstücke mit sämtlichen Rechten und Pflichten überwiesen:

Grundbuch von Roßdorf:

Band 40; Blatt 2566; 1 Flur 8 Nr. 84 — 733 qm Ackerland, die Obere Schlicht, 2 Flur 3 Nr. 92/3 — 1553 qm Bauplatz, Erbacher Straße, 3 Flur 8 Nr. 85 — 2314 qm Ackerland, die Obere Schlicht, 4 Flur 8 Nr. 83 — 1332 qm Ackerland, die Obere Schlicht;

Grundbuch von Gundernhausen:

Band 15; Blatt 804; 1 Flur 1 Nr. 234 — 793 qm Gartenland im Ort, 2 Flur 1 Nr. 235 — 459 qm Hof- und Gebäudefläche, Nordhäuserstraße.

Ferner werden der neuen Pfarrkuratie sämtliche Gelder sowie bewegliche und unbewegliche Vermögenswerte zugeteilt, die bereits für sie angeschafft worden sind.

5. Für den Unterhalt der Pfarrkuratie ist durch Aufnahme in die Besoldungsordnung der Diözese Mainz, für die Bedürfnisse der Pfarrkuratie durch Anteil an der diözesanen Kirchensteuer und durch das Kirchengeld gesorgt.

6. Dem jeweiligen Pfarrkuraten hat er die selbständige Seelsorge der auf dem Gebiet der Pfarrkuratie wohnenden Katholiken mit sämtlichen Rechten und Pflichten, wie sie im allgemeinen und diözesanen Recht festgelegt sind, übertragen.

7. Der Kirchenstiftungsrat der Kirchenstiftung Roßdorf bleibt im Amt.

8. Alle sonst notwendigen Ausführungsbestimmungen, insbesondere zu Nr. 4, 5 und 7 dieser Urkunde, erläßt auch für den Fall, daß can. 1500 CIC zu berücksichtigen wäre, das Bischöfliche Ordinariat bzw. dessen Finanzabteilung.

9. Die Bestimmungen dieser Urkunde treten mit dem 1. April 1967 in Kraft.

Mainz, 15. 3. 1967

*

Die vorstehende Urkunde wird hiermit bekanntgemacht.
Wiesbaden, 31. 3. 1967

Der Hessische Kultusminister
Z II 2 — 883/21 — 75
StAnz. 16/1967 S. 463

374

Urkunde über die Erhebung des Pfarrektorates Ranstadt zur Pfarrkuratie

Der Bischof von Mainz hat

1. Gemäß can. 1428 CIC und den übrigen Bestimmungen des allgemeinen und diözesanen Rechtes nach Anhören des Domkapitels und aller hierfür in Betracht Kommenden unter Berücksichtigung von can. 1427 § 2 CIC das Pfarrektorat Ranstadt zur Pfarrkuratie erhoben.

2. Die Pfarrkuratie Ranstadt wird von der Pfarrkuratie Nidda abgetrennt.

Die neue Pfarrkuratie umfaßt die Gemeinden Bellmuth, Bobenhausen I, Dauernheim, Nieder-Mockstadt, Ober-Mockstadt und Ranstadt.

3. Die Pfarrkuratie Ranstadt gehört zum Dekanat Büdingen.

4. Gemäß can. 1427 § 3 CIC wird der neuen Pfarrkuratie das auf den Titel „Katholische Kirche (Seelsorgestelle Ranstadt)“ eingetragene Grundstück überwiesen:

Grundbuch für Ranstadt:

Band 15; Blatt 750; 1 Flur 1 Nr. 371/6 — 1162 qm Hof- und Gebäudefläche, Lalsbachstraße 15 — Gemarkung Ranstadt — (= Kirche und Pfarrhaus) — mit sämtlichen Rechten und Pflichten.

Der Grundbuchtitel soll lauten „Katholische Kirche Ranstadt“. Ferner werden der neuen Pfarrkuratie sämtliche Gelder sowie bewegliche und unbewegliche Vermögenswerte zugeteilt, die bereits für sie angeschafft worden sind.

4a. Der Vermögensbeirat wird zum Kirchenstiftungsrat ernannt.

5. Für den Unterhalt des Pfarrkuraten ist durch Aufnahme in die Besoldungsordnung der Diözese Mainz, für die Bedürfnisse der Pfarrkuratie durch Anteil an der diözesanen Kirchensteuer und durch das Kirchengeld gesorgt.

6. Dem jeweiligen Pfarrkuraten wird die selbständige Seelsorge der auf dem Gebiet der Pfarrkuratie wohnenden Katholiken mit sämtlichen Rechten und Pflichten, wie sie im allgemeinen und diözesanen Recht festgelegt sind, übertragen.

7. Alle sonst notwendigen Ausführungsbestimmungen, insbesondere zu Nr. 4, 4a und 5 dieser Urkunde, erläßt auch für den Fall, daß can. 1500 CIC zu berücksichtigen wäre, das Bischöfliche Ordinariat bzw. dessen Finanzabteilung.

8. Die Bestimmungen dieser Urkunde treten mit dem 1. April 1967 in Kraft.

Mainz, 15. 3. 1967

*

Die vorstehende Urkunde wird hiermit bekanntgemacht.
Wiesbaden, 31. 3. 1967

Der Hessische Kultusminister
Z II 2 — 883/21 — 75
StAnz. 16/1967 S. 462

375

Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr

Zulassung von Trinitrotoluol-Sprengkörpern

Type DM 11 A 1 zum Vertrieb an den hessischen Kalibergbau

Auf Grund von § 1 Abs. 1 der Verordnung über den Vertrieb von Sprengmitteln an den Bergbau vom 9. April 1962 (GVBl. S. 245) werden die von der Dynamit Nobel AG, Troisdorf, hergestellten Trinitrotoluol-Sprengkörper, Type DM 11 A 1, unter dem Vorbehalt jederzeitigen Widerrufs für den Vertrieb an den hessischen Kalibergbau zugelassen. Die Sprengkörper dürfen nur zum Zwecke der Verwendung in untertägigen Alarmschießanlagen vertrieben werden.

Die Zulassung wird hiermit gemäß § 1 Abs. 4 Satz 1 a.a.O. öffentlich bekanntgemacht.

Wiesbaden, 29. 3. 1967

Hessisches Oberbergamt
76 d 20 — 1/20
StAnz. 16/1967 S. 463

376

Richtlinien für die Erteilung von Ausnahmegenehmigungen vom Sonntagsfahrverbot (§ 4 a StVO)

Der Bundesminister für Verkehr hat die nachfolgenden Richtlinien für die Erteilung von Ausnahmegenehmigungen vom Sonntagsfahrverbot im Verkehrsblatt Heft 4/1967 unter Nr. 47 veröffentlicht:

I.

Begründung des Sonntagsfahrverbots

Der durch die Verordnung vom 14. März 1956 eingefügte § 4 a StVO dient vor allem dem Schutz der Bevölkerung vor Belästigungen durch den schweren Lkw-Verkehr und gibt dem Personenverkehr an Sonn- und Feiertagen den Vorzug.

Außerdem soll damit ein gleichmäßiger Verkehrsfluß auf dem Bundesfernstraßennetz erreicht und die Verkehrssicherheit verbessert werden. § 4 a StVO ist dadurch zu einem wichtigen Mittel der Verkehrslenkung geworden.

II.

Erteilung von Ausnahmegenehmigungen

Es sind Einzel- oder befristete Dauergenehmigungen nach folgenden Bestimmungen unter Beachtung der Zuständigkeitsregelung nach § 47 Abs. 2 a StVO zu erteilen:

1. Einzelgenehmigungen:

a) Grundsätze:

Bei der Prüfung der Anträge ist ein strenger Maßstab anzulegen. Ausnahmen sind auf dringendste Fälle zu beschränken. Es können zum Beispiel folgende Gründe maßgebend sein:

- aa) Beseitigung eines die Allgemeinheit treffenden Notstandes oder Aufrechterhaltung des Betriebs öffentlicher Versorgungs- oder Verkehrseinrichtungen,
- bb) Versorgung der Bevölkerung mit Frischmilch oder anderen leichtverderblichen Lebensmitteln,
- cc) Versorgung von Messen, Märkten oder sonstigen Großveranstaltungen mit Lebens- oder Genußmitteln und Getränken,
- dd) termingerechte Be- und Entladung oder Ausbesserung von Seeschiffen,
- ee) Beförderung von Turnierpferden, wenn auf dem Turnierplatz keine geeigneten Stallungen vorhanden sind,
- ff) Beförderung von Schlachtvieh zu den am Montag stattfindenden Viehmärkten.

Wirtschaftliche oder wettbewerbliche Gesichtspunkte allein rechtfertigen keine Ausnahme von den Vorschriften des § 4 a StVO.

Der Antragsteller hat entsprechende Unterlagen beizubringen. Der Beförderungsweg ist vorzuschreiben, soweit das aus verkehrlichen Gründen geboten ist. Die Erteilung von Ausnahmen mit Gültigkeit für das ganze Bundesgebiet ist unzulässig.

b) Auflagen:

Durch entsprechende Auflagen ist sicherzustellen, daß Autobahnen an den Oster- und Pfingstfeiertagen sowie an Sonn- und Feiertagen vom 1. Juli bis 15. September jeden Jahres nur in der verkehrsschwächeren Zeit von 0.00 bis 8.00 Uhr benutzt werden können.

c) Mindestmotorleistung:

Ausnahmegenehmigungen dürfen nur für Kraftfahrzeuge erteilt werden, die eine Mindestmotorleistung von 6 PS je Tonne des zulässigen Gesamtgewichts des Kraftfahrzeugs und der jeweiligen Anhängelast erreichen.

d) Grenzüberschreitender Verkehr:

Ausnahmegenehmigungen für den grenzüberschreitenden Verkehr dürfen nur erteilt werden, wenn feststeht, daß die deutschen und ausländischen Grenzzollstellen zu dem Zeitpunkt der voraussichtlichen Ankunft an der Grenze zur Abfertigung von Lkw-Ladungen besetzt sind. Der Nachweis obliegt dem Antragsteller.

e) Formblatt:

Ausnahmegenehmigungen sind nach nachstehend abgedrucktem Muster zu erstellen.

2. Befristete Dauergenehmigungen:

a) Anwendung der Bestimmungen für Einzelgenehmigungen:

Die in Nummer 1 ausgeführten Bestimmungen gelten auch für befristete Dauergenehmigungen.

b) Gültigkeitsdauer:

Dauergenehmigungen dürfen mit einer Gültigkeitsdauer bis zu sechs Monaten erteilt werden, wenn die Notwendigkeit der regelmäßigen Beförderung nachgewiesen wird. Für Milch- oder Postbeförderung ist eine Gültigkeitsdauer bis zu einem Jahr zulässig. In die Genehmigung ist eine Widerrufsklausel aufzunehmen.

c) Unmöglichkeit der Beförderung durch andere Verkehrsmittel:

Dauergenehmigungen dürfen nur für solche Transportgüter ausgestellt werden, deren Beförderung nicht wenigstens zum größten Teil der Strecke durch andere Verkehrsmittel möglich oder aus schwerwiegenden Gründen unzumutbar ist. Die Straßenverkehrsbehörde hat diese Voraussetzungen zu prüfen oder kann vom Antragsteller die Beibringung entsprechender Nachweise verlangen.

d) Unterrichtung der höheren Verwaltungsbehörde:

Die Straßenverkehrsbehörde legt eine Durchschrift der Ausnahmegenehmigung der vorgesetzten höheren Verwaltungsbehörde vor. Wenn in einem Land keine höhere Verwaltungsbehörde besteht, tritt an ihre Stelle die oberste Landesbehörde.

e) Anhörverfahren:

Geht ein Transport über das Land hinaus, hat die Straßenverkehrsbehörde vor Erteilung der Genehmigung die höhere Verwaltungsbehörde, in deren Bezirk das betreffende Land zuerst berührt wird, zu unterrichten und sie um Mitteilung zu bitten, ob für die Beförderung innerhalb des Landes Auflagen erforderlich oder bestimmte Straßen vorzuschreiben sind. Geht innerhalb von drei Wochen keine Mitteilung ein, kann unterstellt werden, daß gegen die Genehmigung keine Bedenken bestehen.

III.

Übersicht über die gesetzlichen Feiertage

Mit Ausnahme des 17. Juni (BGBl. I 1953 S. 178) sind die Feiertage durch Landesrecht festgelegt worden. Aus diesen Bestimmungen ergibt sich folgende Übersicht:

Übersicht über die gesetzlichen Feiertage, Stand 1. Februar 1967

Feiertage	Baden-Württemberg	Bayern ¹⁾	Berlin-West	Bremen	Hamburg	Hessen	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Schleswig-Holstein	Saarland
Neujahr	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Hl. Dreikönige (6. 1.)	x	x									
Karfreitag	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Ostermontag	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x
1. Mai	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Christi Himmelfahrt	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Pfingstmontag	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Fronleichnam	x	k									
Tag d. dtsh. Einheit (17. 6.)	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Mariä Himmelfahrt (15. 8.)		k									
Allerheiligen (1. 11.)	x	k ¹⁾						x	x	x	x
Buß- und Bettag	x	e	x	x	x	x	x	x	x	x	x
1. und 2. Weihnachtstag	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x

x bedeutet gesetzlicher Feiertag

k bedeutet Feiertag in Gemeinden mit überwiegend katholischer Bevölkerung

e bedeutet Feiertag in Gemeinden mit überwiegend evangelischer Bevölkerung

¹⁾ In bayerischen Gemeinden mit überwiegend evangelischer Bevölkerung ist Allerheiligen gesetzlicher Feiertag, wenn die Kreisverwaltungsbehörde nach Anhörung des evangelischen Dekanats feststellt, daß dieser Tag in der Gemeinde auch von der evangelischen Bevölkerung gefeiert wird. Im Stadtkreis Augsburg ist außerdem der 8. 8. (Friedensfest) gesetzlicher Feiertag.

²⁾ Ausgenommen von dem Fahrverbot sind Kraftfahrzeuge im Durchgangsverkehr zwischen Salzburg und Lofer (Verordnung vom 25. Juli 1956, Bundesanzeiger Nr. 145 S. 1). Außerdem findet nach der Entscheidung des Bayerischen Obersten Landesgerichts vom 12. Februar 1957 — 2 St 1/57 — (Neue Juristische Wochenschrift 1957 S. 758) das Fahrverbot des § 4 a StVO in Bayern auf Fronleichnam, Mariä Himmelfahrt, Allerheiligen und Buß- und Bettag keine Anwendung, da dort diese Feiertage mit Rücksicht auf das Religionsbekenntnis der überwiegenden Bevölkerungsteils lediglich in bestimmten Gemeinden Feiertage sind (§ 1 Abs. 1 b, c bayer. Feiertagsgesetz vom 15. 12. 1949 — GVBl. 1950 S. 41).

Diese Richtlinien werden für Hessen verbindlich erklärt und treten zum 1. April 1967 in Kraft.

Im Einvernehmen mit dem Hessischen Minister des Innern sind die vorstehenden Richtlinien auch anzuwenden, wenn die Polizei nach § 47 Abs. 3 StVO bei Gefahr im Verzuge die Ausnahmegenehmigung erteilt. Für eine solche Ausnahme ist nur dann Raum, wenn ein Antragsteller unverschuldet und unvorhersehbar (z. B. bei einer Panne) nicht rechtzeitig die Ausnahmegenehmigung bei der zuständigen Straßenverkehrsbehörde beantragen konnte.

Über die Durchführung von Abschnitt II Nr. 2 Buchstabe c) der Richtlinien (Unmöglichkeit der Beförderung durch andere Verkehrsmittel) wurde mit der Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbahn folgendes vereinbart:

- a) Alle Güterabfertigungen erhalten einen Abdruck der Richtlinien.
- b) Die Güterabfertigungen werden angewiesen, Anfragen der Straßenverkehrsbehörden oder der Antragsteller in der Regel innerhalb von drei Tagen zu beantworten und entsprechende Bescheinigungen auszustellen.
- c) Darüber hinaus sind die Güterabfertigungen in der Lage, fernmündliche Anfragen der Straßenverkehrsbehörden vor Erteilung von Einzelgenehmigungen in der Regel innerhalb von zwei Stunden zu beantworten.

Von dieser in den Richtlinien zunächst nicht vorgesehenen Möglichkeit sollte im Interesse der Flüssigkeit des gesamten Verkehrs weitgehend Gebrauch gemacht werden.

Wiesbaden, 10. 3. 1967

**Der Hessische Minister
für Wirtschaft und Verkehr**

Abteilung III — Verkehr StVO — 4/67

StAnz. 16/1967 S. 463

*

Anlage

MUSTER

(Ausstellende Behörde)

Ausnahmegenehmigung zur Durchführung von Transporten an Sonn- und gesetzlichen Feiertagen Ordnungs-Nr.

Dem(r)
(Vor- und Zuname, Firma)
(genaue Bezeichnung des Unternehmens)
in Straße
(Sitz des Unternehmens oder der Zweigniederlassung)
wird auf Grund des § 46 Abs. 2 Straßenverkehrs-Ordnung (StVO) für

	Amtl. Kennzeichen	Zulässiges Gesamtgewicht in Tonnen
a) Lkw		
b) Anhänger		

die Ausnahmegenehmigung von dem Verkehrsverbot nach § 4a der Straßenverkehrs-Ordnung unter folgenden Bedingungen erteilt:

1. Die Ausnahmegenehmigung berechtigt unter dem Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs zur Beförderung von

..... kg
(Art des Gutes) (Gewicht)

von
(Abgangsort)

nach
(Empfangsort)

über
(Beförderungsweg)

für die Zeit vom bis

2. Folgende Auflagen sind zu beachten:

3. Die Ausnahmegenehmigung entbindet den Fahrzeughalter (Unternehmer) u. a. nicht von der Beachtung der Vorschriften des Güterkraftverkehrsgesetzes.

4. Diese Ausnahmegenehmigung ist in Urschrift mitzuführen und auf Verlangen den mit der Überwachung des Verkehrs beauftragten Personen zur Prüfung auszuhändigen.

....., den 19....

(Unterschrift und Dienststempel
der ausstellenden Behörde)

(VkB1 1967 S. 93)

377

Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen

Eintragung von Tarifverträgen in das Tarifregister für das Land Hessen

In den Monaten Februar und März 1967 wurden die nachstehend aufgeführten Tarifverträge in das Tarifregister für das Land Hessen eingetragen.

1. **Nr. 101/164** — Tarifvertrag vom 16. 12. 1966 — gültig ab 1. 1. 1967 — für die Arbeiter in den landwirtschaftlichen Betrieben und in den Weinbaubetrieben der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein zur Durchführung des § 1 Abs. 2 und des § 5 des Arbeitsplatzschutzgesetzes.

Tarifvertragsparteien:

Tarifgemeinschaft deutscher Länder und Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft, Landesbezirke Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Nordmark.

2. **Nr. 305/130** — Lohnstarifvertrag vom 13. 7. 1966 — gültig ab 1. 7. 1966 — für die gewerbl. Arbeitnehmer und Berglehrlinge (Lohn, Entgelte, Urlaubsgeld) nebst Protokollnotiz vom gleichen Tage.

3. **Nr. 305/131** — Gehaltstarifvertrag vom 13. 7. 1966 — gültig ab 1. 7. 1966 — für die kaufm. und techn. Angestellten sowie Lehrlinge (Gehalt, Entgelte, Urlaubsgeld).

Zu 2 u. 3) betr. Arbeitnehmer der in Hessen gelegenen Betriebe der Harz-Lahn-Erzbergbau GmbH.

4. **Nr. 305/132** — Gehaltstarifvertrag vom 25. 7. 1966 — gültig ab 1. 7. 1966 — für die kaufm. und techn. Angestellten und Lehrlinge der Hessische Berg- und Hüttenwerke AG. (Gehalt, Entgelte, Urlaubsgeld) nebst Protokollnotiz vom gleichen Tage.

5. **Nr. 305/133** — Lohnstarifvertrag vom 31. 8. 1966 — gültig ab 1. 7. 1966 — für die gewerbl. Arbeitnehmer der Gewerkschaft „Louise“ (Lohn, Urlaubsgeld).

6. **Nr. 305/134** — Gehaltstarifvertrag vom 31. 8. 1966 — gültig ab 1. 7. 1966 — für die Angestellten der Gewerkschaft „Louise“.

7. **305/135** — Lohnstarifvertrag vom 22. 9. 1966 — gültig ab 1. 7. 1966 — für die gewerbl. Arbeitnehmer und Lehrlinge in den Eisenerzgruben der Hessische Berg- und Hüttenwerke AG. (Lohn, Entgelte, Urlaubsgeld) nebst Protokollnotiz vom gleichen Tage.

Zu 2—7) Tarifvertragsparteien:

Unternehmensverband Eisenerzbergbau e. V., Düsseldorf, und Industriegewerkschaft Bergbau und Energie.

8. **Nr. 400/124** — Tarifvertrag vom 14. 12. 1966 — gültig ab 1. 1. 1967 — zur Ergänzung des Manteltarifvertrages vom 4. 12. 1963 (zusätzliches Urlaubsgeld).

9. **Nr. 400/125** — Arbeitszeitabkommen vom 14. 12. 1966 (Arbeitszeitkürzung ab 1. 1. 1968).

Zu 8 u. 9) betr. gewerbl. Arbeitnehmer der Mineralmahlwerke in der Bundesrepublik einschl. West-Berlin.

Zu 8 u. 9) Tarifvertragsparteien:

Fachverband Mineralische Rohstoffe, Duisburg, Königsstraße 36, und Industriegewerkschaft Bau — Steine — Erden, Hauptvorstand, Frankfurt/M., Bockenheimer Landstraße 73—77.

10. **Nr. 406/31** — Tarifvertrag vom 1. 7. 1965 — gültig ab 1. 1. 1967 — über die Regelung der Arbeitszeit der gewerbl. Arbeitnehmer der Kalksandsteinindustrie in der Bundesrepublik einschl. West-Berlin.
Tarifvertragsparteien:
Bundesverband Kalksandsteinindustrie e. V., Hannover, und Industriegewerkschaft Bau — Steine — Erden, Hauptvorstand, Frankfurt/M.
11. **Nr. 409/187** — Tarifvertrag vom 29. 12. 1966 — gültig ab 1. 2. 1967 — über die vollkontinuierliche Arbeitsweise der Arbeitnehmer in den Betrieben der vollautomatischen Hohlglaserzeugung oder vollautomatischen Glasfaserherstellung in der Bundesrepublik.
Tarifvertragsparteien:
Fachverband Hohlglasindustrie e. V., Düsseldorf, Couventstr. 4, und Industriegewerkschaft Chemie — Papier — Keramik, Hauptvorstand, Hannover, Königsworther Platz 6.
12. **Nr. 409/77** — Schlichtungsvereinbarung vom 1. 12. 1966 — gültig ab 1. 12. 1966 — für die Arbeitnehmer der Gablonzer Industrie in der Bundesrepublik.
Tarifvertragsparteien:
Verband der Gablonzer Industrie e. V., Bonn, Zepelinstraße 60, und Industriegewerkschaft Chemie — Papier — Keramik, Hauptvorstand, Hannover, Königsworther Platz 6.
13. **Nr. 700/427** — Tarifvertrag (1. Nachtrag) vom 25. 2. 1967 — gültig ab 1. 1. 1967 — zur Änderung des Manteltarifvertrages für die gewerbl. Arbeitnehmer vom 15. 10. 1964 (Urlaub).
14. **Nr. 700/428** — Tarifvertrag (1. Nachtrag) vom 25. 2. 1967 — gültig ab 1. 1. 1967 — zur Änderung des Manteltarifvertrages für die Angestellten vom 15. 10. 1964 (Urlaub). Zu 13 u. 14) abgeschlossen mit der Industriegewerkschaft Metall, Bezirksleitung Hannover.
15. **Nr. 700/429** — Tarifvertrag (1. Nachtrag) vom 25. 2. 1967 — gültig ab 1. 1. 1967 — zur Änderung des Manteltarifvertrages für die gewerbl. Arbeitnehmer vom 15. 10. 1964 (Urlaub), abgeschlossen mit dem Christlichen Metallarbeiter-Verband Deutschlands im CGD, Landesverband Niedersachsen.
16. **Nr. 700/430** — Tarifvertrag (1. Nachtrag) vom 25. 2. 1967 — gültig ab 1. 1. 1967 — zur Änderung des Manteltarifvertrages für die Angestellten vom 15. 10. 1964 (Urlaub), abgeschlossen mit der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Landesverband Niedersachsen/Bremen.
17. **Nr. 700/431** — Tarifvertrag (1. Nachtrag) vom 25. 2. 1967 — gültig ab 1. 1. 1967 — zur Änderung des Manteltarifvertrages für die Angestellten vom 15. 10. 1964 (Urlaub), abgeschlossen mit dem Deutschen Handels- und Industrieangestellten-Verband, Gau Niedersachsen, Hannover, dem Verband Deutscher Techniker, Gau Niedersachsen, Hannover, sowie dem Bund Deutscher Werkmeister, Gau Niedersachsen, Hannover.
Zu 13—17) betr. Arbeitnehmer in den Werken der Volkswagenwerk AG. in der Bundesrepublik.
Zu 13—17) Tarifvertragsparteien:
Volkswagenwerk AG. Wolfsburg und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
18. **Nr. 1100/179** — Gehaltstarifvertrag vom 17. 1. 1967 — gültig ab 1. 2. 1967.
19. **Nr. 1100/180** — Tarifvertrag vom 17. 1. 1967 — gültig ab 1. 2. 1967 — über Lehrlingsentgelte.
Zu 18 u. 19) abgeschlossen mit der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Landesverband Hessen, Frankfurt/M.
20. **Nr. 1100/181** — Gehaltstarifvertrag vom 17. 1. 1967 — gültig ab 1. 2. 1967 —.
21. **Nr. 1100/182** — Tarifvertrag vom 17. 1. 1967 — gültig ab 1. 2. 1967 — über Lehrlingsentgelte.
Zu 20 u. 21) abgeschlossen mit dem DHV — Deutscher Handels- und Industrieangestellten-Verband, Landesverband Hessen, Frankfurt/M., sowie dem Verband der weiblichen Angestellten e. V., Landesverband Hessen, Frankfurt/M.
Zu 18—21) betr. kaufm. und techn. Angestellte und Meister sowie kaufm. und techn. Lehrlinge der chemischen Industrie im Lande Hessen.

Zu 18—21) Tarifvertragsparteien:

Tarifgemeinschaft von Arbeitgeberverbänden der chemischen Industrie, Wiesbaden — vertreten durch den Arbeitsring der Arbeitgeberverbände der Deutschen Chemischen Industrie e. V., Wiesbaden — und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.

22. **Nr. 1103c/34** — Rationalisierungsabkommen vom 31. 8. 1966 — gültig ab 1. 9. 1966 — für die gewerbl. Arbeitnehmer der Deutschen Shell AG. in der Bundesrepublik.
Tarifvertragsparteien:
Deutsche Shell Aktiengesellschaft, Hamburg, und Industriegewerkschaft Chemie — Papier — Keramik, Hauptvorstand, Hannover.
23. **Nr. 1103c/35** — Rationalisierungsabkommen vom 27. 9. 1966 — gültig ab 1. 9. 1966 — für die Arbeitnehmer der BP Benzin und Petroleum AG. in der Bundesrepublik.
Tarifvertragsparteien:
BP Benzin und Petroleum Aktiengesellschaft, Hamburg, und Industriegewerkschaft Chemie — Papier — Keramik, Hauptvorstand, Hannover.
24. **Nr. 1200/230** — Protokollnotiz vom 31. 1. 1967 zum Urlaubsabkommen für die Arbeitnehmer in der hessischen Textilindustrie vom 12. 2. 1964/21. 5. 1965 und zum Urlaubsgeldabkommen vom 21. 5. 1965.
25. **Nr. 1200/231** — Tarifvertrag vom 3. 3. 1967 zur Ergänzung des § 2 (Kurzarbeit) des Manteltarifvertrages für die gewerbl. Arbeitnehmer der hessischen Textilindustrie vom 22. 9. 1966.
Zu 24 u. 25) Tarifvertragsparteien:
Landesvereinigung Hessen der deutschen Textilindustrie e. V. — Sozialpolitischer Ausschuss — und Gewerkschaft Textil — Bekleidung, Bezirksleitung Frankfurt/M.
26. **Nr. 1401a/45** — Manteltarifvertrag vom 15. 9. 1966 — gültig ab 1. 4. 1966 — für die gewerbl. Arbeitnehmer und Lehrlinge des Schriftgießereigewerbes in der Bundesrepublik einschl. West-Berlin.
Tarifvertragsparteien:
Arbeitgeberverband der Schriftgießereien, Offenbach/M., und Industriegewerkschaft Druck und Papier, Hauptvorstand, Stuttgart.
27. **Nr. 1502/65** — Schiedsspruch der Landesschlichtungsstelle vom 25. 1. 1967 — gültig ab 1. 1./ 1. 3. 1967 — als Tarifvertrag betr. Löhne und Urlaub für die gewerbl. Arbeitnehmer der Lederwaren- und Kofferindustrie im Lande Hessen.
28. **Nr. 1600/114** — Tarifvertrag vom 4. 6. 1965 über die Änderung der Kündigungsfristen der Manteltarifverträge für die gewerbl. Arbeitnehmer und für die Angestellten.
29. **Nr. 1600/115** — Tarifvertrag vom 26. 8. 1965 — gültig ab 1. 10. 1965/1. 1. 1966/1. 1. 1967 — für alle Arbeitnehmer betr. u. a. Arbeitszeit, Urlaubsgeld, Urlaubsdauer.
30. **Nr. 1600/116** — Tarifvertrag vom 26. 10. 1965 — gültig ab 1. 1. 1966 — zur Änderung und Ergänzung des Manteltarifvertrages für die gewerbl. Arbeitnehmer vom 30. 1. 1956 i. d. F. vom 4. 5. 1964 nebst Protokollnotiz vom gleichen Tage.
31. **Nr. 1600/117** — Tarifvertrag vom 26. 10. 1965 — gültig ab 1. 1. 1966 — zur Änderung und Ergänzung des Manteltarifvertrages für die Angestellten vom 17. 7. 1958 i. d. F. vom 4. 5. 1964 nebst Protokollnotiz vom gleichen Tage.
32. **Nr. 1600/118** — Tarifvertrag vom 19. 11. 1965 betr. Urlaub und Urlaubsgeld für Lehrlinge, die nicht mehr unter das Jugendarbeitsschutzgesetz fallen.
33. **Nr. 1600/119** — Tarifvertrag vom 19. 11. 1965 über die Arbeitszeit der Kraftfahrer und Beifahrer im Werksfernverkehr.
34. **Nr. 1600/120** — Manteltarifvertrag vom 28. 6. 1966 — gültig ab 1. 1. 1966 — für die gewerbl. Arbeitnehmer nebst Protokollnotizen (Neufassung des MTV. vom 30. 1. 1956).
35. **Nr. 1600/121** — Manteltarifvertrag vom 28. 6. 1966 — gültig ab 1. 1. 1966 — für die kaufm. und techn. Angestellten sowie Meister nebst Protokollnotizen (Neufassung des MTV. vom 17. 7. 1958).
Zu 28—35) betr. Arbeitnehmer der Kautschukindustrie in den Ländern Niedersachsen und Hessen.
Zu 28—35) Tarifvertragsparteien:
Arbeitgeberverband der niedersächsischen Gummiwarenindustrie e. V., Hannover, sowie Sozialpolitische Ver-

- einigung der hessischen Gummiindustrie, Frankfurt/M., und Industriegewerkschaft Chemie — Papier — Keramik, Hauptvorstand, Hannover.
36. **Nr. 1908a/8** — Manteltarifvertrag vom 11. 1. 1967 — gültig ab 1. 1. 1967 — nebst Protokollnotiz vom gleichen Tage.
37. **Nr. 1908a/9** — Rationalisierungsabkommen vom 11. 1. 1967 — gültig ab 1. 1. 1967 —
Zu 36 u. 37) betr. gewerbl. Arbeitnehmer der Ölmühlenindustrie in der Bundesrepublik einschl. West-Berlin, ohne Hamburg.
Zu 36 u. 37) Tarifvertragsparteien:
Verband Deutscher Oelmühlen e. V., Bonn, und Gewerkschaft Nahrung — Genuß — Gaststätten, Hamburg.
38. **Nr. 1908c/39** — Lohntarifvertrag vom 3. 2. 1967 — gültig ab 1. 2. 1967 — für die gewerbl. Arbeitnehmer der Margarine- und Kunstseifeindustrie in der Bundesrepublik, ausgenommen Bayern.
Tarifvertragsparteien:
Margarine-Verband e. V., Hamburg, und Gewerkschaft Nahrung — Genuß — Gaststätten, Hauptverwaltung, Hamburg.
39. **Nr. 1910/47** — Lohntarifvertrag vom 27. 2. 1967 — gültig ab 1. 3. 1967 — für die gewerbl. Arbeitnehmer.
40. **Nr. 1910/48** — Gehaltstarifvertrag vom 27. 2. 1967 — gültig ab 1. 3. 1967 — für die kaufm. und techn. Angestellten sowie Meister nebst Protokollnotiz vom gleichen Tage.
Zu 39 u. 40) betr. Arbeitnehmer der Nahrungsmittelindustrie im Lande Hessen.
41. **Nr. 1910b/48** — Lohntarifvertrag vom 1. 2. 1967 — gültig ab 1. 2. 1967 — für die gewerbl. Arbeitnehmer nebst Protokollnotiz vom gleichen Tage.
42. **Nr. 1910b/49** — Gehaltstarifvertrag vom 1. 2. 1967 — gültig ab 1. 2. 1967 — für die kaufm. und techn. Angestellten sowie Meister.
Zu 41 u. 42) betr. Arbeitnehmer der Teigwarenindustrie im Lande Hessen.
43. **Nr. 1913/105** — Manteltarifvertrag vom 24. 2. 1967 — gültig ab 1. 1. 1967 — für die gewerbl. Arbeitnehmer der Weinkellereien, Weinhandlungen, Sektellereien, Weinbrennereien, Spirituosenhersteller, Essig- und Senffabriken im Lande Hessen nebst Protokollnotiz vom gleichen Tage.
Zu 39—43) Tarifvertragsparteien:
Arbeitgeberverband Nahrung und Genuß Hessen e. V., Frankfurt/M., und Gewerkschaft Nahrung — Genuß — Gaststätten, Landesleitung Hessen/Rheinland-Pfalz/Saar, Frankfurt/M.
44. **Nr. 1912/193** — Manteltarifvertrag vom 18. 7. 1966 — gültig ab 1. 1./1. 4. 1966 — für die gewerbl. Arbeitnehmer.
45. **Nr. 1912/194** — Tarifvertrag vom 18. 7. 1966 — gültig ab 1. 1. 1966 — betr. Urlaubsgeld für die kaufm. und techn. Angestellten sowie Meister.
46. **Nr. 1912/195** — Tarifvertrag vom 18. 7. 1966 — gültig ab 1. 1. 1966 — betr. Urlaubsgeld für die gewerbl., kaufm. und techn. Lehrlinge.
Zu 44—46) betr. Arbeitnehmer der Kronenbrauerei Heinrich Haubach GmbH., Dillenburg; Oranienbrauerei Aders KG., Dillenburg; Herborner Bärenbräu Adolf Schramm KG., Herborn; L. Balbach KG., Biedenkopf, und Hch. Thome, Wolzhausen, Krs. Biedenkopf.
Zu 44—46) Tarifvertragsparteien:
Siegener Brauereiverband e. V., Siegen, und Gewerkschaft Nahrung — Genuß — Gaststätten, Landesleitung Hessen/Rheinland-Pfalz/Saar, Frankfurt/M.
47. **Nr. 2001/61** — Lohntarifvertrag vom 11. 11. 1966 — gültig ab 1. 12. 1966 — für die gewerbl. Arbeitnehmer einschl. Heimarbeiter des Wäscheschneider- und Stickerhandwerks in der Bundesrepublik (mit Ausnahmen) nebst Protokollnotiz vom gleichen Tage.
48. **Nr. 2003/63** — Urlaubsabkommen vom 11. 11. 1966 — gültig ab 1. 1. 1967 —.
49. **Nr. 2003/64** — Lohntarifvertrag vom 11. 11. 1966 — gültig ab 1. 12. 1966 — nebst Protokollnotiz vom gleichen Tage.
- Zu 48 u. 49) betr. gewerbl. Arbeitnehmer, Werkstatt-leiterinnen und Heimarbeiter des Modistenhandwerks in der Bundesrepublik (mit Ausnahmen).
- Zu 47—49) Tarifvertragsparteien:
Arbeitsgemeinschaft des Bekleidungshandwerks im Bundesgebiet e. V., München 2, Ottostr. 7/III, und Gewerkschaft Textil — Bekleidung, Hauptvorstand, Düsseldorf, Florastr. 7.
50. **Nr. 2003/62** — Lohntarifvertrag vom 7. 11. 1966 — gültig ab 1. 9. 1966/1. 10. 1967 — für die gewerbl. Arbeitnehmer sowie Heimarbeiter der Hutindustrie in Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und Nordrhein-Westfalen (Löhne, Arbeitszeitkürzung, Lehrlingsentgelte).
Tarifvertragsparteien:
Tarifgemeinschaft der Hutindustrie und Gewerkschaft Textil — Bekleidung, Hauptvorstand, Düsseldorf, Florastraße 7.
51. **Nr. 2005/38** — Tarifvertrag vom 21. 12. 1964/14. 6. 1966 — gültig ab 1. 1. 1965 — über die Errichtung eines Vereins und einer Stiftung für die gewerbl. Arbeitnehmer.
52. **Nr. 2005/39** — Lohntarifvertrag vom 3. 11. 1966 — gültig ab 1. 7. 1966 — für die gewerbl. Arbeitnehmer.
53. **Nr. 2005/40** — Manteltarifvertrag vom 30. 11. 1966 — gültig ab 1. 1. 1967 — für die Angestellten sowie kaufm. und techn. Lehrlinge.
54. **Nr. 2005/41** — Gehaltstarifvertrag vom 30. 11. 1966 — gültig ab 1. 1. 1967 — mit Tätigkeitsgruppenverzeichnis für die Angestellten.
Zu 51—54) betr. Arbeitnehmer der Miederindustrie sowie der Bademoden-, Wäsche- und Freizeitbekleidungsindustrie in der Bundesrepublik und West-Berlin.
Zu 51—54) Tarifvertragsparteien:
Arbeitsgemeinschaft der Miederindustrie e. V., Frankfurt/M., Zeil 51/IV, und Gewerkschaft Textil — Bekleidung, Hauptvorstand, Düsseldorf, Florastr. 7.
55. **Nr. 2100/566** — Tarifvertrag vom 15. 12. 1966 — gültig ab 1. 1. 1966 — über die Gewährung vermögenswirksamer Leistungen zugunsten der Angestellten der Gemeinnützigen Urlaubskasse für die Bauwirtschaft, Wiesbaden.
Tarifvertragsparteien:
Gemeinnützige Urlaubskasse für die Bauwirtschaft, Wiesbaden, Salierstr. 6, und Industriegewerkschaft Bau — Steine — Erden, Bezirk Hessen, Frankfurt/M., Wilhelm-Leuschner-Str. 69/77.
56. **Nr. 2100/567** — Tarifvertrag vom 21. 12. 1966 — gültig ab 1. 1. 1966 — über die Gewährung vermögenswirksamer Leistungen zugunsten der Angestellten der Zusatzversorgungskasse des Baugewerbes VVaG, Wiesbaden.
Tarifvertragsparteien:
Zusatzversorgungskasse des Baugewerbes VVaG, Wiesbaden, Salierstr. 6, und Industriegewerkschaft Bau — Steine — Erden, Bezirk Hessen, Frankfurt/M.
57. **Nr. 2100/568** — Tarifvertrag vom 21. 12. 1966 — gültig ab 1. 1. 1966 — über die Gewährung vermögenswirksamer Leistungen zugunsten der Angestellten der Lohnausgleichskasse für die Bauwirtschaft, Wiesbaden.
Tarifvertragsparteien:
Lohnausgleichskasse für die Bauwirtschaft, Wiesbaden, Salierstr. 6, und Industriegewerkschaft Bau — Steine — Erden, Bezirk Hessen, Frankfurt/M.
58. **Nr. 2100/569** — Tarifvertrag vom 26. 1. 1967 — gültig ab 1. 1. 1967 — für die gewerbl. Arbeitnehmer, Poliere und Schachtmeister im Baugewerbe in der Bundesrepublik über die Aufteilung des für die Zusatzversorgung im Baugewerbe abzuführenden Beitrages.
Tarifvertragsparteien:
Zentralverband des Deutschen Baugewerbes e. V., Bonn, Koblenzer Str. 93, sowie Hauptverband der Deutschen Bauindustrie e. V., Frankfurt/M., Friedrich-Ebert-Anlage 38, und Industriegewerkschaft Bau — Steine — Erden, Hauptvorstand, Frankfurt/M., Bockenheimer Landstraße 73—77.
59. **Nr. 2102e/37** — Tarifvertrag vom 15. 12. 1966 — gültig ab 1. 1. 1966 — über Mantelbestimmungen, Gehaltsgruppen, Urlaubsdauer für die Angestellten.

60. **Nr. 2102e/38** — Gehaltstarifvertrag vom 15. 12. 1966 — gültig ab 1. 4. 1966 —
Zu 59 u. 60) betr. Angestellte der Lohnausgleichskasse für das Dachdeckerhandwerk, Wiesbaden, und der Zusatzversorgungskasse des Dachdeckerhandwerks VVaG, Wiesbaden.
Zu 59 u. 60) Tarifvertragsparteien:
Lohnausgleichskasse für das Dachdeckerhandwerk, Wiesbaden, sowie Zusatzversorgungskasse des Dachdeckerhandwerks VVaG, Wiesbaden, und Industriegewerkschaft Bau — Steine — Erden, Bezirk Hessen, Frankfurt/M.
61. **Nr. 2203/142** — Tarifvertrag vom 30. 1. 1967 — gültig ab 1. 1. 1967 — betr. Mantelbestimmungen, Lohn- und Gehaltsgruppenverzeichnis, Löhne, Gehälter für die gewerbl. Arbeitnehmer und techn. Angestellten des Kraftwerkes Wölfersheim der Preuß. Elektrizitäts-AG.
Tarifvertragsparteien:
Preußische Elektrizitäts-Aktiengesellschaft, Hannover, sowie Arbeitgeberverband des Hessischen Bergbaus e. V. und Industriegewerkschaft Bergbau und Energie.
62. **Nr. 2403/56** — Manteltarifvertrag vom 5. 12. 1966 — gültig ab 1. 1. 1967 — für alle Arbeitnehmer des Rohstoffgewerbes im Lande Hessen.
Tarifvertragsparteien:
Rohstoff-Verband Hessen e. V., Frankfurt/M., und Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Landesbezirk Hessen, Frankfurt/M.
63. **Nr. 2500/120** — Tarifvertrag vom 9. 1. 1967 — gültig ab 1. 1. 1967 — über Löhne, Gehälter und Lehrlingsentgelte für die Arbeitnehmer des Einzelhandels in den Landkreisen Limburg und Oberlahn.
Tarifvertragsparteien:
Einzelhandelsverband Limburg-Oberlahn e. V. — Sozialpolitischer Ausschuß-, Limburg/L., und Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Landesbezirk Hessen, Frankfurt/M., sowie Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Landesverband Hessen, Frankfurt/M.
64. **Nr. 2501b/209** — Lohnabkommen vom 13. 5. 1966 — gültig ab 1. 1. 1966 — für die gewerbl. Arbeitnehmer der GEG-Fischfeinkostbetriebe in der Bundesrepublik nebst Protokollnotiz vom gleichen Tage, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Nahrung — Genuß — Gaststätten, Hamburg.
65. **Nr. 2501b/210** — Tarifvertrag vom 13. 5. 1966 — gültig ab 1. 1. 1966 — betr. Lohngruppen für die gewerbl. Arbeitnehmer.
66. **Nr. 2501b/211** — Lohnstarifvertrag vom 13. 5. 1966 — gültig ab 1. 1. 1966 —.
67. **Nr. 2501b/212** — Lohnstarifvertrag vom 22. 7. 1966 — gültig ab 1. 8. 1966 —.
Zu 65—67) betr. gewerbl. Arbeitnehmer der GEG-Zweig-niederlassungen in der Bundesrepublik.
Zu 65—67) abgeschlossen mit der Gewerkschaft Nahrung — Genuß — Gaststätten, Hauptverwaltung, Hamburg, sowie der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Hauptvorstand, Düsseldorf.
Zu 64—67) Tarifvertragsparteien:
Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumgenossenschaften mbH. (GEG), Hamburg 1, Besenbinderhof 43/52, und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
68. **Nr. 2601/122** — Tarifvertrag vom 20. 10. 1966 — gültig ab 1. 1. 1967 — über die Gewährung eines Urlaubsgeldes an die Redakteure und Volontäre an Tageszeitungen in der Bundesrepublik.
Tarifvertragsparteien:
Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger e. V. und Deutscher Journalisten-Verband e. V., Industriegewerkschaft Druck und Papier, sowie Deutsche Angestellten-Gewerkschaft.
69. **Nr. 2603b/81** — Lohnstarifvertrag vom 27. 2. 1967 — gültig ab 1. 1. 1967 — für das Heizungs- und Wäschereipersonal der Aktienbaugesellschaft für kleine Wohnungen, Frankfurt/M.
Tarifvertragsparteien:
AG. für kleine Wohnungen, Frankfurt/M., Elbestr. 48, und Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Landesbezirk Hessen, Frankfurt/M., Wilhelm-Leuschner-Straße 69/77.
70. **Nr. 2701/18** — Gehaltstarifvertrag vom 1. 2. 1967 — gültig ab 1. 1. 1967 — für die Angestellten (Stammpersonal).
71. **Nr. 2701/19** — Tarifvertrag vom 1. 2. 1967 — gültig ab 1. 1. 1967 — über Mantelbestimmungen, Löhne, Prämien für die bei der Verfilmung, Kontrolle, Auswertung und Gewinnüberweisung beschäftigten Arbeitnehmer.
Zu 70 und 71) betr. Arbeitnehmer der Lotterie-Treuhandgesellschaft mbH. Hessen, Wiesbaden.
Zu 70 und 71) Tarifvertragsparteien:
Lotterie-Treuhandgesellschaft mbH. Hessen, Wiesbaden und Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Landesbezirksleitung Hessen, Frankfurt/M.
72. **Nr. 2702e-1/260** — Lohnstarifvertrag Nr. 11 vom 1. 7. 1966 — gültig ab 1. 4. 1966 — für die gewerbl. Arbeitnehmer der Ortskrankenkassen und ihrer Verbände in der Bundesrepublik — ohne Hamburg — (Löhne, Manteländerung).
Tarifvertragsparteien:
Vereinigung der Tarifgemeinschaften der Ortskrankenkassen und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, Stuttgart.
73. **Nr. 2702e-4/210** — Tarifvertrag vom 20. 1. 1967 — gültig ab 1. 1. 1967 — über die Neuregelung der zusätzlichen Alters- und Hinterbliebenenversorgung der Tarifangestellten der landwirtschaftl. Berufsgenossenschaften und der landwirtschaftl. Alterskassen in der Bundesrepublik.
Tarifvertragsparteien:
Bundesverband der landwirtschaftl. Berufsgenossenschaften e. V., Kassel, sowie Gesamtverband der landwirtschaftl. Alterskassen, Kassel, und Verband der Beamten und Angestellten der gesetzlichen Unfallversicherung e. V., Bonn, Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, Stuttgart, sowie Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Bundesvorstand, Hamburg.
74. **Nr. 2702e-5/139** — Tarifvertrag vom 10. 5. 1966 — gültig ab 1. 6. 1966 — über die Gewährung von Reisekostenvergütung an die Angestellten.
75. **Nr. 2702e-5/140** — Tarifvertrag vom 2. 8. 1966 — gültig ab 1. 1. 1966 — über den Bewährungsaufstieg für Angestellte (Manteländerungen, Neufassung der Anlage Ia zum KnAT, Änderung und Ergänzung des Vergütungstarifvertrages Nr. 4 vom 30. 12. 1964).
76. **Nr. 2702e-5/141** — Vergütungstarifvertrag Nr. 5 vom 12. 9. 1966 — gültig ab 1. 4. 1966 — für die Angestellten (Gehälter, Überstundenvergütungen, Manteländerungen).
77. **Nr. 2702e-5/142** — Tarifvertrag vom 3. 10. 1966 — gültig ab 1. 1. 1966 — über die Gewährung von Jubiläumszuwendungen an die Angestellten und gewerbl. Arbeitnehmer nebst Protokollnotiz.
78. **Nr. 2702e-5/143** — Tarifvertrag vom 6. 10. 1966 — gültig ab 1. 10. 1966 — zur Änderung des § 73 Abs. 2 f) des Manteltarifvertrages für die Angestellten.
Zu 74—78) betr. Arbeitnehmer der Verwaltungen und Betriebe der Knappschaften in der Bundesrepublik.
Zu 74—78) Tarifvertragsparteien:
Aachener Knappschaft, Aachen; Brühler Knappschaft, Köln; Niederrheinische Knappschaft, Moers; Ruhrknappschaft, Bochum; Hannoversche Knappschaft, Hannover; Hessische Knappschaft, Kassel; Süddeutsche Knappschaft, München, und Saarknappschaft, Saarbrücken, — vertreten durch die Arbeitsgemeinschaft der Knappschaften — sowie Arbeitsgemeinschaft der Knappschaften der Bundesrepublik Deutschland, Bochum, und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, Stuttgart, sowie Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Bundesvorstand, Hamburg.
79. **Nr. 2702e-6/195** — Tarifvertrag vom 20. 10. 1966 — gültig ab 1. 7. 1964/1. 4. 1965/1. 1./1. 7. 1966 — über die Gewährung von Umzugskostenvergütung und Trennungsentschädigung.
80. **Nr. 2702e-6/196** — Tarifvertrag vom 1. 11. 1966 — gültig ab 1. 8. 1966 — über das Lohngruppenverzeichnis zum MTL II.
Zu 79 u. 80) betr. gewerbl. Arbeitnehmer der Landesversicherungsanstalten und ihrer Betriebe in der Bundesrepublik, ausgenommen die LVA Baden, Berlin, Hamburg und Württemberg.
Zu 79 u. 80) Tarifvertragsparteien:
Verband Deutscher Rentenversicherungsträger, Frankfurt/M., und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, Stuttgart.

81. **Nr. 2702c-6/197** — Tarifvertrag vom 1. 9. 1966 — gültig ab 1. 4. 1966 — zur Änderung des Tarifvertrages über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikantinnen (Praktikanten) für den Beruf der med.-techn. Assistentin, der Beschäftigungstherapeutin, des Krankengymnasten, des Masseurs, des Masseurs und medizinischen Bademeisters der Landesversicherungsanstalten und ihrer Betriebe in der Bundesrepublik, ausgenommen die LVA Berlin, Rheinprovinz und Württemberg, vom 16. 11. 1961 (Entgelte).
Tarifvertragsparteien:
Verband Deutscher Rentenversicherungsträger, Frankfurt/M., und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, Stuttgart, sowie Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Bundesvorstand, Hamburg.
82. **Nr. 2702c-6a/605** — Tarifvertrag Nr. 142 vom 25. 1. 1967 — gültig ab 1. 1. 1967 —, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, Stuttgart, Theodor-Heuss-Str. 2, sowie der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Bundesvorstand, Hamburg, Karl-Muck-Platz 1.
83. **Nr. 2702c-6a/606** — Tarifvertrag Nr. 142 vom 25. 1. 1967 — gültig ab 1. 1. 1967 —, abgeschlossen mit dem Bund der Sozialversicherungs-Beamten und -Angestellten, Bonn, Kaiserplatz 15.
84. **Nr. 2702c-6a/607** — Tarifvertrag Nr. 142 vom 25. 1. 1967 — gültig ab 1. 1. 1967 —, abgeschlossen mit der Gewerkschaft öffentlicher Dienst im Christlichen Gewerkschaftsbund Deutschlands.
85. **Nr. 2702c-6a/608** — Tarifvertrag Nr. 142 vom 25. 1. 1967 — gültig ab 1. 1. 1967 —, abgeschlossen mit dem DHV — Deutscher Handels- und Industrieangestellten-Verband, Hauptvorstand, Hamburg 1, Ferdinandstr. 59.
86. **Nr. 2702c-6a/609** — Tarifvertrag Nr. 142 vom 25. 1. 1967 — gültig ab 1. 1. 1967 —, abgeschlossen mit dem Verband der weiblichen Angestellten e. V., Hauptverwaltung, Hannover, Arnswaldstr. 7.
87. **Nr. 2702c-6a/610** — Tarifvertrag Nr. 142 vom 25. 1. 1967 — gültig ab 1. 1. 1967 —, abgeschlossen mit dem Marburger Bund, Köln 1, Riehler Str. 6.
Zu 82—87) betr. Tarifverträge über die Versorgung der Arbeitnehmer (Versorgungs-TV.).
88. **Nr. 2702c-6a/611** — Tarifvertrag Nr. 154 vom 27. 1. 1967 — gültig ab 1. 4. 1966 —, abgeschlossen wie zu lfd. Nr. 82).
89. **Nr. 2702c-6a/612** — Tarifvertrag Nr. 154 vom 27. 1. 1967 — gültig ab 1. 4. 1966 —, abgeschlossen wie zu lfd. Nr. 83).
90. **Nr. 2702c-6a/613** — Tarifvertrag Nr. 154 vom 27. 1. 1967 — gültig ab 1. 4. 1966 —, abgeschlossen wie zu lfd. Nr. 84).
91. **Nr. 2702c-6a/614** — Tarifvertrag Nr. 154 vom 27. 1. 1967 gültig ab 1. 4. 1966 —, abgeschlossen wie zu lfd. Nr. 85).
92. **Nr. 2702c-6a/615** — Tarifvertrag Nr. 154 vom 27. 1. 1967 — gültig ab 1. 4. 1966 —, abgeschlossen wie zu lfd. Nr. 86).
Zu 88—92) betr. Lehrlingsvergütungstarifvertrag Nr. 4 für die Verwaltungsangestellten-Lehrlinge.
93. **Nr. 2702c-6a/616** — Tarifvertrag Nr. 156 vom 16. 1. 1967 — gültig ab 1. 8. 1966 —, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, Stuttgart, Theodor-Heuss-Str. 2.
94. **Nr. 2702c-6a/617** — Tarifvertrag Nr. 156 vom 16. 1. 1967 — gültig ab 1. 8. 1966 —, abgeschlossen wie zu lfd. Nr. 83).
95. **Nr. 2702c-6a/618** — Tarifvertrag Nr. 156 vom 16. 1. 1967 — gültig ab 1. 8. 1966 —, abgeschlossen wie zu lfd. Nr. 84).
Zu 93—95) betr. Tarifverträge über das Lohngruppenverzeichnis zum Manteltarifvertrag für die gewerbl. Arbeitnehmer.
96. **Nr. 2702c-6a/619** — Tarifvertrag Nr. 160 vom 10. 1. 1967 — gültig ab 1. 1. 1966/1. 1. 1967 —, abgeschlossen wie zu lfd. Nr. 82).
97. **Nr. 2702c-6a/620** — Tarifvertrag Nr. 160 vom 10. 1. 1967 — gültig ab 1. 1. 1966/1. 1. 1967 —, abgeschlossen wie zu lfd. Nr. 83).
98. **Nr. 2702c-6a/621** — Tarifvertrag Nr. 160 vom 10. 1. 1967 — gültig ab 1. 1. 1966/1. 1. 1967 —, abgeschlossen wie zu lfd. Nr. 84).
99. **Nr. 2702c-6a/622** — Tarifvertrag Nr. 160 vom 10. 1. 1967 — gültig ab 1. 1. 1966/1. 1. 1967 —, abgeschlossen wie zu lfd. Nr. 85).
100. **Nr. 2702c-6a/623** — Tarifvertrag Nr. 160 vom 10. 1. 1967 — gültig ab 1. 1. 1966/1. 1. 1967 —, abgeschlossen wie zu lfd. Nr. 86).
101. **Nr. 2702c-6a/624** — Tarifvertrag Nr. 160 vom 10. 1. 1967 — gültig ab 1. 1. 1966/1. 1. 1967 —, abgeschlossen wie zu lfd. Nr. 87).
Zu 96—101) betr. 1. Ergänzungs- und Änderungs-Tarifvertrag zum Tarifvertrag Nr. 150 vom 14. 7. 1966 über die Neufassung der Allgemeinen Vergütungsordnung (Anlage 1a) zum Manteltarifvertrag für die Angestellten mit Anlagen 1—3.
Zu 82—101) betr. Arbeitnehmer der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte in der Bundesrepublik und West-Berlin.
Zu 82—101) Tarifvertragsparteien:
Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, Berlin-Wilmersdorf, Ruhrstr. 2, und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
102. **Nr. 2802/194** — Lohnvertrag vom 24. 10. 1966 — gültig ab 1. 11. 1966 — für die gewerbl. Arbeitnehmer des Taucherei- und Bergungsgewerbes in der Bundesrepublik.
Tarifvertragsparteien:
Verband Deutscher Taucherei- und Bergungsbetriebe e. V., Hamburg, und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, Stuttgart.
103. **Nr. 2900/127** — Manteltarifvertrag vom 13. 1. 1967 — gültig ab 1. 2. 1967 — für alle Arbeitnehmer (ausgenommen Musiker, Artisten und darstellende Kräfte) des Hotel- und Gaststättengewerbes im Lande Hessen mit Sonderbestimmungen „Saisonbetriebe“ und Protokollnotiz vom gleichen Tage.
Tarifvertragsparteien:
Landesverband Hessen der Hotels, Gaststätten und verwandten Betriebe e. V., Wiesbaden, und Gewerkschaft Nahrung — Genuß — Gaststätten, Landesleitung Hessen/Rheinland-Pfalz/Saar, Frankfurt/M.
104. **Nr. 3000A/229** — Tarifvertrag vom 16. 12. 1966 — gültig ab 1. 1. 1967 — für die Arbeitnehmer bei den Stationierungstreitkräften in der Bundesrepublik (TV AL II) mit Sonderbestimmungen A—Y (Mantelbestimmungen, Löhne, Gehälter, Lehrlingsentgelte).
105. **Nr. 3000A/230** — Tarifvertrag vom 16. 12. 1966 — gültig ab 1. 1. 1967 — zur Einführung des TV AL II vom 16. 12. 1966 (Einführungstarifvertrag) — Ef TV —.
106. **Nr. 3000A/231** — Tarifvertrag vom 16. 12. 1966 — gültig ab 1. 1. 1967 — für die Arbeitnehmer bei den belgischen Stationierungstreitkräften und bei den US-Stationierungstreitkräften in der Bundesrepublik (Kündigungsschutz) — KSch TV —.
Zu 104—106) Tarifvertragsparteien:
Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch den Bundesminister der Finanzen, und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland, Vorstand, Gewerkschaft Nahrung — Genuß — Gaststätten, Hauptverwaltung, Industriegewerkschaft Druck und Papier, Hauptvorstand sowie Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Bundesvorstand.
107. **Nr. 3001/1280** — Anschlußtarifvertrag vom 16. 1. 1967 zur Übernahme des Tarifvertrages zur Änderung und Ergänzung des BAT vom 1. 12. 1966 und des Vergütungstarifvertrages Nr. 5 vom 1. 12. 1966, abgeschlossen mit der Gewerkschaft der Polizei, Gewerkschaftsvorstand.
108. **Nr. 3001/1278** — Tarifvertrag vom 1. 12. 1966 — gültig ab 1. 4./1. 10. 1966 — zur Änderung und Ergänzung des BAT für den Bereich der VKA, Wiederinkraftsetzung, Änderung und Ergänzung der Anlage 1a zum BAT und Änderung der Anlage 3 zum BAT.
109. **Nr. 3001/1279** — Vergütungstarifvertrag Nr. 5 vom 1. 12. 1966 — gültig ab 1. 4. 1966 — für die Angestellten.
110. **Nr. 3002a/219** — Tarifvertrag vom 1. 12. 1966 — gültig ab 1. 12. 1966 — zur Änderung des § 5 des Tarifvertrages über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Medizinalassistenten vom 2. 12. 1960.
111. **Nr. 3002a/220** — Tarifvertrag vom 1. 1. 1967 — gültig ab 1. 1. 1967 — zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Schülerinnen und Schüler in der Krankenpflegehilfe.
112. **Nr. 3002a/221** — Tarifvertrag vom 1. 1. 1967 — gültig ab 1. 1. 1967 — zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Lernschwestern und Lernpfleger in der Krankenpflege oder Kinderkrankenpflege.

- Zu 108—112) abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, Stuttgart, sowie der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Bundesvorstand, Hamburg.
- Zu 107—112) betr. Arbeitnehmer gemeindlicher Verwaltungen und Betriebe in der Bundesrepublik.
- Zu 107—112) Tarifvertragsparteien:
Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände e. V., Köln-Marienburg, und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
113. Nr. 3001/1282 — Änderungstarifvertrag Nr. 3 vom 1. 2. 1967 — gültig ab 1. 1. 1967 — zur Änderung und Ergänzung des Tarifvertrages über die Gewährung von Reisekostenvergütung an die Arbeiter der Länder Bayern, Bremen, Hessen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und des Saarlandes.
Tarifvertragsparteien:
Tarifgemeinschaft deutscher Länder und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand.
114. Nr. 3001/1275 — Ergänzungstarifvertrag vom 1. 12. 1966 3001a/875 — gültig ab 1. 1. 1967 — zum Vergütungstarifvertrag Nr. 5 vom 1. 7. 1966, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, Stuttgart, sowie der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Bundesvorstand, Hamburg.
115. Nr. 3001/1284 — Anschlußtarifvertrag vom 10. 2. 1967 3001a/887 zur Übernahme des Ergänzungstarifvertrages vom 1. 12. 1966 zum Vergütungstarifvertrag Nr. 5 vom 1. 7. 1966, abgeschlossen mit dem Verband der weiblichen Angestellten e. V., Hauptverwaltung.
Zu 114 u. 115) betr. Angestellte des Bundes und der Länder in der Bundesrepublik.
Zu 114 u. 115) Tarifvertragsparteien:
Bundesrepublik Deutschland — vertreten durch den Bundesminister des Innern — sowie Tarifgemeinschaft deutscher Länder und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
116. Nr. 3001/1276 — Fünfzehnter Tarifvertrag vom 29. 11. 3001a/881 1966 — gültig ab 1. 11. 1966/1. 1. 1967 — zur Änderung und Ergänzung des BAT für die Angestellten (u. a. Sterbegeld).
117. Nr. 3001/1277 — Änderungstarifvertrag Nr. 2 vom 29. 3001a/883 11. 1966 — gültig ab 1. 1. 1967 — zum Tarifvertrag über die Rechtsverhältnisse der Lehrlinge und Anlernlinge vom 21. 9. 1961 (zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung).
Zu 116 u. 117) abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, Stuttgart, sowie der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Bundesvorstand, Hamburg.
118. Nr. 3001/1281 — Anschlußtarifvertrag vom 20. 2. 1967 3001a/885 zur Übernahme des Tarifvertrages über die Versorgung der Arbeitnehmer vom 4. 11. 1966 (Versorgung-TV), abgeschlossen mit dem Verband der Angestellten im öffentlichen Dienst e. V., Bundesverband.
119. Nr. 3001/1283 — Anschlußtarifvertrag vom 21. 2. 1967 3001a/886 zur Übernahme des Tarifvertrages über die Versorgung der Arbeitnehmer (Versorgung-TV) vom 4. 11. 1966, des Fünfzehnten Tarifvertrages zur Änderung und Ergänzung des BAT vom 29. 11. 1966 und des Änderungstarifvertrages Nr. 2 vom 29. 11. 1966 zum Tarifvertrag über die Rechtsverhältnisse der Lehrlinge und Anlernlinge vom 21. 9. 1961, abgeschlossen mit der Gemeinschaft tariffähiger Verbände von Arbeitnehmern des öffentlichen Dienstes, Vorstand.
Zu 116—119) betr. Arbeitnehmer des Bundes, der Länder und der Gemeinden in der Bundesrepublik.
Zu 116—119) Tarifvertragsparteien:
Bundesrepublik Deutschland — vertreten durch den Bundesminister des Innern —, Tarifgemeinschaft deutscher Länder sowie Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
120. Nr. 3001/1285 — Anschlußtarifvertrag vom 6. 3. 1967 3001a/888 für die Arbeitnehmer des Bundes und der Gemeinden in der Bundesrepublik zur Übernahme des Zwölften Änderungstarifvertrages zum BAT vom 20. 7. 1964, des Dreizehnten Änderungstarifvertrages zum BAT vom 23. 6. 1965, des Vierzehnten Änderungstarifvertrages zum BAT vom 15. 12. 1965 und des Tarifvertrages über die Versorgung der Arbeitnehmer des Bundes, der Länder und der Gemeinden (Versorgung-TV) vom 4. 11. 1966.
Tarifvertragsparteien:
Bundesrepublik Deutschland — vertreten durch den Bundesminister des Innern —, sowie Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände und Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Hauptvorstand.
121. Nr. 3001a/876 — Änderungstarifvertrag Nr. 1 vom 12. 1. 1967 — gültig ab 1. 8. 1966/1. 3. 1967 — zur Änderung der Anlage 1 (Lohngruppenverzeichnis) des Tarifvertrages über das Lohngruppenverzeichnis zum Manteltarifvertrag für die Arbeiter des Bundes in der Bundesrepublik vom 11. 7. 1966, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand.
122. Nr. 3001a/877 — Anschlußtarifvertrag vom 2. 2. 1967 zur Übernahme des Tarifvertrages über den Bewährungsaufstieg für Angestellte des Bundes und der Länder vom 25. 3. 1966.
123. Nr. 3001a/878 — Anschlußtarifvertrag vom 2. 2. 1967 zur Übernahme des Vergütungstarifvertrages Nr. 5 für die Angestellten des Bundes, der Länder und der Gemeinden vom 1. 7. 1966.
Zu 122 u. 123) betr. Angestellte des Bundes in der Bundesrepublik.
Zu 122 u. 123) abgeschlossen mit der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Hauptvorstand.
124. Nr. 3001a/882 — Änderungstarifvertrag Nr. 1 vom 13. 1. 1967 — gültig ab 1. 8. 1966/1. 3. 1967 — zur Änderung und Ergänzung der Anlage 1 des Tarifvertrages über das Lohngruppenverzeichnis zum Manteltarifvertrag für die Arbeiter des Bundes in der Bundesrepublik vom 12. 7. 1966, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst im Christl. Gewerkschaftsbund Deutschlands, Bundesvorstand.
125. Nr. 3001a/884 — Tarifvertrag vom 1. 1. 1967 — gültig ab 1. 1. 1967 — zur Änderung des Teils III Abschn. G der Anlage 1a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages zur Änderung von Eingruppierungstarifverträge für Angestellte des Bundes und zur Ergänzung der Anlage 1a zum BAT vom 25. 3. 1966 (Eingruppierung der Angestellten im nautischen und schiffsmaschinentechnischen Dienst sowie im Funkdienst auf Hilfsschiffen, schwimmenden Geräten und Binnenwasserfahrzeugen sowie nautischen Angestellten im Instrumentenprüfdienst oder als Kreuzkartenberechtigter im Bereich des Bundesministers der Verteidigung), abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, Stuttgart, sowie der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Bundesvorstand, Hamburg.
Zu 121—125) Tarifvertragsparteien:
Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch den Bundesminister des Innern, und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
126. Nr. 3001a/879 — Ergänzungstarifvertrag Nr. 7 vom 13. 2. 1967 gültig ab 1. 1. 1967 — zur Änderung und Ergänzung des Manteltarifvertrages für die Arbeiter vom 6. 7. 1964 i. d. F. vom 9. 3. 1966 (Sterbegeld), abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand.
127. Nr. 3001a/880 — Neunter Tarifvertrag vom 13. 2. 1967 — gültig ab 1. 11. 1966/1. 1. 1967 — zur Änderung und Ergänzung des Manteltarifvertrages für die Angestellten vom 11. 7. 1961 (u. a. Sterbegeld), abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand sowie der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Bundesvorstand.
Zu 126 u. 127) betr. Arbeitnehmer der Deutschen Bundesbank in der Bundesrepublik.
Zu 126 u. 127) Tarifvertragsparteien:
Deutsche Bundesbank und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
128. Nr. 3002a/218 — Bundesmanteltarifvertrag Nr. 4 vom 5. 5. 1966 — gültig ab 1. 7. 1966 — für die Arbeitnehmer der Privatkankestanalten in der Bundesrepublik nebst Schiedsstellenordnung.
Tarifvertragsparteien:
Bundesverband Deutscher Privatkankestanalten e. V., Mannheim, und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, Stuttgart.

129. **Nr. 3003/52** — Vergütungs- und Lohn tariffvertrag Nr. 2 vom 1. 8. 1966 — gültig ab 1. 8. 1966 — für die Arbeitnehmer der Arbeiterwohlfahrt und deren Gliederungen in der Bundesrepublik einschl. West-Berlin.

Tarifvertragsparteien:

Arbeiterwohlfahrt — Bundesverband e. V. —, Bonn, und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, Stuttgart.

130. **Nr. 3004/267** — Tarifvertrag vom 8. 2. 1967 — gültig ab 1. 1. 1967 — zur Änderung des § 28 der Bühnenschiedsgerichtsordnung i. d. F. des Tarifvertrages vom 24. 11. 1966.

Tarifvertragsparteien:

Deutscher Bühnenverein, Köln, und Genossenschaft Deutscher Bühnen-Angehörigen, Bundesvorstand, Hamburg.

Bindende Festsetzungen für die Heimarbeit:

131. **Nr. H-1209/38** — Bindende Festsetzung von Entgelten für die mit Maschinenstickerei in Heimarbeit Beschäftigten vom 9. 12. 1966, veröffentlicht im Bundesanzeiger Nr. 12 vom 18. 1. 1967, beschlossen von dem Heimarbeitsausschuß für Maschinenstickerei.
132. **Nr. H-1700/166** — Bindende Festsetzung von Bestimmungen über den Urlaub für die im Holz- und Schnitzstoffgewerbe in Heimarbeit Beschäftigten vom 13. 1. 1967, veröffentlicht im Bundesanzeiger Nr. 38 vom 23. 2. 1967, beschlossen von dem Heimarbeitsausschuß für das Holz- und Schnitzstoffgewerbe.
133. **Nr. H-1709/39** — Bindende Festsetzung von Entgelten für die Herstellung von groben Korbwaren vom 14. 12. 1966, veröffentlicht im Bundesanzeiger Nr. 15 vom 21. 1. 1967, beschlossen von dem Heimarbeitsausschuß für die Herstellung von groben Korbwaren.
134. **Nr. H-1709/40** — Bindende Festsetzung von Entgelten für die Herstellung von Korbmöbeln, Kinderwagen, Stuhl- und Rahmengeflechtem vom 15. 12. 1966, veröffentlicht im Bundesanzeiger Nr. 19 vom 27. 1. 1967, beschlossen von dem Heimarbeitsausschuß für die Herstellung von Korbmöbeln und Kinderwagen und für die Stuhl- und Rahmenflecherei.
135. **Nr. H-1710/19** — Bindende Festsetzungen vom 11. 1. 1967 zur Änderung der Entgelttabelle der bindenden Festsetzung von Entgelten und sonstigen Vertragsbedingungen für die in der Herstellung von Pinseln in Heimarbeit Beschäftigten vom 10. 6. 1958 i. d. F. vom 29. 6. 1965, veröffentlicht im Bundesanzeiger Nr. 33 vom 16. 2. 1967, beschlossen von dem Heimarbeitsausschuß für die Bürsten-, Besen- und Pinselherstellung.
136. **Nr. H-2000/400** — Bindende Festsetzung vom 5. 1. 1967 zur Änderung und Ergänzung der bindenden Festsetzung von Entgelten und Fertigungszeiten für die Herstellung von Herrenoberbekleidung (Großstücke und Westen) in Heimarbeit vom 4. 7. 1960 i. d. F. vom 29. 11. 1965 veröffentlicht im Bundesanzeiger Nr. 20 vom 28. 1. 1967, beschlossen von dem Heimarbeitsausschuß für die Herstellung von Herren- und Knabenoberbekleidung und verwandten Erzeugnissen.
137. **Nr. H-2000/401** — Bindende Festsetzung über den Urlaub für die in der Herstellung von Oberbekleidung, Unterbekleidung (auch Wäsche) und Sportkleidung aus gewirkten und maschinengestrickten Stoffen in Heimarbeit Beschäftigten vom 19. 1. 1967, veröffentlicht im Bundesanzeiger Nr. 36 vom 21. 2. 1967, beschlossen von dem Heimarbeitsausschuß für die Herstellung von Oberbekleidung, Unterbekleidung und Sportkleidung aus gewirkten und gestrickten Stoffen.
138. **Nr. H-2001/58** — Bindende Festsetzung vom 9. 12. 1966 zur Änderung einer bindenden Festsetzung von Entgelten für die Herstellung von Wäsche und verwandten Erzeugnissen in Heimarbeit vom 10. 3. 1966.
139. **Nr. H-2001/59** — Bindende Festsetzung vom 9. 12. 1966 zur Änderung der bindenden Festsetzung von Entgelten für die Herstellung von Tisch- und Haushaltswäsche usw. in Heimarbeit vom 22. 9. 1966.
140. **Nr. H-2001/60** — Bindende Festsetzung vom 9. 12. 1966 zur Änderung der bindenden Festsetzung von Fertigungszeiten für die Herstellung von Damen-, Kittel- und Kinderschürzen vom 12. 5. 1958.
Zu 138—140) veröffentlicht im Bundesanzeiger Nr. 21 vom 31. 1. 1967, beschlossen von dem Heimarbeitsaus-

schuß für die Herstellung von Wäsche und verwandten Erzeugnissen.

Durch die Eintragung der Tarifverträge in das Tarifregister und deren Bekanntmachung im Staatsanzeiger für das Land Hessen wird nicht über die Rechtsgültigkeit der eingetragenen Tarifverträge entschieden.

Tarifexemplare sind nur bei den Vertragsparteien erhältlich.

Berichtigung:

Die Eintragung im Tarifregister Nr. 303/113 (StAnz. Nr. 8/1966, S. 267 lfd. Nr. 1) des Tarifvertrages vom 28. 10. 1965 zur Änderung des Manteltarifvertrages für die Angestellten im hessischen Braunkohlenbergbau vom 3. 6. 1965 wurde gestrichen, da nach Angabe des Arbeitgeberverbandes der Tarifvertrag nicht zustande gekommen ist.

Wiesbaden, den 29. März 1967

**Der Hessische Minister für Arbeit,
Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen**
I A 2 — 2607 —

StAnz. 16/1967 S. 465

378

Kriegsopferfürsorge:

hier: Gewährung eines Härteausgleichs nach § 89 BVG

Bezug: Meine Erlasse vom 10. 5. 1963 (StAnz. S. 677),
27. 6. 1963 (StAnz. S. 815),
13. 4. 1964 (StAnz. S. 648).

Durch das Dritte Neuordnungsgesetz — KOV vom 28. 12. 1966 (BGBl. I S. 750) ist die für die Gewährung von Erziehungsbeihilfen festgelegte Altersgrenze vom 25. auf das 27. Lebensjahr heraufgesetzt worden. Fälle, in denen Studierende bei Erreichung dieser Altersgrenze ihre Ausbildung wegen eines einjährigen Auslandsaufenthaltes noch nicht abgeschlossen haben, dürften daher kaum noch auftreten.

Nach § 45 Abs. 3 BVG in der Fassung des Zweiten Neuordnungsgesetzes konnte Waisen, die sich in Schul- oder Berufsausbildung befanden, über das 25. Lebensjahr hinaus Waisenrente nur gewährt werden, wenn ihre Ausbildung durch Erfüllung der gesetzlichen Wehr- oder Ersatzdienstpflicht unterbrochen oder verzögert worden war. Hatte sich bei einer Waise die Ausbildung aus anderen Gründen verzögert, konnte nach Vollendung des 25. Lebensjahres lediglich an Stelle von Waisenrente ein Härteausgleich nach § 89 BVG gewährt werden. Erziehungsbeihilfe konnten solche Waisen nach § 27 Abs. 5 BVG über das 25. Lebensjahr hinaus u. a. nur dann erhalten, wenn diese Leistung bereits vorher gewährt worden war. Sofern dies nicht der Fall war, bestand auch hier nur die Möglichkeit der Gewährung eines Härteausgleichs.

Nach der Neufassung des § 45 Abs. 3 BVG durch das Dritte Neuordnungsgesetz erhalten nunmehr Waisen, die sich in Schul- oder Berufsausbildung befinden, Waisenrente bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres. Außerdem wird nach dieser Vorschrift Waisen, bei denen sich die Schul- oder Berufsausbildung aus Gründen verzögert, die sie nicht zu vertreten haben, Waisenrente auch über das 27. Lebensjahr hinaus entsprechend dem Zeitraum der nachgewiesenen Verzögerung länger gewährt. In diesen Fällen haben somit Waisen nach Vollendung des 27. Lebensjahres auch dann einen Anspruch auf Gewährung von Erziehungsbeihilfe, wenn sie vorher mit Rücksicht auf die Höhe der Versorgung aus der beamtenrechtlichen Unfallfürsorge Erziehungsbeihilfe nicht erhalten haben (§ 27 Abs. 2 BVG).

Die vom Bundesminister des Innern ausgesprochene allgemeine Zustimmung zur Gewährung eines Härteausgleichs an Stelle einer Erziehungsbeihilfe im Falle der Verzögerung des Studiums durch einen Auslandsaufenthalt und im Falle der Nichtgewährung von Erziehungsbeihilfen vor Vollendung des 25. Lebensjahres wegen der Höhe der beamtenrechtlichen Versorgung (Abschnitt II Nr. 4 und 5 meines Erlasses vom 13. 4. 1964) gilt daher nicht mehr für Härtefälle, die nach dem Inkrafttreten des Dritten Neuordnungsgesetzes auftreten. Sollten sich gleichwohl noch besondere Härten ergeben, die einen Ausgleich nach § 89 BVG rechtfertigen, bitte ich, mir in solchen Fällen wegen der Gewährung eines Härteausgleichs unter Vorlage der Akten zu berichten.

Wiesbaden, 8. 3. 1967

**Der Hessische Minister für Arbeit,
Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen**
— II A 3 — 51 d 14 —

StAnz. 16/1967 S. 471

379**Staatliche Prüfung von Impfstoffen gegen Geflügelpest**

Im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und den für das Veterinärwesen zuständigen obersten Landesbehörden wird mein Erlaß vom 17. April 1959 (StAnz. S. 553) geändert.

In der Anlage wird als § 24 angefügt:

„Verfahren bei eingeführten Impfstoffen
§ 24

Bei eingeführten Impfstoffen kann auf die Vorprüfung in der Herstellungsstätte verzichtet werden, wenn die Vorprü-

fung des Impfstoffes im Inland in der betreffenden Vertriebsstätte unter Hinzuziehen des deutschen Kontrollbeamten durchgeführt wird; die Vertriebsstätte gilt dann als Herstellungsstätte.“

Dieser Erlaß tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Wiesbaden, 21. 3. 1967

**Der Hessische Minister für Arbeit,
Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen**
III B 3 — 19 b 12 —

StAnz. 16/1967 S. 472

380**Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten****Flurbereinigung Heringen, Kreis Limburg****Flurbereinigungsbeschuß**

Auf Grund des § 4 des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG.) vom 14. 7. 1953 (BGBl. I S. 591) wird folgender Beschuß erlassen:

1. Die Flurbereinigung der Grundstücke der Gemarkung Heringen, Kreis Limburg, wird hiermit angeordnet.

2. Als Flurbereinigungsgebiet wird die gesamte Gemarkung ausschließlich der Ortslage und einschließlich des Waldes festgestellt. Es hat eine Größe von 771,5 ha, worin eine Waldfläche von 211 ha enthalten ist. Die Grenzen des Flurbereinigungsgebietes sind auf der Gebietskarte, die einen Bestandteil dieses Beschlusses bildet, durch einen grünen Farbstreifen kenntlich gemacht. Die ausgeschlossenen Flurstücke sind in der Anlage aufgeführt, die ebenfalls einen Bestandteil dieses Beschlusses bildet.

3. Die Gemeinschaft der Teilnehmer am Flurbereinigungsverfahren führt den Namen:

„Teilnehmergemeinschaft der Flurbereinigung
von Heringen, Kreis Limburg“ mit dem Sitz
in Heringen.

Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechtes.

4. Die Beteiligten werden nach § 14 FlurbG. aufgefordert, Rechte, die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich sind, aber zur Beteiligung am Flurbereinigungsverfahren berechtigen, innerhalb 3 Monaten nach Bekanntgabe dieses Beschlusses beim Kulturamt in Limburg (Lahn), Am Renngraben 7, anzumelden. Werden Rechte nach Ablauf dieser Frist angemeldet, so kann das Kulturamt die bisherigen Verhandlungen und Festsetzungen gelten lassen.

Der Inhaber eines o. a. Rechtes muß die Wirkung eines vor der Anmeldung eingetretenen Fristablaufes ebenso gegen sich gelten lassen wie der Beteiligte, demgegenüber die Frist durch Bekanntgabe des Verwaltungsaktes zuerst in Lauf gesetzt worden ist.

5. Nach § 34 bzw. nach § 85/5 FlurbG. ist von der Bekanntgabe dieses Beschlusses ab bis zur Ausführungsanordnung in folgenden Fällen die Zustimmung des Kulturamtes erforderlich:

- a) Wenn die Nutzungsart der Grundstücke im Flurbereinigungsgebiet geändert werden soll; dies gilt nicht für Änderungen, die zum ordnungsmäßigen Wirtschaftsbetrieb gehören;
- b) wenn Bauwerke, Brunnen, Gräben, Einfriedigungen, Hangterrassen und ähnliche Anlagen errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden sollen;
- c) wenn Obstbäume, Beerensträucher, Rebstöcke, Hopfenstöcke, einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufergehölze beseitigt werden sollen. Die Beseitigung ist nur in Ausnahmefällen möglich, soweit landeskulturelle Belange nicht beeinträchtigt werden;
- d) wenn Holzeinschläge vorgenommen werden sollen, die den Rahmen einer ordnungsgemäßen Bewirtschaftung übersteigen.

Sind entgegen den Absätzen a) und b) Änderungen vorgenommen, Anlagen hergestellt oder beseitigt worden, so können sie im Verfahren unberücksichtigt bleiben; das Kulturamt kann den früheren Zustand nach § 137 FlurbG. wieder herstellen lassen, wenn dies der Flurbereinigung dienlich ist.

Sind Eingriffe entgegen dem Absatz c) vorgenommen worden, so muß das Kulturamt Ersatzpflanzungen anordnen.

Werden entgegen dem Absatz d) Holzeinschläge vorgenommen, so kann das Kulturamt anordnen, daß derjenige, der das Holz fällt, die abgeholzte oder verlichtete Fläche nach den Weisungen der Forstaufsichtsbehörde wieder ordnungsgemäß in Bestand zu bringen hat.

6. Der entscheidende Teil dieses Beschlusses wird im Staatsanzeiger veröffentlicht und in der Gemeinde Heringen und den Nachbargemeinden Mensfelden, Nauheim, Neesbach, Kirberg, Kaltenholzhausen, Netzbach, Oberneisen und Panrod öffentlich bekanntgemacht. Gleichzeitig wird der Beschuß mit Begründung und der Gebietskarte zur Einsichtnahme durch die Beteiligten bei dem Bürgermeister in Heringen und in den o. a. Nachbargemeinden zwei Wochen lang ausgelegt.

Rechtsmittelbelehrung: Gegen diesen Beschuß kann binnen 2 Wochen Widerspruch beim Landeskulturamt in Wiesbaden, Parkstraße 44, als Obere Flurbereinigungsbehörde erhoben werden. Der Lauf der Frist beginnt am 1. Tage der öffentlichen Bekanntmachung. Der Widerspruch ist schriftlich einzulegen oder zur Niederschrift beim Landeskulturamt zu erklären.

Wiesbaden, 13. 3. 1967

Landeskulturamt

Az.: WF 387

GNr.: 744/67

StAnz. 16/1967 S. 472

*

Anlage zum Flurbereinigungsbeschuß von Heringen
Vom Flurbereinigungsverfahren ausgeschlossen

Flur 35, Flurst. Nr. 136/1, 7,27 Ar; 136/2, 5,07 Ar; 136/3, 5,08 Ar; 136/4, 5,12 Ar; 136/5, 5,16 Ar; 136/6, 5,18 Ar; 136/7, 5,22 Ar; 136/8, 5,26 Ar; 137/2, 13,78 Ar; 138/1, 11,17 Ar; 138/2, 6,93 Ar; 138/3, 6,89 Ar; 138/4, 6,85 Ar; 138/5, 9,96 Ar; 140/1, 10,81 Ar; 140/2, 6,19 Ar; 140/3, 6,22 Ar; 140/4, 6,55 Ar; 140/5, 6,88 Ar; 141/3, 8,58 Ar; 141/2, 7,67 Ar; 143/4, 10,18 Ar; 143/3, 6,84 Ar; 143/2, 6,86 Ar; 207/5, 6,12 Ar; Zusammen: 181,84 Ar.

Flur 45, Flurst. Nr. 64/9, 0,15 Ar; 64/8, 0,19 Ar; 64/7, 0,18 Ar; 64/6, 0,11 Ar; 64/5, 0,19 Ar; 64/4, 0,20 Ar; 1/1, 6,86 Ar; 2, 7,55 Ar; 3, 7,81 Ar; 4, 6,15 Ar; 5/1, 5,10 Ar; 6/1, 7,87 Ar; 63, 9,98 Ar; 67/1, 3,30 Ar; 7/2, 6,13 Ar; 8/2, 5,83 Ar; 9/2, 5,59 Ar; 10/2, 5,33 Ar; 11/2, 5,06 Ar; 12/2, 6,31 Ar; 7/1, 0,19 Ar; 8/1, 0,19 Ar; 9/1, 0,19 Ar; 10/1, 0,19 Ar; 11/1, 0,19 Ar; 12/1, 0,22 Ar; 66, 3,50 Ar; 13, 6,43 Ar; 14, 5,29 Ar; 15, 5,77 Ar; 16, 6,00 Ar; 17, 6,44 Ar; 18, 6,74 Ar; 64/2, 0,15 Ar; 64/3, 0,18 Ar; 64/10, 0,16 Ar; 64/11, tlw. 8,11 Ar; Zusammen: 139,83 Ar.

Flurbereinigungsverfahren Heringen — WF 387
Vom Verfahren ausgeschlossen

Flur 46, Flurst. Nr. 10, 4,98 Ar; 11, 5,22 Ar; 12, 8,33 Ar; 13, 7,79 Ar; 14, 7,66 Ar; 15, 7,06 Ar; 16, 7,65 Ar; 130/17, 3,80 Ar; 131/17, 3,79 Ar; 18, 14,26 Ar; 23, 3,11 Ar; 24/1, 6,30 Ar; 26/1, 6,15 Ar; 27/1, 6,13 Ar; 28/1, 6,11 Ar; 29/1, 6,12 Ar; 30/1, 14,69 Ar; 31/1, 5,63 Ar; 32/1, 14,59 Ar; 33/1, 12,37 Ar; 34/1, 14,84 Ar; 35, 3,21 Ar; 36/1, 2,30 Ar; 36/2, 1,09 Ar; 37, 2,95 Ar; 38, 2,34 Ar; 39, 4,67 Ar; 40, 16,52 Ar; 41, 9,50 Ar; 42, 9,42 Ar; 43, 9,34 Ar; 44, 8,51 Ar; 45, 16,25 Ar; 46, 8,51 Ar; 47, 9,45 Ar; 48, 10,05 Ar; 49, 11,10 Ar; 50, 10,57 Ar; 51, 1,78 Ar; 52, 1,86 Ar; 53, 1,73 Ar; 54, 5,50 Ar; 55, 15,37 Ar; 56, 10,63 Ar; 57, 8,88 Ar; 58, 2,50 Ar; 59, 7,44 Ar; 60, 4,49 Ar; 61, 9,75 Ar; 62, 0,98 Ar; 63, 0,86 Ar; 64, 4,39 Ar; 132/65, 7,32 Ar; 133/66, 6,78 Ar; 67/1, 5,34 Ar; 68/1, 6,13

Ar; 136/70, 0,76 Ar; 74, 4,06 Ar; 75, 5,20 Ar; 76, 5,31 Ar; 77, 4,53 Ar; 78, 4,17 Ar; 79, 4,90 Ar; 80, 3,37 Ar; 81, 5,15 Ar; 82, 6,81 Ar; 83, 3,64 Ar; 84, 3,61 Ar; 85, 7,78 Ar; 86, 5,37 Ar; 87, 10,25 Ar; 88, 2,70 Ar; 91, 7,97 Ar; 92, 11,91 Ar; 93, 11,03 Ar; 94, 4,24 Ar; 95, 3,81 Ar; 96, 3,75 Ar; 97, 10,73 Ar; 98, 5,28 Ar; 99, 4,00 Ar; 117, 8,15 Ar; 119, 2,90 Ar; 134/121, 8,98 Ar; 122, 21,49 Ar; 140/123, 6,57 Ar; 124, 4,66 Ar; 125 tlw. 7,29 Ar; 126, 1,47 Ar; 127, 0,36 Ar; 128, 1,41 Ar; 129, 1,95 Ar; 19/2, 5,87 Ar; 21/1, 3,70 Ar; 89/1, 0,21 Ar; 90/1, 12,25 Ar; 22/3, 6,57 Ar; 22/4, 2,21 Ar; 67/4, 2,49 Ar; 72/2, 1,19 Ar; 73/2, 1,62 Ar; 73/3, 3,05 Ar; Zusammen: 648,81 Ar.

Flur 47, Flurst. Nr. 5/5, 10,67 Ar; 6/1, 10,20 Ar; 7/8, 9,23 Ar; 8/5, 3,38 Ar; 9/6, 3,90 Ar; 10/1, 21,62 Ar; 11, 5,34 Ar; 158/12, 4,09 Ar; 159/12, 4,53 Ar; 13, 11,56 Ar; 14, 1,16 Ar; 15, 4,48 Ar; 16/1, 19,84 Ar; 18, 12,85 Ar; 162/19, 4,31 Ar; 163/20, 10,31 Ar; 21, 0,08 Ar; 22, 8,79 Ar; 23, 2,02 Ar; 24, 3,45 Ar; 28, 5,68 Ar; 29, 6,52 Ar; 30, 4,00 Ar; 31, 1,11 Ar; 32, 1,93 Ar; 33, 1,47 Ar; 34, 1,46 Ar; 35, 1,38 Ar; 36, 1,48 Ar; 38, 3,89 Ar; 39, 7,10 Ar; 40, 4,34 Ar; 42, 10,90 Ar; 43, 5,69 Ar; 44/2, 5,27 Ar; 45, 2,32 Ar; 46, 3,64 Ar; 47, 7,48 Ar; 48, 1,03 Ar; 49, 2,62 Ar; 50, 10,29 Ar; 51, 10,78 Ar; 52, 7,06 Ar; 53, 5,20 Ar; 54, 8,49 Ar; 55, 9,94 Ar; 56, 6,11 Ar; 57, 5,28 Ar; 58, 8,04 Ar; 59, 0,44 Ar; 60, 7,03 Ar; 61, 3,14 Ar; 63, 0,99 Ar; 66, 3,03 Ar; 67, 1,97 Ar; 68, 1,39 Ar; 69, 1,36 Ar; 71, 9,23 Ar; 72, 5,69 Ar; 73, 4,98 Ar; 74, 3,71 Ar; 75, 3,85 Ar; 76, 3,24 Ar; 77, 4,39 Ar; 78, 10,60 Ar; 79, 4,24 Ar; 80, 1,92 Ar; 81, 5,16 Ar; 82, 8,80 Ar; 83, 3,55 Ar; 84, 4,11 Ar; 85, 3,54 Ar; 86, 3,48 Ar; 87, 6,31 Ar; 88, 6,36 Ar; 89, 2,74 Ar; 90, 2,91 Ar; 91, 4,20 Ar; 92, 4,31 Ar; 93, 12,88 Ar; 94, 8,20 Ar; 44/1, 0,21 Ar; 148/2, 0,12 Ar; 148/3, 0,10 Ar; 148/4, 0,12 Ar; 148/5, 0,02 Ar; 148/6, 0,02 Ar; 148/7, 0,01 Ar; 5/1, 1,65 Ar; 5/2, 4,26 Ar; 5/3, 0,73 Ar; 5/4, 0,12 Ar; 7/1, 0,98 Ar; 7/2, 1,24 Ar; 7/3, 1,44 Ar; 7/4, 0,95 Ar; 7/5, 0,91 Ar; 7/6, 0,38 Ar; 8/1, 0,56 Ar; 8/2, 0,47 Ar; 9/1, 0,02 Ar; 9/2, 1,33 Ar; 9/3, 0,98 Ar; 9/4, 1,10 Ar; 9/5, 2,78 Ar;

207/5, 6,12 Ar; 95, 6,42 Ar; 96, 6,61 Ar; 97, 6,62 Ar; 98, 11,61 Ar; 99, 6,52 Ar; 100, 9,36 Ar; 101, 12,17 Ar; 102, 6,31 Ar; 103, 5,68 Ar; 106, 4,61 Ar; 134, 0,41 Ar; 135/3, 3,19 Ar; 135/1, 0,02 Ar; 137/1, 1,69 Ar; 138, 1,28 Ar; 139, 2,60 Ar; 140, 3,19 Ar; 141, 16,90 Ar; 143, 5,04 Ar; 146, 0,56 Ar; 147, 10,75 Ar; 148/1, 18,45 Ar; 149, 0,74 Ar; 150, 11,58 Ar; 151, 23,67 Ar; 156, 3,17 Ar; 157, 0,74 Ar; 62/1, 7,28 Ar; 104/1, 5,79 Ar; 105/1, 2,09 Ar; 25/1, 9,00 Ar; 26/2, 7,03 Ar; 1/11, 6,79 Ar; 1/2, 6,28 Ar; 1/3, 6,60 Ar; 1/4, 6,92 Ar; 1/13, 6,96 Ar; 1/7, 6,69 Ar; 1/8, 6,69 Ar; 1/9, 6,69 Ar; 37/1, 10,28 Ar; 41/2, 0,36 Ar; 41/3, 8,80 Ar; 1/14, 8,78 Ar; 65/2, 5,71 Ar; 65/3, 2,10 Ar; 70/1, 1,96 Ar; 70/2, 3,27 Ar; Insgesamt: 782,63 Ar.

Zusammenstellung der ausgeschlossenen Flächen vom Flurbereinigungsverfahren. Flur 35, 181,84 Ar; Flur 45, 139,83 Ar; Flur 46, 648,81 Ar; Flur 47, 782,63 Ar; Zusammen: 1753,11 Ar.

381

Flurbereinigung Darmstadt—Eberstadt (StAnz. 1967 S. 308)

In Nr. 1 des im StAnz. 1967 S. 308 veröffentlichten Flurbereinigungsbeschlusses muß es richtig heißen: „die Flurbereinigung für Teile der Gemarkung Darmstadt—Eberstadt wird hiermit angeordnet“.

Wiesbaden, 28. 3. 1967

Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten

IV A — 1 663/67 — II. Ang.

LK. 50.0 — Darmst. (Darmst.—Eberst.) —
StAnz. 16/1967 S. 473

382

Personalnachrichten

Es sind

G. im Bereich des Hessischen Ministers für Wirtschaft und Verkehr

a) Ministerium

ernannt

zum Staatssekretär (BaL) Leitender Ministerialrat z. A. Dr. Alfred Härtl (15. 3. 1967);

zum Amtsrat (BaL) Regierungsamtmann Helmut Hofmann (27. 12. 1966);

zum Regierungsoberbauinspektor (BaL) Regierungsbauinspektor Wolfgang Quebe (1. 1. 1967);

zur Regierungsinspektorin z. A. Verwaltungsangestellte Eleonore Riedel (1. 3. 1967 — BaP);

In den Ruhestand getreten

Ministerialrat Friedrich Müller (mit dem Ende des Monats Oktober 1966), Regierungsoberinspektor Adam Laux (mit dem Ende des Monats November 1966);

In den Ruhestand versetzt

Regierungsdirektor Hans Heinrich Exner (auf seinen Antrag mit Ablauf des Monats Oktober 1966);

in den einstweiligen Ruhestand versetzt

Staatssekretär Dr. Leonhard Lutz (mit Wirkung vom 1. März 1967).

Wiesbaden, 22. 3. 1967

Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr

I c 2 — 7 o 16 — 09

StAnz. 16/1967 S. 473

H. im Bereich des Hessischen Ministers für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen

b) Regierungspräsident in Darmstadt

ernannt

zum Oberregierungschmierat Regierungschmierat (BaL) Dr. Friedrich Hüter (14. 2. 1967), Staatl. Chem. Untersuchungsamt Darmstadt;

zum Gewerbeamtmann Gewerbeoberinspektor (BaL) Hermann Koch (23. 2. 1967), Staatl. Gewerbeaufsichtsamt Offenbach;

zum Gewerbeoberinspektor Gewerbeinspektor (BaL) Hans Braun (23. 2. 1967), Staatl. Gewerbeaufsichtsamt Darmstadt;

zum Regierungssekretärwärter (BaW) Bewerber Ekkehard Schulz (1. 3. 1967), Techn. Überwachungsamt Darmstadt.

Darmstadt, 21. 3. 1967

Der Regierungspräsident

P 2 — 7 L 02/07 (E)

StAnz. 16/1967 S. 473

383

DARMSTADT

Ungültigkeitserklärung eines Vertriebenenausweises B

Der dem Paul Talk, geb. am 25. 2. 1912, wohnhaft in Gießen, Schillerstraße 26, vom Magistrat der Stadt Gießen am 30. 6. 1955 ausgestellte Vertriebenenausweis B Nr. 6112/6540, wird hiermit für ungültig erklärt, nachdem der Betroffene im Überprüfungsverfahren gemäß § 13 BVFG (Wegfall der Berechtigung zur Inanspruchnahme von Rechten und Vergünstigungen) mitgeteilt hat, daß der Ausweis in Verlust geraten sei.

Darmstadt, 10. 3. 1967

Der Regierungspräsident

I/8a — 58e 6454

StAnz. 16/1967 S. 473

Regierungspräsidenten

384

Auflösung des Pferdeversicherungs-Vereins zu Babenhausen

Der Pferdeversicherungs-Verein zu Babenhausen hat durch seine Mitgliederversammlung am 24. Januar 1967 die Auflösung mit Wirkung vom 24. Januar 1967 beschlossen.

Hierzu habe ich die aufsichtsbehördliche Genehmigung erteilt.

Darmstadt, 21. 3. 1967

Der Regierungspräsident

I/1a — 39 i 02/01

StAnz. 16/1967 S. 473

385**Auflösung des Pferdeversicherungs-Vereins „Buseckertal“, in Großen-Buseck**

Der Pferdeversicherungs-Verein „Buseckertal“ in Großen-Buseck hat durch seine Mitgliederversammlung am 18. 1. 1967 die Auflösung mit Wirkung vom 18. 1. 1967 beschlossen.

Hierzu habe ich die aufsichtsbehördliche Genehmigung erteilt.

Darmstadt, 20. 3. 1967

Der Regierungspräsident
I/1a — 39 i 02/01
StAnz. 16/1967 S. 474

387**Einrichtung eines Wohnplatzes in der Gemeinde Niederdorfelden**

Auf Grund des § 12 der Hessischen Gemeindeordnung vom 25. Februar 1952 (GVBl. S. 11) in der Fassung vom 1. Juli 1960 (GVBl. S. 103) wird mit Wirkung vom 20. März 1967 in der Gemeinde Niederdorfelden (Landkreis Hanau) der Wohnplatz

„Luisenhof“

eingerrichtet.

Wiesbaden, 20. 3. 1967

Der Regierungspräsident
I 2 a — 1 — 3k 06 05 — 231/67
StAnz. 16/1967 S. 474

386 WIESBADEN**Schonwalderklärung**

Auf Antrag des Magistrats der Stadt Weilburg/Lahn erkläre ich mit Zustimmung des Regierungsförsterausschusses gemäß § 19 Hess. Forstgesetz vom 10. 11. 1954 (GVBl. S. 211) in der Fassung des 1. Änderungsgesetzes vom 21. 3. 1962 (GVBl. S. 170) in Verbindung mit der 7. Durchführungsanordnung zum Hess. Forstgesetz vom 4. 4. 1963 (StAnz. S. 514) die nachstehend aufgeführten Grundstücke des Stadtwaldes Weilburg/Lahn zu Schonwald.

Flur 3, Parzellen 395, 396, 397, 398, 399 und 400

Flur 10, Parzellen 211, 214, 215, 218, 219 und 223

Flur 15, Parzellen 5, 16, 20, 21 und 22

mit einer Gesamtgröße von 13,3229 ha. Die Grenzen des Schonwaldes sind auf einer Karte dargestellt, die bei meiner Behörde eingesehen werden kann.

Die Schonwalderklärung erfolgt gemäß § 19 (1) Ziff. 2 Hess. Forstgesetz, um Erholungsstätten für die Bevölkerung zu erhalten.

Die uneingeschränkte ordnungsgemäße Bewirtschaftung als Wald nach den Bestimmungen des Hess. Forstgesetzes bleibt davon unberührt.

Die Schonwalderklärung ist dem Textteil des Betriebswerkes beizufügen.

Wiesbaden, 17. 1. 1967

Der Regierungspräsident
IV/1 d — 3805/66 — F 55
gez. Wittrock
StAnz. 16/1967 S. 474

388**Verlust der Eigenschaft als Schätzer und Sachverständiger für antikes Kunstgewerbe**

Die am 4. November 1954 erfolgte öffentliche Bestellung des Herrn Karlheinz Müller, Frankfurt/Main, Georg-Speyer-Straße 13, jetzt Neu-Isenburg, Am Forsthaus Gravenbruch 53, zum Schätzer und Sachverständigen für antikes Kunstgewerbe (Porzellan, Silber, Möbel) ist erloschen.

Wiesbaden, 30. 1. 1967

Der Regierungspräsident
III 1 — 3
StAnz. 16/1967 S. 474

389**Verlust eines Polizeidienstausweises und eines Polizeiführerscheines**

Dem Kriminalobermeister Josef Wolf wurden am 11. 3. 1967 in einer Umkleidekabine des Hockey-Clubs Schwarz-Weiß Köln eine beige Windjacke mit Brieftasche, die u. a. den Dienstausweis Nr. 294, ausgestellt am 2. 3. 1964 durch das Hess. Landeskriminalamt Wiesbaden, verlängert für das Jahr 1967 durch das Staatliche Kriminalkommissariat in Limburg, sowie den Polizeiführerschein Nr. 2438, ausgestellt am 22. 9. 1958 für Kl. I und III durch die Hess. Polizeischule Wiesbaden, mit Nachtrag vom 15. 1. 1960 für Kl. II, enthielt, gestohlen.

Der Dienstausweis sowie der Polizeiführerschein werden hiemit für ungültig erklärt.

Wiesbaden, 30. 3. 1967

Der Regierungspräsident
I 3 K — Tgb. Nr. 118/67
StAnz. 16/1967 S. 474

Buchbesprechungen

Finanzwissenschaft von Professor Dr. Heinz Kolms, Kiel, Band III, Besondere Steuerlehre, 205 S., Sammlung Göschel 1966, Doppelband 5,80 DM. Verlag Walter de Gruyter & Co., Berlin.

Der I. und II. Band des insgesamt IV Bände umfassenden Werkes wurde im StAnz. 1966 S. 1053 besprochen. Heute liegt das III. der wohlfeilen Bändchen vor. Es bringt in 2. Auflage die besondere Steuerlehre. Es werden die Einkommensteuern, nämlich Einkommensteuer und Körperschaftsteuer, und die sog. Satellitensteuern, Notopfer Berlin und Kirchensteuer, die laufenden Erbschaftsteuern und die Ertragsteuern (Grundsteuer, Gewerbesteuer) besprochen. Es folgen die hochinteressanten und immer wieder in der Öffentlichkeit diskutierten Zuwachssteuern, nämlich Bodenzuwachssteuern, Hypothekengewinnabgabe, Kreditgewinnabgabe und Besteuerung von Spekulationsgewinnen. Auch die Verkehrssteuern sind in Unruhe geraten. Der Übergang von der Allphasen-Brutto-Umsatzsteuer zur Netto-Umsatzsteuer mit Vorsteuerabzug steht unmittelbar bevor. Bei den Kapitalverkehrssteuern ist die Wertpapiersteuer schon von 1965 an gefallen. Die Gesellschaftsteuer und die Börsenumsatzsteuer werden immer wieder angegriffen. Da ist es gut, sich auf den Gesamtüberblick über die Verkehrssteuern zu besinnen, der hier vorzüglich gegeben wird. Endlich werden die Zölle und die Verbrauchsteuern mit ihren vielen kleinen Steuerarten von der Kraftfahrzeugsteuer, der Biersteuer bis zur Spielkartensteuer dargestellt. Ein abschließendes Kapitel ist den kommunalen Aufwandsteuern, Getränkesteuern, Vergnügungssteuern, Hundesteuern und anderen Möglichkeiten gewidmet. Wieder hat der bewährte Wissenschaftler in seiner übersichtlichen Art den gewaltigen Stoff bestens vor unseren Augen geordnet und zu jedem Kapitel reichste Literaturhinweise beigegeben, um jede beliebige Frage wissenschaftlich weiterverfolgen zu können. Entsprechend seinem praktischen Taschenformat liest sich das Heftchen auch sehr flüssig und erweckt den Wunsch auf baldige Neuherausgabe des abschließenden IV. Bändchens über Öffentlichen Kredit, Öffentlichen Haushalt und über den heute besonders aktuellen Finanzausgleich.

Ministerialrat Erler

Handbuch für den Feuerwehrmann von Brandoberamtmann a. D. Walter Hamilton n. 7. Aufl., 1966, 408 S., 8,80 DM. Richard-Boorberg-Verlag, Stuttgart, München, Hannover.

Es ist erstaunlich, daß seit Erscheinen der 6. Auflage vor etwa Jahresfrist bereits wieder eine Neuauflage notwendig wurde. Man wird nicht behaupten können, daß die Fortschritte oder die Neuerscheinungen auf dem Gebiete der Feuerlöschtechnik während dieses einen Jahres so bedeutungsvoll waren, um eine Neuauflage erforderlich zu machen, sondern vielmehr die starke Nachfrage als Grund hierfür vermuten dürfen.

Erfreulicherweise handelt es sich bei der 7. Auflage nicht nur um eine wörtliche Wiederholung der 6., sondern um eine wirkliche Neubearbeitung. So ist u. a. festzustellen, daß neben einer sachlich durchaus begründeten Umgruppierung einiger Stoffgebiete auch in dem neu überschriebenen Abschnitt „Brandverhalten von Baustoffen und Bauteilen“ gegenüber den unter der Überschrift „Widerstandsfähigkeit von Baustoffen und Bauteilen gegen Feuer und Wärme“ in der 6. Auflage behandelten Fragen eine Ausrichtung auf die neuen Ausgaben bzw. neuen Entwürfe der DIN 4102 erfolgte.

Völlig neu erscheint in dieser Auflage der Abschnitt „Wasserrückführung über lange Strecke“, der in kurzer, prägnanter Form mit gut ausgewählten Beispielen dem geschulten Feuerwehrführer eine Anleitung an die Hand gibt, sich in diesem etwas schwierigen Stoffgebiet zurecht zu finden.

Bei der Durchsicht des Inhaltsverzeichnisses stößt man zwar auf eine weitere Neuaufnahme unter dem Titel „Olischaden“, ist aber beim Nachschlagen auf der betreffenden Buchseite doch enttäuscht, weil sich die Abhandlung ausschließlich auf Abbildungen von Fahrzeugen und Geräten mit ganz kurzen entsprechenden Hinweisen beschränkt. Abgesehen davon, daß diese Darstellung sachlich besser — etwa als Anhang — in den Abschnitt „Sonderfahrzeuge“ eingruppiert werden sollte, wäre es aber an der Zeit gewesen, diesem für die Feuerwehren so bedeutungsvoll gewordenen neuen Tätigkeitsgebiet in der bewährten Form des Frage- und Antwortspiels mehr Raum zu geben.

Brandrat Kuntze

Diebstahl und Raub im Spiegel der polizeilichen Kriminalstatistik (1953—1962). Kriminalpolizeiliche Nachrichtensammlung und -auswertung. — Schriftenreihe des Bundeskriminalamtes Wiesbaden — 1966 I u. 2. Von Reg.-Krim.-Direktor Rolf Holle. Bezugspreis des Jahresabonnements bis 1966 DM 5,80, ab 1967 DM 9,60. Bundeskriminalamt, Wiesbaden.

Heft 1 des Jahrgangs 1966 befaßt sich mit der Kriminalstatistik für Deliktgruppen, die zahlenmäßig weit mehr als die Hälfte der bekanntgewordenen Kriminalität, ausgenommen die Verkehrsdelikte, ausmachen. Neben der Tatsache des ständigen Anstiegs der Eigentumskriminalität wirkt auch die Feststellung, daß nur etwa 1/3 der bekanntgewordenen Fälle aufgeklärt werden kann, sowohl in Fachkreisen als auch in der Bevölkerung immer wieder beunruhigend. Der Verfasser hat nach einer kurzen Einführung die Zahlen aus den Deliktgruppen schwerer und einfacher Diebstahl, Raub und räuberische Erpressung, sowohl getrennt als auch im Verhältnis zueinander aufgeführt und sie für den Jahrgang 1960 auch mit der Strafverfolgungsstatistik gegenübergestellt. Daneben hat er im Bereich der Eigentumskriminalität spezielle Angriffsobjekte erfaßt, wie Kraftfahrzeug-, Fahrrad-, Taschen- oder Metalldiebstahl, Einbrüche in Banken und andere Geldinstitute sowie Geldschrank- und Wohnungseinbrüche, Einbrüche in Geschäften, Fabriken, Werkstätten und Lagerräume. Innerhalb der einzelnen Abschnitte zeigt er u. a. die Entwicklung der Gesamtzahl der bekanntgewordenen Fälle, die Häufigkeitsziffern für das Bundesgebiet, die Aufklärungsquote sowie die Aufklärung der Täter nach Alter und Geschlecht an.

Insgesamt bietet das Heft mit seinem übersichtlichen, z. T. graphisch gestalteten statistischen Zahlenwerk dem an Kriminologie, Kriminalistik oder Strafverfolgung interessierten Leser recht gründlichen Aufschluß. Die Entwicklung einzelner Zahlen, so der Vergleich der Kriminalität, abgestellt auf Bevölkerung und Häufigkeitsziffern für Großstadt, Mittelstadt, Kleinstadt und Landgebiet, stellt darüber hinaus eine recht dankbare Aufgabe für eine vertiefte wissenschaftliche Untersuchung der Ursachen.

Heft 2 des Jahrgangs 1966 stellt dem Leser mit dem kriminalpolizeilichen Meldedienst ein Aufgabengebiet der Kriminalpolizei vor, welches in neuester Zeit wegen seiner — noch immer problematischen — Eignung für elektronische Datenerfassung nahezu zu einem Politikum geworden ist.

Der Verfasser setzt auch für den in kriminalpolizeilichen Dingen nicht erfahrenen Leser zunächst die Grundsätze des allgemeinen kriminalpolizeilichen Meldedienstes voran, der bekanntlich auf der Erkenntnis basiert, daß Berufs-, Gewohnheits- und Triebverbrecher überwiegend immer wieder gleiche oder zumindest ähnliche Straftaten verüben und demnach an ihren für sie charakteristischen Arbeitsweisen, aber auch an den bei der Tatbegehung festgestellten persönlichkeitsgebundenen konstanten Merkmalen und Verhaltensweisen wiedererkannt werden können.

Nach einer ausführlichen Darstellung des überörtlichen Melde-, Erfassungs- und Auswertungssystems behandelt der Verfasser recht gründlich neue Wege der Auswertung, die einerseits in einem erweiterten Verzeichnis der zu erfassenden Merkmale, andererseits in der Verbesserung der konventionellen Karteiarbeit bestehen. Die elektronische Datenverarbeitung nimmt hier einen sehr breiten Raum ein. Holle umreißt zunächst für das Bundeskriminalamt die Aufgaben, die von der Kriminalpolizei an eine elektronische Datenerfassung und -verarbeitung zu stellen sind. Er zeigt auch technische Lösungsvorschläge unter Einbeziehung der modernen Datenfernverarbeitung, läßt jedoch in seinem Schlußwort keinen Zweifel daran, welch außerordentlicher Aufwand an Arbeit, Zeit und Geld noch nötig ist, um eine Automatisierung bestimmter kriminalpolizeilicher Tätigkeiten zu erreichen.

Kriminaloberrat Dr. G e m m e r

Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer, Heft 23: „Bewahrung und Veränderung demokratischer und rechtsstaatlicher Verfassungsstruktur in den internationalen Gemeinschaften“; „Verwaltung und Schule“. Berichte von Joseph H. Kaiser und Peter Badura, Hans-Ulrich Evers und Ernst-Werner Fuß. Aussprache zu den Berichten in den Verhandlungen der Tagung der Deutschen Staatsrechtslehrer zu Kiel vom 9. bis 12. 10. 1964. 1966, 299 S., 42.— DM. Verlag Walter de Gruyter & Co., Berlin.

Die Aktualität der im Oktober 1964 während der Tagung der Deutschen Staatsrechtslehrer in Kiel behandelten Themen macht das Interesse verständlich, mit dem die Ausführungen der Referenten und der Diskussionssteilnehmer aufgenommen wurden. Durch die Beratungen, über die in den Fachzeitschriften berichtet wurde (DÖV 1964/803, DVBl. 1965/111, JZ 1964/692, NJW 1964/2147), haben die Erörterungen um die Verfassungsmäßigkeit des Rechtes der supranationalen Gemeinschaften neue Impulse erfahren, und die Verhandlungen haben deutlich gemacht, wie sehr es mit Rücksicht auf die verfassungsmäßige Grundordnung unseres Gemeinwesens notwendig ist, bei der gegenwärtigen lebhaften Diskussion des deutschen Bildungswesens neben bildungspolitischen, soziologischen und pädagogischen Aspekten auch rechtliche Gesichtspunkte zu berücksichtigen.

I.

Bereits während der Erlanger Tagung der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer im Jahre 1959 stand das Recht internationaler Staatengemeinschaften im Mittelpunkt der Beratungen. Während damals vor allem das Verhältnis des Rechts der europäischen Gemeinschaften zu den Bestimmungen des Grundgesetzes erörtert worden war, führte das Thema des ersten Beratungsgegenstandes der Tagung in Kiel über die früheren Verhandlungsergebnisse hinaus, indem versucht wurde, das Recht der nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen supranationalen Gemeinschaften aus sich selbst heraus und nicht im Blick auf eine nationale Rechtsordnung darzustellen und zu würdigen. Die Themenstellung läßt erkennen, welche Bedeutung die deutsche Rechtswissenschaft dem Recht der internationalen Gemeinschaften beimißt und wie sehr sie bemüht ist, ihren Beitrag zu seiner Fortbildung zu leisten.

Während der das Grundsätzliche betonende Bericht von Prof. Dr. Kaiser, Freiburg, „Wirksamkeit und Möglichkeit demokratischer und rechtsstaatlicher Verfassungsstruktur auf der Ebene der internationalen Gemeinschaften“ behandelt, geht Prof. Dr. Badura, Göttingen, in seinem Mitbericht über „die Auswirkungen des Organhandels dieser Gemeinschaften auf das Verfassungsleben der Mitgliedsstaaten, und zwar insbesondere auf die rechtsstaatliche Verfassung der Bundesrepublik“, stärker auf konkrete Rechtsfragen ein.

Während der lebhaften Aussprache wurde im Zusammenhang mit der Erörterung des Charakters der von den supranationalen Gemeinschaften ausgeübten öffentlichen Gewalt u. a. festgestellt, daß die Maßstäbe des nationalen Verfassungsrechts nur in sehr begrenztem Umfang auf die internationalen Gemeinschaften anwendbar sind, weil es sich — mangels einer bundesstaatlichen Struktur — um eine Art von Zweckverbänden mit vertraglich begründeten und im einzelnen bestimmten Befugnissen handelt. Allgemein wurde die Notwendigkeit bejaht, auch in den supranationalen Gemeinschaften demokratischen und rechtsstaatlichen Grundsätzen noch stärker als bisher Geltung zu verschaffen und den Schutz der Grundrechte in ihnen zu gewährleisten.

II.

Bei der Behandlung des zweiten Beratungsgegenstandes „Verwaltung und Schule“ mußten es sich die Referenten, Prof. Dr. Evers, Braunschweig, und Privatdozent Dr. Fuß, Hamburg, wegen des Umfangs des Themas versagen, auf das Hochschulrecht, die Problematik der Konfessionsschule sowie die mit der verwaltungsgerichtlichen Kontrolle von Verwaltungsakten der Schulen zusammenhängenden Fragen einzugehen.

Evers geht von der Forderung nach der Einheit der Bildung und der Bildungsorganisation aus, die er in der pluralistischen Gesellschaft als Einheit der Vielfalt verstanden wissen will.

Da auch das bisher weithin auf Verwaltungsverordnungen der Exekutive beruhende Schulrecht dem Gesetzesvorbehalt unterliege, seien aus demokratischen und rechtsstaatlichen Erwägungen für so wesentliche Bereiche wie das Schulverhältnis, die Schulorganisation, die Schulaufsicht sowie die Mitwirkung der Erziehungsberechtigten im Schulwesen gesetzliche Grundlagen in der Form eines sinnvollen Systems von Ermächtigungen und Ermessensräumen unerlässlich.

Das Verhältnis zwischen dem Staat und den Gemeinden im Schulwesen ist nach der Ansicht von Evers durch eine Ausdehnung des staatlichen Einflusses gekennzeichnet, so daß den kommunalen Schulträgern „im wesentlichen nur Initiativ- und Mitspracherechte, die Freiheit der Bestimmung der Fassade, des pädagogisch unerheblichen Details und der zusätzlichen Leistungen“ verblieben seien. Wenn in den modernen Schulgesetzen der Länder die von den Gemeinden auf dem Gebiet des Schulwesens wahrzunehmenden Aufgaben als Selbstverwaltungsangelegenheiten bezeichnet würden, so handele es sich dabei um eine mehr optische als praktische Begünstigung, da die Entscheidungsfreiheit der Schulträger durch staatliche Genehmigungsvorbehalte stark eingeschränkt sei.

Der individuelle und situationsbezogene, in seinem Kern der Normierung und Weisung unzugängliche Bildungsvorgang gebietet nach der Auffassung von Evers eine freiheitliche Gestaltung des Schulbetriebes sowie die Anerkennung des die beamtenrechtliche Stellung des Lehrers ergänzenden Prinzips der pädagogischen Freiheit. Allerdings gehe das Verfassungsgebot zur sachgerechten und gleichen Behandlung der Schüler der pädagogischen Freiheit des Lehrers vor.

Im Zusammenhang mit der Behandlung des Elternrechts bedauert Evers, „daß von dem Zusammenwirken der Elternvertretungen meist nur unbedeutende Impulse ausgehen“, und er führt die „geringe Effektivität“ dieser Gremien nicht nur auf die Zurückhaltung von Gesetzgebung und Verwaltung, den Elternbeiträgen geeignete Aufgaben zu übertragen, sondern vor allem darauf zurück, daß Elternrecht und Elternwille individuell, ja egoistisch auf das Wohl des eigenen Kindes gerichtet und daher nicht geneigt seien, Mehrheitsentscheidungen anzuerkennen.

Wenn Evers im Zusammenhang mit der Erörterung des Privatschulrechts einen allgemeinen verfassungsrechtlichen Anspruch auf eine Subventionierung der Privatschulen durch die öffentliche Hand verneint, so steht diese Ansicht nicht im Einklang mit den Feststellungen des Bundesverwaltungsgerichts in dessen Urteilen vom 11. 3. 1966 — BVerwG VII C 194.64 — (DVBl. 1966 S. 888) und vom 10. 6. 1966 — BVerwG VII C 1.64 — (Der Gemeindetag 1966 S. 308).

Ausgehend von dem Prinzip der Bildungsfreiheit, die nach seiner Auffassung eine rechtsstaatliche und eine sozialstaatliche Komponente hat, sowie dem Grundrecht auf Erziehung wendet sich Fuß in seinem Referat vor allem gegen die extensive Auslegung des Begriffs der staatlichen Schulaufsicht durch Rechtsprechung und Rechtslehre. Unter Hinweis auf die nach seiner Meinung vorbildliche Regelung in § 49 des hessischen Schulverwaltungsgesetzes hält er eine Bedeutungskorrektur des Schulaufsichtsbegriffs im Sinne einer Begrenzung der Befugnisse der Exekutive auf echte Aufsichtsfunktionen für unerlässlich. Da das Gewohnheitsrecht als Grundlage für eine (derartige) Rechtssetzungsbefugnis der Schulverwaltung nach seiner Auffassung nicht ausreicht, kommt er zu dem überraschenden Ergebnis, daß das Gros der in der Form von Ministerialerlassen ergangenen Schul- und Prüfungsordnungen der Rechtswirksamkeit entbehrt.

Im Zusammenhang mit der Erörterung des Verhältnisses von staatlicher Schulhoheit und föderalistischer Ordnung kommt Fuß zu dem Ergebnis, daß die KMK als Instrument zur freiwilligen Selbstkoordination der Länder in der Form einer Arbeitsgemeinschaft zur technischen Planung und unverbindlichen Abstimmung von Rechtssetzungs- und Verwaltungsprojekten „in vielerlei Hinsicht auf überaus schwankendem rechtlichem Boden“ steht.

In der Diskussion machten die Teilnehmer gegenüber den Ausführungen der Referenten zum Teil erhebliche Vorbehalte. Obwohl eingeräumt wurde, daß der Rechtsstaat in unser Bildungswesen noch verhältnismäßig wenig eingedrungen sei, richtete sich der Widerspruch vor allem gegen die Betonung des Gesetzesvorbehalts im Schulwesen, weil die Erfüllung von Unterrichts- und Erziehungsaufgaben weit mehr eine Frage der praktischen Schulgestaltung als eine solche des Verwaltungsrechts sei. Da Verwaltung sich nicht im Gesetzesvollzug erschöpfe und das Schulrecht weder der Eingriffsverwaltung noch ganz der Leistungsverwaltung zuzurechnen sei, könne insoweit auch nicht auf die gegenüber diesen Verwaltungsweisen entwickelten rechtsstaatlichen Sicherungen zurückgegriffen werden. Darüber hinaus wurde bezweifelt, ob es der Unterrichts- und Erziehungsarbeit förderlich sei, pädagogische Fragen der Entscheidung der Legislative zu überantworten. Andere Diskussionssteilnehmer vertraten eine vermittelnde Auffassung, indem sie einen beschränkten Gesetzesvorbehalt für die Grundentscheidungen der Schule und insbesondere für Grundrechtseingriffe bejahten oder gesetzliche Ermächtigungen befürworteten, die der Schulverwaltung hinreichend Raum und Gestaltungsfreiheit geben.

Ungeachtet der erwähnten Vorbehalte werden die Ausführungen der Referenten und Diskussionssteilnehmer zu einer weiteren Klärung der während der Tagung behandelten aktuellen Probleme beitragen.

Regierungsdirektor Hofmeister

Einkommensteuer — Körperschaftsteuer nebst Gemeinnützigkeitsverordnung und anderen Nebengesetzen und Verordnungen. Handkommentar von Dr. Ottmar Bühler (†), o. Professor in München, und Dr. Heinz Paulick, o. Professor an der Universität Würzburg. 6. Ergänzungslieferung (November 1966). 286 S. 8°. In Schläufe DM 7,80. Verlag C. H. Beck, München und Berlin.

In der Besprechung der vorhergehenden 5. Ergänzungslieferung im StAnz. 1967 S. 142 wurde die baldige Folge dieser neuen 6. Ergänzungslieferung angekündigt. Sie liegt nunmehr vor und enthält die völlige Erneuerung des Textanhangs, der auf den neuesten Stand vom 1. November 1966 gebracht wurde. Der Textanhang enthält die Einkommensteuer-Durchführungsverordnung, die Lohnsteuer-Durchführungsverordnung, die Verordnung über den Lohnsteuer-Jahresausgleich, die Kapitalertragsteuer-Durchführungsverordnung, die Gesetze über die Pensionskassen und über die Gewährung von Prämien für Wohnbausparer und das Sparprämiengesetz, die Verordnungen über die steuerliche Behandlung der freien Erfinder, der Arbeitnehmererfindungen und der Prämien für die Ermittlung des Gewinns aus Land- und Forstwirtschaft und Durchschnittssätzen, die Einfamilienhausverordnung, das Entwicklungshilfe-Steuergesetz, die Körperschaftsteuer-Durchführungsverordnung, die Kartellsteuerverordnung, das Umwandlungs-Steuergesetz, das Berlinhilfegesetz und im Auszug das Gesetz über Kapitalanlagegesellschaften gebracht. Es handelt sich überwiegend um außerordentlich wichtige und sehr aktuelle Nebengesetze, bei denen man sich auf ihre neueste Fassung verlassen können. Auch sind die von 1965 an geltenden Einkommensteuer-, Grund- und Spittabellen beigelegt. Die den Körperschaftsteuerteil ergänzende 7. Lieferung soll im Frühjahr folgen.

Ministerialrat Erlier

Tabellen zum Bundes-Angestelltentarifvertrag (BAT). 29. Auflage. Nachtrag (Bund und Länder-Bereich), DM 2,80. Gültig ab 1. Januar 1967. Verlag für Verwaltungspraxis, Franz Rehm KG, München.

Tabellen zum MTL II. 13. Auflage, Nachtrag, Stand: 1. Januar 1967, DM 1,40. Tabelle mit Nachtrag DM 15,40. Verlag für Verwaltungspraxis, Franz Rehm KG, München.

Fuhr-Pfeil: Hessische Verfassungs- und Verwaltungsgesetze. Textsammlung hessischer Gesetze und Verordnungen staats- und verfassungsrechtlichen Inhalts. Herausgegeben von Dr. Eberhard Fuhr, Verwaltungsgeschäftsdirektor, und Erich Pfeil, Ministerialdirektor. 16. Ergänzungslieferung. 1966. 350 S. 8°. In Schläufe 14,80 DM. Grundwerk, ergänzt bis November 1966. Rund 3000 S. 8°. In Plastikordner 54,— DM. Verlag C. H. Beck, München und Berlin.

Bereits verhältnismäßig kurze Zeit nach Erscheinen der vorangehenden (15.) Lieferung — vgl. die Besprechung in StAnz. 1966, S. 1628 — ist eine neue Ergänzung des Werks erforderlich geworden, da der Hessische Landtag im letzten Halbjahr der abgelaufenen Legislaturperiode eine Reihe wichtiger Gesetze verabschiedet hat. In erster Linie sind hier das Hochschulgesetz vom 16. Mai 1966 (GVBl. I S. 121) und das Verwaltungsvollstreckungsgesetz vom 4. Juli 1966 (GVBl. I S. 151) zu erwähnen. Das Landtagswahlgesetz ist durch Gesetz vom 4. Juli 1966 (GVBl. I S. 143) geändert, die Landeswahlordnung und die Verordnung über die Verwendung von Stimmzählgeräten sind neu erlassen worden.

Geändert worden sind ferner folgende Gesetze, die z. T. Neufassungen erfahren haben: die Verwaltungsgerichtskostenordnung, das Verwaltungsgebührengesetz, das Vergütungssteuergesetz, das Bauaufsichtsgesetz und die Hessische Bauordnung, das Gesetz über das Lehramt an öffentlichen Schulen.

Die Beihilfeverordnung ist in wesentlichen Punkten geändert worden. Anstelle der früheren Stellenplanverordnung ist eine neue Eingruppierungsverordnung getreten.

Das Werk befindet sich damit auf dem Stand vom 1. November 1966.

Hessisches Beamtengesetz, Kommentar von Ministerialrat A. D. Dr. Julius Crisoli und Amtsrat Martin Schwarz. Loseblattausgabe, 25. bis 30. Ergänzungslieferung. 1966/1967. Kustleder-Sammelordner, bis zum Liefertag ergänzt 65,— DM. Hermann-Luchterhand-Verlag GmbH, Neuwied.

Die sechs Ergänzungslieferungen sind in der Zeit von Juni 1966 bis Januar 1967 erschienen. Diese rasche Folge hält das Werk stets auf dem neuesten Stand. Für einen Kommentar auf dem für die Verwaltung so wichtigen und ständigen Veränderungen unterworfenen Gebiet des Beamtenrechts ist dieser Umstand sehr zu begrüßen und verdient deshalb, lobend erwähnt zu werden. Neben der laufenden Berichterstattung überholter Bestimmungen trachten die Verfasser sichtbar danach, das Werk weiter zu vervollständigen mit dem Ziel, eine lückenlose Sammlung des gesamten Beamtenrechts einschließlich aller Nebenbestimmungen anzubieten. Auch hierin kann den Verfassern Vorbildlichkeit bescheinigt werden.

An neuen Vorschriften sind insbesondere hervorzuheben:

Ergänzungslieferung 25: Sie bringt die neue Dienstjubiläumsvordnung, den Gemeinsamen Runderlaß des Ministers des Innern vom 1. November 1965 über die Fürsorge für schwerbeschädigte Angehörige des öffentlichen Dienstes, den Runderlaß des Ministers der Finanzen vom 16. September 1965 zum Zweiten Vermögensbildungsgesetz und insbesondere alle Vorschriften zum Reise- und Umzugskostenrecht. Darunter befindet sich auch der Runderlaß des Ministers der Finanzen vom 21. Dezember 1965 zum Hessischen Reisekostengesetz. Die Verfasser haben dafür als Leitüberschrift auf jeder Seite (550/12 bis 550/18) „Reisekosten-Ausführungsgesetz“ gewählt. Das müßte wohl geändert werden.

Ergänzungslieferung 26: Sie enthält insbesondere die Assistentenordnung für die wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Hessen (HAssO) vom 23. Februar 1966.

Das Gesetz über die Gewährung einer jährlichen Sonderzuwendung vom 21. Dezember 1964 wird mit Erläuterungen mit den Lieferungen 25, 26 und 28 eingefügt.

Die Ergänzungslieferung 27 enthält sehr nützliche Tabellen über die Mindestversorgungsbezüge nach § 132 Abs. 1 HBG, die Mindestversorgungsbezüge nach § 153 Abs. 1 HBG, die Mindestversorgungsbezüge für Polizeivollzugsbeamte nach § 195 Abs. 1 HBG sowie die Mindestkriegsunfallversorgungsbezüge nach § 223 Abs. 1 HBG.

Erwähnenswert aus der Ergänzungslieferung 28 ist der Erlaß des Kultusministers vom 7. April 1966 über die Nebentätigkeit der Beamten an den wissenschaftlichen Hochschulen und an den anderen wissenschaftlichen Instituten und Anstalten.

Die Ergänzungslieferung 29 bringt die Neufassung der Beihilfeverordnung vom 7. Juni 1966 und die Verwaltungsvorschriften dazu sowie die Verwaltungsvorschriften zu §§ 2 und 7 des Umzugskostengesetzes (in der Leitüberschrift zu den Seiten 550 145 bis 550 149 versehentlich als „Verwaltungskosten zu §§ 2. 7 HUKG“ bezeichnet).

Daneben enthalten alle Ergänzungslieferungen Berichtigungen und Ergänzungen zum Kommentarteil. Die Ergänzungslieferung 30 berücksichtigt außerdem die Änderungen des Beamtengesetzes auf Grund des Ersten Gesetzes zur Änderung des Hessischen Beamtengesetzes und der Hessischen Disziplinarordnung vom 14. Oktober 1966.

Regierungsdirektor Brunner

Freiwillige Gerichtsbarkeit. Handausgabe des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit mit Erläuterungen, Ausführungs- und Ergänzungsvorschriften. Begründet von Oberlandesgerichtsrat Fritz Keidel, fortgeführt von Oberlandesgerichtsrat Theodor Keidel, 9., neubearbeitete Auflage. 1967. XXI, 1728 S., gr. 8°. In Leinen 78,— DM. Verlag C. H. Beck, München und Berlin.

Nachdem 1963 die letzte Auflage des Kommentars erschienen war, folgt nunmehr die 9. Auflage, in der Gesetzgebung, Schrifttum und Rechtsprechung bis September 1966, teilweise noch darüber hinaus, berücksichtigt worden sind. Ergänzungen und Änderungen haben § 25 des Vereinsgesetzes vom 5. 8. 1964 durch die Einfügung des § 160a FGG und die Bestimmung des § 43 EG zum Aktiengesetz vom 6. 9. 1965, welche die §§ 132 I, 144 I 1, 145 I, 146 II, III FGG geändert hat, erforderlich gemacht. Auch die Änderung des § 17 II FGG durch das Gesetz über den Fristablauf am Sonnabend vom 10. 8. 1965 war zu berücksichtigen. Ferner gab § 138 des Urheberrechtsgesetzes vom 9. 6. 1965 dem Bearbeiter Anlaß zu umfangreichen Anmerkungen (Vorb. § 19 Rn. 47a—47u). Die durch das „Familiengesetzbuch der Deutschen Demokratischen Republik“ vom 20. 12. 1965 eingetretene Änderung des dort geltenden Familien- und Erbrechts hat ebenfalls zu zahlreichen, für die Behandlung interlokaler Fälle wertvollen Hinweisen geführt.

Darüber hinaus hat der Bearbeiter seine Erläuterungen mehrfach umgestaltet und erweitert, worauf im einzelnen im Vorwort zur 9. Auflage hingewiesen wird. Insoweit sei lediglich bemerkt, daß im Gegensatz zur 8. Auflage jetzt die Zulässigkeit einer unselbständigen Anschließbeschwerde in sogenannten echten Streitssachen ebenso bejaht wird, wie die Zulässigkeit der Ablehnung eines Richters (Rechtspflegers) durch einen Verfahrensbeteiligten. Es wäre zu wünschen, daß die nunmehr auch von Keidel vertretene Ansicht zur Frage der Richterablenkung — ebenso wie die von ihm zitierten Entscheidungen und Abhandlungen, aber auch z. B. die in § 11 LVwG und in § 81 II BGO getroffenen Regelungen — den Gesetzgeber veranlaßt, die Frage einer Änderung des § 6 II FGG alsbald zu prüfen.

In der Anmerkung zu § 12 Rn. 3 hätte man vielleicht außer den genannten Beispielen für die Ausnahmefälle, in denen das Gericht nur auf Antrag tätig werden darf, noch den Fall der vormundschaftsgerichtlichen Schlichtung von Meinungsverschiedenheiten der Eltern bei Ausübung der elterlichen Gewalt erwähnen sollen. Bei § 20 ist nicht die Frage behandelt worden, ob dann, wenn beide Eltern beschwerdeberechtigt sind, jeder Elternteil für sich allein das Beschwerderecht hat. Es hätte auch etwas besser unter Herausstellung der Gründe unterschieden werden müssen, in welchen Fällen der Inhaber der elterlichen Gewalt eigenen Namens und in welchen Fällen er namens des Kindes und in welchen Fällen er mit beiden Möglichkeiten die Beschwerde einlegen muß bzw. kann. Schließlich wären in der Kommentierung des § 25 FGG Ausführungen zum Rechtsschutzbedürfnis wünschenswert gewesen.

Die vorgenannten Bemerkungen ändern nichts daran, daß sich auch die vorliegende Auflage durch die aufgewandte große Sorgfalt auszeichnet. Es bedarf keiner besonderen Hervorhebung mehr, daß dieser Kommentar ein unentbehrlicher Helfer für jeden ist, der sich mit Fragen aus dem Gebiet der freiwilligen Gerichtsbarkeit befaßt. Die Übersichtlichkeit der Darstellung ist dadurch weiter verbessert worden, daß fast alle Zitate in Fußnoten gesetzt sind. Daß die zahlreichen Erweiterungen den Umfang der 9. Auflage um mehr als 200 Seiten gegenüber der Voraufgabe haben anwachsen lassen, beeinträchtigt die Handlichkeit des Kommentars nicht.

Landgerichtsrat Dr. Winkler

Merkblatt über „Das Erschließungsrecht des Bundesbaugesetzes“. Januar 1967, 1. Auflage. 52 Seiten DIN A 5, geheftet, Einzelverkaufspreis 3,60 DM zuzüglich Porto, bei Bestellungen ab 21 Stück Mengenrabatt. Herausgeber: Deutsches Volksheimstättenwerk, 5 Köln, Hohenzollernring 79/81.

Der sechste Teil des Bundesbaugesetzes regelt in den §§ 123 bis 135 erstmals einheitlich das Erschließungsrecht. Die Vorschriften sind an die Stelle der bisher geltenden, recht unterschiedlichen landesgesetzlichen Bestimmungen getreten.

Das Deutsche Volksheimstättenwerk hat bereits in seiner Monatschrift „So planen und bauen“ mehrere Aufsätze über das Erschließungsrecht veröffentlicht. Diese sind überarbeitet und in dem vorliegenden Merkblatt zusammengefaßt worden. Dieses gibt in knapper, übersichtlicher und verständlicher Form einen Überblick über das Erschließungsrecht und die dazu vorhandene Rechtsprechung; es stellt klar heraus, daß das Bundesbaugesetz lediglich die erstmalige Herstellung von Erschließungsanlagen und deren Kosten regelt, daß für die Unterhaltung dieser Anlagen aber weiterhin landesgesetzliche Vorschriften maßgebend sind. Das Merkblatt ersetzt demjenigen, der sich mit einzelnen Problemen ernsthaft auseinandersetzen muß, weder einen Kommentar noch — da keine Fundstellen zitiert sind — die Beschäftigung mit der Rechtsprechung. Wie schon der Name „Merkblatt“ sagt, war das auch gar nicht beabsichtigt. Das Heftchen ist für Gemeindeverwaltungen, Wohnungsbauunternehmen, private Grundstückseigentümer, Erbbauberechtigte und Kaufinteressenten bestimmt, also für alle diejenigen, die Erschließungsbeiträge einziehen, bezahlen oder darüber Auskunft geben müssen.

Ebenso wie die Fundstellen der Rechtsprechung fehlt ein Stichwortverzeichnis. Dieser Mangel wird jedoch durch ein ausführliches Inhaltsverzeichnis wiedergutmacht.

Das Merkblatt ist allen denjenigen zu empfehlen, die sich über das Erschließungsrecht informieren wollen, ohne zu tief in Einzelheiten einzudringen.

Regierungsassessorin Ermele

Öffentlicher Anzeiger

ZUM „STAATS-ANZEIGER
FÜR DAS LAND HESSEN“

1967

Montag, den 17. April 1967

Nr. 16

Veröffentlichungen

1269

**Widmung der im Zuge der Kreisstr. Nr. 10
neugebauten Strecke in der Ortslage
Sontra, Landkreis Rotenburg,
Regierungsbezirk Kassel**

Die in der Ortslage Sontra, Landkreis Rotenburg, Regierungsbezirk Kassel, neu-gebaute Strecke,

von km 0,004 neu (= km 19,240 der B 27)
bis km 0,443 neu (= km 0,337 alt) = 0,439
km,

wird mit Wirkung vom 1. November 1966 für den öffentlichen Verkehr gewidmet (§ 4 Abs. 1 des Hessischen Straßengesetzes [HStrG] vom 9. Oktober 1962 — GVBl. I. S. 437 —).

Sie erhält damit die Eigenschaft einer öffentlichen Straße und wird Teil der Kreisstraße Nr. 10.

Gegen diesen Bescheid kann Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift bei der unten bezeichneten Verwaltungsbehörde einzulegen. Die Frist für die Einlegung des Widerspruchs beträgt einen Monat. Sie beginnt mit Ablauf des Tages, an dem die Widerspruchsverfügung bekanntgemacht worden ist.

6442 Rotenburg a. d. Fulda, 8. 11. 1966

**Der Kreisausschuß
des Kreises Rotenburg
Bährens, Landrat**

Gerichtsangelegenheiten

1270

Aufgebote

8 F 7/66: Durch **Ausschlußurteil** des Amtsgerichts Offenbach am Main vom 8. Februar 1967 wurde auf Antrag der A) Maschinenbaumeister Friedrich Karl Kanzler, 6078 Neu-Isenburg, Bahnhofstraße 115, B) Schlossermeister Georg Berdel, 6078 Neu-Isenburg, Bahnhofstraße 113 — vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Gast, Neu-Isenburg, Friedrichstraße 42 — die Gläubigerin der im Grundbuch des Amtsgerichts in Offenbach am Main, Bezirk Neu-Isenburg, a) Band 164, Blatt 6216, Abteilung III, lfd. Nr. 1, lastend auf dem Grundstück Flur 2, Nr. 84/14, Hof- und Gebäudelfläche, Bahnhofstraße 115, hält 346 qm; Grundstückseigentümer: Antragsteller A), b) Band 161, Blatt 6116, Abteilung III, lfd. Nr. 1, lastend auf den Grundstücken aa) Flur 2, Nr. 86/4, Bauplatz an der Zeppelinstraße, hält 230 qm; bb) Flur 2, Nr. 86/5, Bauplatz an der Zeppelinstraße, hält 230 qm; Grundstückseigentümer: Antragsteller B) eingetragenen Sicherungshypothek in Höhe von 1351,47 RM ohne Zinsen zur Sicherung einer Forderung aus Warenlieferung der Firma Norddeutsche Kugellagerfabrik GmbH., Berlin SO 36, Schlesische Straße 12, mit ihrem Recht ausgeschlossen.

605 Offenbach (Main), 8. 2. 1967

Amtsgericht, Abt. 8

1271

8 F 6/66: Durch **Ausschlußurteil** des Amtsgerichts Offenbach am Main vom 15. März 1967 wurde auf Antrag der Frau Ottilie Stöhr, geb. Horn, 6056 Heusenstamm, Frankfurter Straße 120, vertreten durch Rechtsanwälte Dr. Ludwig und Hallier, 605 Offenbach am Main, Kaiserstraße 13, der Gläubiger der im Grundbuch von Heusenstamm, Band 40, Blatt 1852, und Band 34, Blatt 1634, jeweils in Abteilung III, unter Nr. 4, für die Firma A. Rosenthal jr. in Frankfurt am Main, eingetragenen Gesamtsicherungshypothek von 666,67 GM, i. B. Sechshundertsechszig 67/100 Goldmark mit seinem Recht auf diese Hypothek ausgeschlossen.

605 Offenbach (Main), 15. 3. 1967

Amtsgericht, Abt. 8

1272

8 F 12/65: Durch **Ausschlußurteil** des Amtsgerichts Offenbach am Main vom 29. März 1967 wurde auf Antrag des Herrn Dr. Artur Winkler, Caixa Postal 21.155 Brooklin-Paulista, Sao Paulo-17 (Brasilien) — vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Hans Schäffer, Frankfurt (Main), Am Leonhardsbrunn 15 — der Hypothekenbrief über die im Grundbuch von Dietzenbach des Amtsgerichts Offenbach am Main, Band 88, Blatt 3889, früher Band 23, Blatt 1846, für die Bausparkasse Mainz AG. in Mainz, in Abt. III, Nr. 1 (früher Nr. 3), eingetragene Hypothek über 4 760,— DM, i. W. Viertausendsiebenhundertundsechzig Deutsche Mark, nebst bis zu 6. v. H. Jahreszinsen für kraftlos erklärt.

605 Offenbach (Main), 30. 3. 1967

Amtsgericht, Abt. 8

1273 Güterrechtsregister

GR 1215 — 20. März 1967: Die Eheleute Karl Kurt Schneck, Maschinenbaumeister, und Elisabeth, geb. Geibel, beide in Darmstadt-Eberstadt, haben durch Vertrag vom 21. Februar 1967 Gütergemeinschaft vereinbart.

GR 1216 — 20. März 1967: Die Eheleute Peter Martin Ebert, Abteilungsleiter, und Anna Margarete, geb. Buttler, beide in Darmstadt-Eberstadt, haben durch Vertrag vom 23. Februar 1967 Gütergemeinschaft vereinbart.

GR 1217 — 21. März 1967: Die Eheleute Jörg Harro Christopei, Fahrzeugtechniker, und Marianne Hannelore, geb. Haase, beide in Darmstadt, haben durch Vertrag vom 29. Mai 1964 Gütertrennung vereinbart.

GR 1218 — 21. März 1967: Die Eheleute August Paul Backe, Schlosser, und Margot, geb. Hill, beide in Darmstadt-Eberstadt, haben durch Vertrag vom 21. Februar 1967 Gütergemeinschaft vereinbart.

GR 1219 — 22. März 1967: Die Eheleute Heinz Waldemar Fleischer, techn. Bundesbahnoberinspektor, und Irma, geb. Pommerenke, beide in Darmstadt, haben durch Vertrag vom 2. März 1967 Gütertrennung vereinbart.

61 Darmstadt, 23. 3. 1967

Amtsgericht

1274

73 GR 4863 A: Selbständiger Handelsvertreter Kurt Stolze und Erika, geb. Betz, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 7. Februar 1967 ist die Gütertrennung aufgehoben.

73 GR 6000 A: Kaufmann Jean Domnick und Hannelore, geb. Diesel, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 20. Februar 1967 ist die Gütertrennung aufgehoben.

73 GR 8886: Kaufmann Hermann Ehrhard und Irene, geb. Kniza, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 6. Februar 1967 ist die Gütertrennung aufgehoben.

73 GR 11 086: Taxifahrer Georg Meixner und Anita Ruth, geb. Kalis, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 16. Februar 1967 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 11 087: Kaufmann Ernst Kurt Beyer und Elsa Gertrud, geb. Eidner, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 29. Dezember 1966 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 11 088: Tankwart und Autoschlosser Peter Güth und Maria, geb. Kress, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 23. Januar 1967 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 11 089: Verleger Alois Leopold Arnold und Else-Marie, geb. Schulze, Bad Soden (Taunus).

Durch Ehevertrag vom 13. Februar 1967 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 11 090: Gerichtsreferendar Rolf-Dieter Paleit und Chemotechnikerin Brunhilde, geb. Steiger, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 10. Februar 1967 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 11 091: Kaufmann Carlo Batalo und Charlotte, geb. Viehmeyer, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 21. Februar 1967 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 11 092: Arbeiter Anton Ferdinand Weber und Elli Hannelore, geb. Geheb, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 16. Februar 1967 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 11 093: Hochschulassistent Diplomingenieur Michael Schwarzer und Ingrid, geb. Lange, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 17. Oktober 1966 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 11 094: Kaufmännischer Angestellter Wolfgang Boehmke und Traudl, geb. Aßmuth, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 21. Februar 1967 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 11 095: Dekorateur Richard Herrmann Hild und Inge, geb. Nohl, Bergen-Enkheim.

Durch Ehevertrag vom 6. Dezember 1966 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 11 096: Kaufmann Kasimierz Zuk und Hedwig, geb. Müller, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 19. Januar 1967 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 11 097: Schneider Nikolaus Stavrianos und Lieselotte, geb. Hoffmann, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 23. Februar 1967 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 11 098: Textilkaufmann Wolfgang Müller und Angela, geb. Frischkorn, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 20. Dezember 1966 ist der gesetzliche Güterstand der Zugewinnngemeinschaft ausgeschlossen.

73 GR 11 099: Student Ing. Rainer Har-muth und Rita, geb. Maassen, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 17. Februar 1967 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 11 100: Schreinermeister Ferdinand Würges und Helga, geb. Auth, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 12. Juli 1966 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 11 101: Kaufm. Angestellter Dieter Klimmek und Liselotte, geb. Hörr, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 6. März 1967 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 11 102: Kaufmann Klaus Erich Dolézik und Birgit, geb. Schmidt-Wulfen, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 16. Februar 1967 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 11 103: Programmierer Klaus Eduard Meschede und Chemotechnikerin Helga Else Mathilde, geb. Schutte, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 19. August 1963 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 11 104: Kaufmann Günther Karl Robert Steppanowitz und Ingeburg Margot, geb. Enck, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 28. Februar 1967 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 11 105: Zirkusdirektor Oskar Hoppe und Ingrid, geb. Kaulbach, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 24. Februar 1967 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 11 106: Kaufmann Herbert Paul Schmidt und Isa Eleonore Mathilde Berta, geb. Bayerdörfer, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 16. Februar 1967 ist Gütertrennung vereinbart.

6 Frankfurt (Main), 4. 4. 1967

Amtsgericht, Abt. 73

1275

GR 1958 — 23. 3. 1967: Eheleute Kraft-fahrer Reinhold Junker und Henriette, geb. Röder, in Gießen, Akornweg 3.

Durch Vertrag vom 8. Februar 1967 ist Gütergemeinschaft vereinbart. Der Ehemann verwaltet das Gesamtgut.

63 Gießen, 7. 4. 1967

Amtsgericht

1276

41 GR 1057 — 30. 3. 1967: Kraftfahrzeug-Mechaniker Günter Schwarz, und Gisela, geb. Herbert, in Hanau, haben durch Vertrag vom 16. 3. 1967 Gütertrennung vereinbart.

645 Hanau, 31. 3. 1967

Amtsgericht, Abt. 41

1277

GR 384: Eheleute Uhrmacher, Horst Krassa, und Margaretha, geb. Dienstbühl, in Hünfeld.

Durch Vertrag vom 27. 9. 1966 ist Gütertrennung vereinbart.

6418 Hünfeld, 28. 3. 1967

Amtsgericht

1278

GR 382: Eheleute Fernmeldehandwerker Hans Eigenbrod, und Susanne, geb. Nebe, Neukirchen (Krs. Hünfeld).

Durch Vertrag vom 11. 2. 1967 ist Gütergemeinschaft vereinbart. Die Ehegatten verwalten das Gesamtgut gemeinschaftlich.

6418 Hünfeld, 14. 3. 1967

Amtsgericht

1279

GR 383: Eheleute Waldarbeiter Leopold Dreger, und Martha, geb. Sauer, in Wehrda (Krs. Hünfeld).

Durch Vertrag vom 15. 2. 1967 ist Gütergemeinschaft vereinbart. Die Ehegatten verwalten das Gesamtgut gemeinschaftlich.

6418 Hünfeld, 17. 3. 1967

Amtsgericht

1280

GR 385: Eheleute Landwirt Karl Philipp Hess und Anna Inge, geb. Diehl, in Odensachsen (Krs. Hünfeld).

Durch Vertrag vom 9. März 1967 ist Gütergemeinschaft vereinbart. Die Ehegatten verwalten das Gesamtgut gemeinschaftlich.

6418 Hünfeld, 3. 4. 1967

Amtsgericht

1281

Neueintragung

GR 30 — 20. 12. 1966: Eheleute Kaufmann Ludwig Christoph Schnellenpfeil und Frau Klara Dina Emilie Schnellenpfeil, geb. Kilian, beide in Altenstadt.

Durch Vertrag vom 30. August 1966 ist Gütertrennung vereinbart.

3501 Naumburg, 10. 4. 1967

Amtsgericht Wolfhagen
Zweigstelle Naumburg

1282

Neueintragung

GR 96 — 28. März 1967 — Malermeister Erhard Adolf Heil und Ehefrau Helene Maria Heil, geb. Tauber, Rückers (Krs. Fulda), Huttener Straße 16.

Durch notariellen Vertrag vom 4. Februar 1967 ist Gütertrennung vereinbart. Der Ehemann verwaltet das Gesamtgut allein.

6407 Neuhauf, 3. 3. 1967

Amtsgericht Fulda
Zweigstelle Neuhauf

1283

GR 3715: Eheleute Claus Leistner und Anni, geb. Baumann, Mühlheim (Main).

Durch notariellen Vertrag vom 17. 3. 1967 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 3716: Eheleute Max Eduard Richard Illing und Theresie Gertrud, geb. Lohs, in Neu-Isenburg.

Durch notariellen Vertrag vom 18. 5. 1936 ist Gütertrennung vereinbart.

605 Offenbach (Main), 6. 4. 1967

Amtsgericht, Abt. 5

1284

Neueintragung

GR 171: Durch Ehevertrag vom 4. März 1967 haben die Eheleute Kaufmann Willi Möbus und Edith, geb. Hirzel, in Bleichenbach (Oberh.), Gütertrennung vereinbart.

6474 Ortenberg (Oberh.), 7. 4. 1967

Amtsgericht

1285

GR 3710 — 20. 3. 1967: Eheleute Georg Alois Oswald, und Anna Elisabeth, geb. Buder, in Offenbach am Main.

Durch notariellen Vertrag vom 21. 12. 1966 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 3711 29. 3. 1967: Eheleute Heinrich Hans Paul Wagner, und Cäcilie Anneliese, geb. Bideau, in Neu-Isenburg-Gravenbruch.

Durch notariellen Vertrag vom 2. 3. 1967 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 3712 — 29. 3. 1967: Eheleute Ernst Friedrich Leopold Lott, und Auguste, geb. Baal, in Offenbach am Main.

Durch notariellen Vertrag vom 23. 2. 1967 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 3713 — 29. 3. 1967: Eheleute Sina Vaili Yücevardar, und Christel Katharina, geb. Leonhardt, in Dietzenbach.

Durch notariellen Vertrag vom 16. 2. 1967 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 3714 — 3. 4. 1967: Eheleute Herbert Otto Oswald Schmidt, und Henriette, geb. Spielmann, in Dietzenbach.

Durch notariellen Vertrag vom 8. 3. 1967 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 2842 — 20. 3. 1967: Eheleute Georg Theodor Krebs, und Maria, geb. Heibst, in Offenbach am Main.

Durch notariellen Vertrag vom 10. 10. 1966 ist die Gütertrennung aufgehoben.

605 Offenbach (Main), 4. 4. 1967

Amtsgericht, Abt. 5

1286

GR 432 — 4. April 1967: Eheleute Hans Jürgen Hubert Altmann, Kaufmann, in Seligenstadt, Brentanostraße 4, und Margit Elisabeth, geb. Heinz, daselbst.

Durch Erklärung vom 10. März 1967 besteht Gütertrennung.

6453 Seligenstadt (Hessen), 4. 4. 1967

Amtsgericht

1287 Musterschutzregister

Neueintragung

MR 354 — 7. April 1967: Fabrikant Wilbert Benner, Fellerdillin (Dillkreis).

Eine Konstruktionszeichnung, darstellend einen Beton-Pflasterstein, profiliert in Schwalbenschwanzform, Fabrikations-Nummer: 001. Plastisches Erzeugnis.

Schutzfrist 15 Jahre.

Tag und Stunde der Anmeldung: 6. April 1967, 11.37 Uhr.

634 Dillenburg, 6. 4. 1967

Amtsgericht

1288 Vereinsregister

Neueintragung

VR Nr. 185: Männergesangsverein 1889 Schenklingfeld, eingetragener Verein. Sitz: Schenklingfeld.

643 Bad Hersfeld, 3. 4. 1967

Amtsgericht

1289

Neueintragung

VR 220 — 3. 4. 1967: Angelsportverein 66 Bickenbach a. d. B.; Sitz: Bickenbach (Bergstraße).

614 Bensheim, 3. 4. 1967

Amtsgericht

1290

Neueintragung

VR 38: Turn- und Spielverein 1920 Jesberg e. V.; Sitz: Jesberg (Bz. Kassel).

3587 Borken (Bz. Kassel), 1. 3. 1967

Amtsgericht

1291 Neueintragung

VR Nr. 39: Sport-Schützenverein 3587 Borken e. V., in Borken (Bz. Kassel).
3587 Borken (Bz. Kassel), 30. 3. 1967

Amtsgericht

1292 Neueintragung

VR 220 — 6. April 1967: Neuer Deutscher Automobilclub (NAC) — Ortsclub Dillenburg, in Dillenburg.

Die Satzung ist am 2. Dezember 1966 errichtet.

634 Dillenburg, 6. 4. 1967 **Amtsgericht**

1293 Neueintragungen

mit dem Sitz in Frankfurt (Main)

73 VR 4946 — 9. März 1967: Institut Christlich Sozialer Arbeitnehmer für politische Bildung.

73 VR 4947 — 16. März 1967: Verband Deutscher Bodenbelags-Hersteller (VDB).

73 VR 4959 — 14. März 1967: Gemeinschaft zur Förderung des Kur- und Heilwesens und der Altenpflege.

73 VR 4972 — 30. März 1967: Sportclub Frankfurt/M.-Höchst.

73 VR 4973 — 30. März 1967: Verein der Oberhessen e. V.

73 VR 4974 — 30. März 1967: Frankfurter Stadt-Garde 1965.

73 VR 4975 — 30. März 1967: Volkschor Griesheim.

*

73 VR 1751 — 31. März 1967: Gefolgschaftshilfe der Firma Deutsche Kleiderwerke AG. zu Frankfurt/M. e. V.; Sitz: Frankfurt (Main).

Der Verein ist aufgelöst.

6 Frankfurt (Main), 4. 4. 1967
Amtsgericht, Abt. 73

1294 Neueintragung

VR 66 — 30. 3. 67: Automobilclub Fritzlar im NAC in Fritzlar.

Die Satzung ist am 29. November 1965 errichtet.

3580 Fritzlar, 30. 3. 1967 **Amtsgericht**

1295

VR 452 — 21. 3. 1967: Go-Kart-Verein Oppenrod. Sitz des Vereins ist Oppenrod.

63 Gießen, 7. 4. 1967 **Amtsgericht**

1296

VR 83: Männergesangverein Eintracht Hadamar. Sitz: Hadamar (Krs. Limburg/L.).

6253 Hadamar, 6. 4. 1967 **Amtsgericht**

1297 Neueintragung

VR 118 — 6. Febr. 1967: Kleinkaliberschützenverein 1938 Übernthal e. V.; Sitz: Übernthal (Dillkreis).

Die Satzung ist am 9. Dezember 1966 errichtet.

6348 Herborn, 6. 2. 1967 **Amtsgericht**

1298

VR 101 — 4. April 1967: Interessengemeinschaft Reiten und Fahren, in Niedernhausen (Taunus).

627 Idstein (Taunus), 3. 4. 1967
Amtsgericht

VR 1076 — 9. 3. 67: Verein der Freunde und Förderer der Friedrich-List-Schule, Kassel; Sitz: Kassel.

VR 1077 — 7. 3. 67: Jehovas Zeugen Versammlung Kassel-Süd; Sitz: Kassel.

VR 1078 — 9. 3. 67: Arbeitsgemeinschaft Friedhof und Denkmal; Sitz: Kassel.

35 Kassel, 3. 4. 1967 **Amtsgericht**

1299

5 VR 227 — 7. März 1967: In unser Vereins-Register wurde heute eingetragen: MGv Sängerbund-Sängerrose, mit dem Sitz in Lampertheim.

684 Lampertheim, 6. 4. 1967
Amtsgericht

1300 Neueintragung

VR 50: Sportfischereiverein „Wieratal“, Wiera.

3578 Treysa, 3. 4. 1967 **Amtsgericht**

1301 Vergleiche — Konkurse

N 1/64: Im Konkursverfahren über den Nachlaß des am 11. Mai 1964 tödlich verunglückten Diplom-Ingenieurs Gerhard Rehwalde aus Braunfels (Krs. Wetzlar), Wintersburgstraße 10, ist Schlußtermin gemäß § 162 KO auf den 10. Mai 1967, um 8.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Braunfels, Zimmer 8, bestimmt.

Weitere Tagesordnung: Beschlußfassung über die nicht verwertbaren Vermögensstücke.

Die Vergütung des Konkursverwalters wird auf 1951,— DM, zuzüglich eines eventuell verbleibenden Überschusses, der ihm hiermit zugewiesen wird, die ihm zu erstattenden Auslagen werden auf 141,37 DM festgesetzt.

6333 Braunfels, 6. 4. 1967 **Amtsgericht**

1302

61 N 19/67 — Konkursverfahren: Über das Vermögen der Firma Ph. Vogel KG., Kunststoffe, NE-Metalle, Pfungstadt (Hessen), Robert-Bosch-Str. 4, vertr. durch den alleinigen persönlich haftenden Gesellschafter Philipp Vogel, Darmstadt-Eberstadt, wird heute, am 6. April 1967, um 14.00 Uhr, Konkurs eröffnet, da die Gesellschaft zahlungsunfähig ist. Die Gesellschaft hat am 3. April 1967 ihre Zahlungen eingestellt.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Heinz Riechert, Darmstadt, Berliner Allee 7, Tel.: 7 54 19.

Konkursforderungen sind bis zum 9. Mai 1967 beim Gericht zweifach schriftlich anzumelden, Zinsen mit dem bis zur Eröffnung errechneten Betrag. Termin zur Beschlußfassung über Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in §§ 132, 134 und 137 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände: Donnerstag, den 18. Mai 1967, um 14.00 Uhr, und Termin zur Prüfung angemeldeter Forderungen: gleichzeitig Donnerstag, den 18. Mai 1967, um 14.00 Uhr, vor dem Amtsgericht in Darmstadt, Mathildenplatz 12, I. Stock, Saal 506.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse

etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 9. Mai 1967 anzeigen. Es wird Post- und Telegrafensperre angeordnet.

61 Darmstadt, 6. 4. 1967

Amtsgericht, Abt. 61

1303

N 5/63: Im Konkurs über das Vermögen der Firma Benningsen & Co., Holzwarenfabrik und Bottichbau, in Nieder-Roden, wird zur Verhandlung und Abstimmung über den Zwangsvergleichsvorschlag der Gemeinschuldnerin, zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen, zur Anhörung über die Erstattung der Auslagen und der Gewährung einer Vergütung an die Mitglieder des Gläubigerausschusses, zur Wahl eines neuen Konkursverwalters sowie zur Abnahme der Schlußrechnungen der Konkursverwalter Termin auf Freitag, den 5. Mai 1967, um 10.00 Uhr, Zimmer 10, im Amtsgerichtsgebäude in Dieburg, Marienstraße, anberaumt.

Der Zwangsvergleichsvorschlag und die Erklärung des Gläubigerausschusses sind auf der Geschäftsstelle zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt.

611 Dieburg, 7. 4. 1967 **Amtsgericht**

1304

81 N 87/66: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Bauunternehmers Günter Löb, Frankfurt (Main)-Heddernheim, Diezer Straße 6, soll die Schlußverteilung erfolgen.

Hierfür sind 558,33 DM, abzüglich der Gerichtskosten und der Vergütung und Auslagen des Konkursverwalters, verfügbar.

Zu berücksichtigen sind Forderungen von 4298,64 DM der Rangklasse I/I; 15 733,53 DM der Rangklasse I/II; 751,13 DM der Rangklasse I/III und 8677,27 DM nicht bevorrechtigte Forderungen.

Das Schlußverzeichnis liegt zur Einsicht auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Frankfurt (Main), Konkursabteilung, auf.

6 Frankfurt (Main), 7. 4. 1967

Der Konkursverwalter:
Dr. Hans-Jürgen Sterner
Rechtsanwalt

1305**Beschluß**

81 N 312/62: Das Konkursverfahren über das Vermögen des Tankstellenbesitzers Heinz Döll, Frankfurt (Main), in der Römerstadt 58, wird mangels einer den Kosten des Verfahrens entsprechenden Masse eingestellt (§ 204 KO).

6 Frankfurt (Main), 4. 4. 1967

Amtsgericht, Abt. 81

1306

81 N 1/66: Das Konkursverfahren über den Nachlaß des am 30. 11. 1965 in Frankfurt (Main), Alte Gasse 14/16, seinem letzten Wohnsitz, verstorbenen Rechtsanwalts Paul Wilhelm Hahn, wird nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

6 Frankfurt (Main), 31. 3. 1967

Amtsgericht, Abt. 81

1307**Beschluß**

81 N 389/66: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Hans-Joachim Klörs, Alleininhabers der Firma Ludwig Wittmann & Co., Elektro-Großhandel, in Frankfurt (Main), Bettinastraße 35, ist zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen Termin auf den 12. Mai 1967, vormittags um 10.15 Uhr, vor dem Amtsgericht, in Frankfurt (Main), Große Friedberger Straße 7-11, V. Stockwerk, Zimmer 507, anberaumt.

6 Frankfurt (Main), 3. 4. 1967

Amtsgericht, Abt. 81

1308

N 1/64: In dem Konkursverfahren über den Nachlaß des am 11. 5. 1964 tödlich verunglückten Dipl.-Ing. Gerhard Rehwald in Braunfels — N 1/64 AG Braunfels — soll die Schlußverteilung erfolgen. Hierfür stehen 26 112,49 DM zur Verfügung, worauf 35 720,24 DM an nicht bevorrechtigten Forderungen zu berücksichtigen sind.

Das Verzeichnis der bei der Schlußverteilung zu berücksichtigenden Forderungen ist zum Zwecke der Einsichtnahme auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Braunfels ausgelegt.

6292 Weilmünster, 10. 4. 1967

Der Konkursverwalter:
Dienst
Rechtsanwalt

1309**Beschluß**

81 VN 3/67: Das Vergleichsantragsverfahren des Kaufmanns Karl Roleff, Inhaber der Firma Karl Roleff, Textilfabrikation, Frankfurt (Main), Weißfrauenstraße 14-16, ist durch Rücknahme des Antrags beendet.

Die durch Beschluß vom 2. 3. 1967 erlassene Verfügungsbeschränkung ist gegenstandslos.

6 Frankfurt (Main), 30. 3. 1967

Amtsgericht, Abt. 81

1310**Beschluß**

81 N 236/65: Das Konkursverfahren über den Nachlaß der am 19. 12. 1964 in Frankfurt (Main), ihrem letzten Wohnsitz, verstorbenen Hildegard Luise Männel, geb. Bauch, zuletzt Frankfurt (Main), Dunkerstraße 6-8, wird nach Abhaltung des Schlußtermins hiermit aufgehoben.

6 Frankfurt (Main), 31. 3. 1967

Amtsgericht, Abt. 81

1311**Beschluß**

81 N 169/66: Das Konkursverfahren über den Nachlaß der am 20. 1. 1966 in Zürich (Schweiz) verstorbenen, zuletzt in Frankfurt (Main), Mainzer Landstraße 314, wohnhaft gewesenen Augenärztin Dr. med. Hildegard Orlow-Gschwend, wird nach Abhaltung des Schlußtermins hiermit aufgehoben.

6 Frankfurt (Main), 31. 3. 1967

Amtsgericht, Abt. 81

1312

50 VN 2/67 — Vergleichsverfahren: Die offene Handelsgesellschaft Kolckhorst & Co., Bekleidungs-großhandlung und Textilvertrieb, Kassel, Werner-Hilpert-Straße

18, hat durch einen am 28. März 1967 eingegangenen Antrag die Eröffnung des Vergleichsverfahrens zur Abwendung des Konkurses über ihr Vermögen beantragt. Gemäß § 11 der Vergleichsordnung wird bis zur Entscheidung über die Eröffnung des Vergleichsverfahrens der Rechtsanwalt Hans-Klaus Görk, Kassel, Pfannkuchstraße 4, zum vorläufigen Verwalter bestellt.

35 Kassel, 3. 4. 1967

Amtsgericht

1313

6 N 5/58: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Möbelhaus H. Fischer oHG., Limburg (Lahn), Schiede 59, Inhaber Helene Fischer, jetzt Limburg (Lahn), Dresdner Straße 6, und Winfried Fischer, Limburg (Lahn), jetzt Danziger Straße 4, wird zur Verhandlung und Abstimmung über den Zwangsvergleichsvorschlag der Gemeinschuldnerin Termin auf Donnerstag, 11. Mai 1967, um 14.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Limburg, Sitzungssaal Nr. 14, bestimmt.

Der Zwangsvergleichsvorschlag ist auf der Geschäftsstelle hier zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt.

625 Limburg (Lahn), 6. 4. 1967

Amtsgericht

1314

7 N 6/67 — Nachlaßkonkursverfahren: Über den Nachlaß des am 26. 10. 1966 in Marburg (Lahn), seinem letzten Wohnsitz, verstorbenen Buchhalters Herbert Fritz Heinz Zaczek, ist heute, am 10. April 1967, um 12.00 Uhr, das Nachlaßkonkursverfahren eröffnet worden.

Konkursverwalter ist Rechtsanwalt Dr. Rückert, Marburg (Lahn), Bahnhofstraße 27, Telefon: 8 82 30.

Konkursforderungen sind bis zum 5. Mai 1967 bei Gericht anzumelden (doppelte Ausfertigung). Gläubigerversammlung und Prüfungstermin sind am 18. Mai 1967, um 10.00 Uhr, hier, Zimmer 157. Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 5. Mai 1967 ist angeordnet.

355 Marburg (Lahn), 10. 4. 1967

Amtsgericht, Abt. 7

1315**Beschluß**

62 N 14/67: Das Konkursverfahren über das Vermögen des Architekten Hans Josef Weibächer in Wiesbaden, Bahnhofstraße 15, Inhaber eines Bau- und Fliesengeschäftes, wird aufgehoben, da eine die Kosten des Verfahrens deckende Masse nicht vorhanden ist (§ 204 KO).

62 Wiesbaden, 30. 3. 1967

Amtsgericht

1316

62 N 22/67 — Konkursverfahren: Über das Vermögen des Siegfried Plog in Wiesbaden, Taunusstraße 27, wird heute, am 3. April 1967, um 10.30 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Klein in Wiesbaden, Kirchgasse 24.

Anmeldungen (doppelt) bis zum 11. Mai 1967.

Erste Gläubigerversammlung und Prüfungstermin am 18. Mai 1967, um 11.00 Uhr, Zimmer 244. Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 11. Mai 1967.

62 Wiesbaden, 3. 4. 1967

Amtsgericht

1317

62 N 32/67 — Konkursverfahren: Über das Vermögen des Karl-Heinz Giebeler in Wiesbaden, Wilhelmstraße 12, wird heute, am 31. März 1967, um 9.00 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Landesbankdirektor i. R. Fritz Ohl in Wiesbaden, Riederbergstraße 34.

Anmeldungen (doppelt) bis zum 24. April 1967.

Erste Gläubigerversammlung und Prüfungstermin am 2. Mai 1967, um 14.00 Uhr, Zimmer 151. Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 24. April 1967.

62 Wiesbaden, 31. 3. 1967

Amtsgericht

1318

62 N 50/66: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Arthur Hönig, Inhaber der Firma Radio-Hönig in Wiesbaden, Kaiser-Friedrich-Ring 96, ist zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen besonderer Prüfungstermin bestimmt auf Freitag, den 28. April 1967, um 9.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Wiesbaden, II. Stockwerk, Altbau, Saal 243.

62 Wiesbaden, 31. 3. 1967

Amtsgericht

1319

62 N 31/67 — Konkursverfahren: Über das Vermögen der Firma Giebeler KG., in Wiesbaden, Holzstraße 11, vertreten durch ihren Gesellschafter Karl-Heinz Giebeler in Wiesbaden, Wilhelmstraße 12, wird heute, am 31. März 1967, um 9.00 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Landesbankdirektor i. R. Fritz Ohl in Wiesbaden, Riederbergstraße 34.

Anmeldungen (doppelt) bis zum 24. April 1967.

Erste Gläubigerversammlung und Prüfungstermin am 2. Mai 1967, um 14.00 Uhr, Zimmer 151. Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 24. April 1967.

62 Wiesbaden, 31. 3. 1967

Amtsgericht

Zwangsversteigerungen

Sammelbekanntmachung. Ist ein Recht im Grundbuch nicht oder erst nach dem Versteigerungsvermerk eingetragen, muß der Berechtigte es anmelden, bevor das Gericht im Versteigerungstermin zum Bieten auffordert, und auch glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Sonst wird das Recht im geringsten Gebot nicht berücksichtigt und erst nach dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten befriedigt.

Die Gläubiger werden aufgefordert, sobald, spätestens zwei Wochen vor dem Termin eine Berechnung der Ansprüche — getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten — einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann dies auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle erklären.

Wer berechtigt ist, die Versteigerung des Grundstücks oder seines Zubehörs (§ 55 ZVG) zu verhindern, kann das Verfahren aufheben oder einstweilen einstellen lassen, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Versäumt er dies, tritt für ihn der Versteigerungserlös an Stelle des Grundstücks oder seines Zubehörs.

1320

K 2/64: Das im Grundbuch von Affoldern, Band 9, Blatt 259, eingetragene Grundstück,

Nr. 1, Gemarkung Affoldern, Flur 6, Flurstück 134/7, Hof- und Gebäudefläche, Gartenland, Hemfurther Straße 60, Größe 21,86 Ar,

soll am 9. Juni 1967, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Laustr. 8 (Sitzungssaal), durch Zwangsvollstreckung, versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 30. 1. 1967 (Tag des Versteigerungsvermerks): Bauunternehmer Heinrich Sölzer, zu Affoldern.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

359 Bad Wildungen, 5. 4. 1967

Amtsgericht

1321

4 K 21/66: Das im Grundbuch von Heppenheim, Band 103, Blatt 5819, eingetragene Grundstück,

Nr. 1, Gemarkung Heppenheim, Flur 24, Flurstück 190/48, Hof- und Gebäudefläche, Im Bachemarkt 1, Größe 4,85 Ar,

soll am 9. Mai 1967, um 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude in Bensheim, Wilhelmstraße 26, Zimmer 203, durch Zwangsvollstreckung, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 6. 7. 1966 (Tag des Versteigerungsvermerks): a) Lederarbeiter August Pfeifer in Heppenheim, zu 1/2, b) dessen Ehefrau Therese Pfeifer, geb. Keil, daselbst, zu 1/2.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

614 Bensheim, 1. 4. 1967

Amtsgericht

1322

K 19/65: Das im Grundbuch von Rohrbach, Band 10, Blatt 535, eingetragene und in der Gemarkung Rohrbach gelegene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Flur 1, Nr. 22/1, Hof- und Gebäudefläche, Gartenstraße 4, Größe 4,33 Ar,

soll am Mittwoch, dem 21. Juni 1967, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Büdingen, Schloßgasse 22, Zimmer Nr. 8 (Sitzungssaal), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 1. Juni 1965 (Tag des Versteigerungsvermerks): Maurer Wilhelm Sauer III., Rohrbach.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 32 165,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

647 Büdingen, 27. 2. 1967

Amtsgericht

1323**Beschluß**

8 K 43, 44/66: Die ideellen Hälften der im Grundbuch von Fellerdilln, Band 20, Blatt 715, eingetragenen Grundstücke und Haubergsanteile,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Fellerdilln, StBNr. 751 a c: Zwei Pfennig Haubergsanteil an den in Band 1, Blatt Nr. 2, eingetragenen Haubergsdistrikten der Gemarkungen Fellerdilln und Niederroßbach,

lfd. Nr. 4, Gemarkung Fellerdilln,

StBNr. 963 a: Zwei Pfennig Haubergsanteil wie zu lfd. Nr. 1,

lfd. Nr. 5, Gemarkung Fellerdilln, StBNr. 963 c: Ein Pfennig Haubergsanteil wie zu lfd. Nr. 1,

lfd. Nr. 6, Gemarkung Fellerdilln, StBNr. 2335 b: Ein Pfennig Haubergsanteil wie zu lfd. Nr. 1,

lfd. Nr. 7, Gemarkung Fellerdilln, StBNr. 3762 b: Ein Pfennig Haubergsanteil wie zu lfd. Nr. 1,

lfd. Nr. 12, Gemarkung Fellerdilln, Flur 8, Flurstück 31/4, Weg, in der Dell, Größe 1,21 Ar,

sollen am 14. Juni 1967, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Dillenburg, Wilhelmstraße Nr. 7, Zimmer Nr. 18, durch Zwangsvollstreckung, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 17./30. 11. 1966 (Tag des Versteigerungsvermerks): Zur ideellen Hälfte: Ehefrau des Bauunternehmers Herbert Grimm, Irmgard, geb. Paul, in Fellerdilln.

Der Wert der Grundstücks- und Haubergsanteilehälften ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf insgesamt 1 340,40 DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

634 Dillenburg, 6. 4. 1967

Amtsgericht

1324

K 11/66: Das im Grundbuch von Greifenthal, Bezirk Greifenthal, Band 6, Blatt 233, eingetragene Grundstück,

Nr. 1, Gemarkung Greifenthal, Flur 1, Flurstück 26/1, Hof- und Gebäudefläche, auf dem grünen Platz, Größe 6,60 Ar,

soll am 13. 6. 1967, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Ehringshausen, durch Zwangsvollstreckung, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 9. 8. 1966 (Tag des Versteigerungsvermerks): Schlosser Wilhelm Schnautz und dessen Ehefrau Gertrud Schnautz, geb. Schäfer, in Greifenthal, zu je 1/2 Idealanteil.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG gegenüber allen Beteiligten festgesetzt auf 80 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6332 Ehringshausen, 29. 3. 1967

Amtsgericht

1325**Beschluß**

3 K 27/66: Das im Grundbuch von Schemmern, Band 17, Blatt 170, eingetragene Grundstück, Gemarkung Schemmern,

lfd. Nr. 1, Flur 2, Flurstück 48/3, Hof- und Gebäudefläche, der Rasen, Haus Nr. 96, Größe 11,67 Ar,

soll am Mittwoch, 28. Juni 1967, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Eschwege, Bahnhofstraße 30, Zimmer 121, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 3. Januar 1967 (Tag des Versteigerungsvermerks): Schachtmeister Paul Eggert, Schemmern.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG auf 72 700,— DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

344 Eschwege, 6. 4. 1967

Amtsgericht

1326**Beschluß**

3 K 4/66: Die im Grundbuch von Runzhausen, Band 5, Blatt 175, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 2 und 3, Flur 5, Nr. 38, Hof- und Gebäudefläche, im Spreth Nr. 87, Größe 11,33 Ar,

Flur 5, Nr. 36, Ackerland, im Spreth, Größe 13,86 Ar,

sollen am 21. Juni 1967, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Gießener Straße 27, Zimmer Nr. 11, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 27. Mai 1966 (Tag des Versteigerungsvermerks): Schlosser Rudolf Becker, in Runzhausen.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt: für Flur 5, Nr. 38, auf 30 000 DM; für Flur 5, Nr. 36 auf 11 088,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

3568 Gladenbach, 4. 4. 1967

Amtsgericht

1327

2 K 19/66: Das im Grundbuch von Klein-Gerau, Band 15, Blatt 879, eingetragene Grundstück,

Nr. 1, Gemarkung Klein-Gerau, Flur 1, Flurstück 74/1, Hof- und Gebäudefläche, Darmstädter Straße 21, Größe 8,96 Ar (Schätzwert: 38 960,— DM),

soll am Dienstag, dem 30. Mai 1967, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude (Außenstelle Arbeitsamt), Groß-Gerau, Oppenheimer Straße 4, zur Aufhebung der Gemeinschaft, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 22. 6. 1966 (Tag des Versteigerungsvermerks): Heinz Waldemar Bertusch und Marie Katharine Bartusch, geb. Reitz, Klein-Gerau.

Steigleiebhaber werden darauf aufmerksam gemacht, daß auf Antrag 1/10 des Bargebotes als Sicherheit zu leisten ist.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

608 Groß-Gerau, 3. 4. 1967

Amtsgericht

1328

2 K 17/66: Die im Grundbuch von Mörfelden, Band 80, Blatt 4888, eingetragene Grundstückshälfte,

Nr. 1, Gemarkung Mörfelden, Flur 2, Flurstück 177/4, Hof- und Gebäudefläche, Ernst-Thälmann-Straße, Größe 4,13 Ar,

soll am Dienstag, 6. Juni 1967, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Groß-Gerau, Arbeitsamtgebäude, Oppenheimer Straße 4, Sitzungssaal, durch Zwangsvollstreckung, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 6. 6. 1966 (Tag des Versteigerungsvermerks): Lieselotte Göbert, Mörfelden, zu 1/2, Ernst Heinrich Göbert, Mörfelden, zu 1/2.

Steigleiebhaber werden darauf aufmerksam gemacht, daß auf Antrag 1/10 des Bargebotes als Sicherheit zu leisten ist.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

608 Groß-Gerau, 20. 3. 1967

Amtsgericht

1329

41 K 37/66: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Kesselstadt, Band 11, Blatt 540, jetzt Band 64, Blatt 2495, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Flur 8, Flurstück 33, Hof- und Gebäudefläche, Feldstraße 2, Größe 2,93 Ar.

am 31. Mai 1967, um 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Hanau, Nußallee 17, Zimmer 132, versteigert werden.

Der Versteigerungsvermerk ist am 2. Sept. 1966 in das Grundbuch eingetragen worden.

Als Eigentümer sind Verputzer Helmuth Späth und dessen Ehefrau Henny Späth, geb. Kegelmann, beide in Hanau, je zur Hälfte, eingetragen.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG auf 55 300,— DM festgesetzt.

Bieter haben auf Antrag eines Beteiligten in Höhe von 10 % des Bargebots Sicherheit zu leisten.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

645 Hanau, 10. 4. 1967

Amtsgericht, Abt. 41

1330**Beschluß**

2 K 24/66: Das im Grundbuch von Veckerhagen, Band 51, Blatt 1152, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Veckerhagen, Flur 17, Flurstück 107/1, Hof- und Gebäudefläche, Burgstr. 9, Größe 1,96 Ar,

soll am 1. Juni 1967, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Hofgeismar, Friedrich-Pfaff-Str. Nr. 8, Zimmer Nr. 26, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 20. Januar 1967 (Tag des Versteigerungsvermerks): Eheleute Schlosser Ernst Rohrberg und Renate, geb. Hecker, in Veckerhagen, je zu 1/2.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

352 Hofgeismar, 4. 4. 1967

Amtsgericht

1331

K 10/64: Die im Grundbuch von Rasdorf, Band 19, Blatt 694, eingetragenen Grundstücke,

Nr. 7, Gemarkung Rasdorf, Flur 16, Flurstück 9, Hof- und Gebäudefläche, Im Dorfe, Haus Nr. 37, Größe 4,01 Ar,

Nr. 8, Gemarkung Rasdorf, Flur 4, Flurstück 19, Wald (Holzung), die Röderhecken, Größe 9,89 Ar,

Nr. 9, Gemarkung Rasdorf, Flur 11, Flurstück 26, Ackerland, auf der Mark, Größe 30,31 Ar,

Nr. 10, Gemarkung Rasdorf, Flur 11, Flurstück 27, Ackerland, auf der Mark, Größe 45,35 Ar,

Nr. 11, Gemarkung Rasdorf, Flur 29, Flurstück 13, Grünland, die große Gemeinde, Größe 12,38 Ar,

sollen am 15. Juni 1967, um 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude in Hünfeld, Hauptstraße Nr. 24, Zimmer Nr. 11, zur Auf-

hebung der Gemeinschaft, versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 14. Oktober 1965 (Tag des Versteigerungsvermerks): Augustin Wagner, Valentins Sohn, zu Rasdorf.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt: lfd. Nr. 7: 3500,— DM; lfd. Nr. 8: 800,— DM; lfd. Nr. 9: 1200,— DM; lfd. Nr. 10: 1810,— DM; lfd. Nr. 11: 400,— DM; zusammen: 7710,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6418 Hünfeld, 31. 3. 1967

Amtsgericht

1332

51 K 147/66: Das im Grundbuch von Kassel, Band 231, Blatt 5506, eingetragene Grundstück, Bestandsverzeichnis,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Kassel, Flur M 3, Flurstück 74/3, Lieg.-B. 5656, Geb.-B. 278, Hof- und Gebäudefläche, Oskarstraße 7, Größe 10,20 Ar,

soll am 11. Juli 1967, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Kassel, Frankfurter Straße 11 (Saalbau), Zimmer 143, durch Zwangsvollstreckung, versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 27. 1. 1967 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks): Bauingenieur Erich Hofmann, in Kassel.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

35 Kassel, 3. 4. 1967

Amtsgericht

1333

51 K 38/66: Das im Grundbuch von Rothenditmold, Band 28, Blatt 773, eingetragene Grundstück, Bestandsverzeichnis

lfd. Nr. 5, Gemarkung Rothenditmold, Flur 7, Flurstück 629/18, Hof- und Gebäudefläche, Wolfhager Straße 120, Größe 1,47 Ar,

soll am 4. Juli 1967, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Kassel, Frankfurter Straße 11 (Saalbau), Zimmer 143, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 30. März 1966 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks): a) Wiegemeister Hans Jähner; b) dessen Ehefrau Elisabeth Jähner, geb. Borubonné, beide in Kassel, je zur Hälfte.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

35 Kassel, 30. 3. 1967

Amtsgericht

1334

51 K 18/65: Das im Grundbuch von Kassel, Band 73, Blatt 1440, eingetragene Grundstück, Bestandsverzeichnis

lfd. Nr. 1, Gemarkung Kassel, Flur Y, Flurstück 49/20, Lieg.-B. 1249, Weg, Am Warthberg, Größe 4,56 Ar,

soll am 30. Mai 1967, um 11.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Kassel, Frankfurter Straße 11 (Saalbau), Zimmer 143, zur Aufhebung der Gemeinschaft, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 7. Mai 1965 (Tag des Versteigerungsvermerks):

1. Kaufmann Christian Genuit, in Kassel; 2. Werkmeister Heinrich Becker, in Kassel; 3. Frau Lina Maurer, geb. Vetter, in Kassel, je zu 1/3.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

35 Kassel, 30. 3. 1967

Amtsgericht

1335**Beschluß**

K 16/66: Die im Grundbuch von Korbach, Band 65, Blatt 2001 A, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 1, Flur 21, Flurstück 107, Hof, Itterstraße 28, Größe 3,94 Ar,

lfd. Nr. 2, Flur 21, Flurstück 106, Hof, daselbst, Größe 3,45 Ar,

lfd. Nr. 3, Flur 21, Flurstück 105, Hof, Itterstraße 26, Größe 15,00 Ar,

lfd. Nr. 4, Flur 21, Flurstück 110/3, Gartenland, Itterstraße, Größe 2,10 Ar,

sollen am 12. Juni 1967, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Korbach, Hagenstraße 2, Zimmer Nr. 5, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 1. Aug. 1966 und 6. April 1967 (Tag der Versteigerungsvermerke): ist die offene Handelsgesellschaft in Firma Reiser und Koch oHG., in Korbach.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

354 Korbach, 5. 4. 1967

Amtsgericht

1336**Beschluß**

7 K 6/66: Das im Grundbuch von Lampertheim, Bezirk Biblis, Band 37, Blatt 2439, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Biblis, Flur XI, Flurstück 267, Hof- und Gebäudefläche, Schillerstraße 1, Größe 4,06 Ar,

soll am Mittwoch, dem 7. Juni 1967, um 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude in Lampertheim, Zimmer Nr. 10, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 1. März 1966 (Tag des Versteigerungsvermerks): Albert Heinrich Kappel und Ehefrau Johanna, geb. Stettmeier, in Biblis, in Gütergemeinschaft.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf: 63 740,— DM.

Auf Verlangen ist Sicherheit in Höhe von 1/10 des Bargebotes zu leisten.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

684 Lampertheim, 28. 3. 1967

Amtsgericht

1337**Beschluß**

7 K 17/66: Das im Grundbuch von Lampertheim, Bezirk Lampertheim, Band 113, Blatt 5207, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Lampertheim, Flur 20, Flurstück 138, Ackerland, die hintersten Wechselriesen, Größe 70,43 Ar,

soll am Mittwoch, dem 7. Juni 1967, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, in Lampertheim, Zimmer Nr. 10, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 13. Juni 1967 (Tag des Versteigerungsvermerks): Adam Friedrich Lutz, Landwirt, in Lampertheim.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf: 21 129,— DM.

Auf Verlangen ist Sicherheit in Höhe von $\frac{1}{10}$ des Bargebotes zu leisten.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

684 Lampertheim, 28. 3. 1967

Amtsgericht

1338

Beschluß

7 K 12/66: Die im Grundbuch von Lampertheim, Bezirk Lampertheim, Band 71, Blatt 3954, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Lampertheim, Flur 4, Flurstück 165, Ackerland, die Oberlache, Größe 18,99 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Lampertheim, Flur 14, Flurstück 108, Ackerland, die Heide, Größe 23,27 Ar,

lfd. Nr. 4, Gemarkung Lampertheim, Flur 5, Flurstück 181/1, Hof- und Gebäudefläche, Peterstraße 6, Größe 2,00 Ar,

lfd. Nr. 5, Gemarkung Lampertheim, Flur 5, Flurstück 181/2, Hofraum, daselbst, Größe 1,12 Ar,

lfd. Nr. 6, Gemarkung Lampertheim, Flur 5, Flurstück 189/3, Gartenland (Bau- platz), Friedhofstraße, Größe 3,12 Ar,

lfd. Nr. 7, Gemarkung Lampertheim, Flur 17, Flurstück 55, Ackerland, die Ruten, Größe 37,24 Ar,

lfd. Nr. 8, Gemarkung Lampertheim, Flur 12, Flurstück 186, Ackerland, daselbst, Größe 49,98 Ar,

lfd. Nr. 9, Gemarkung Lampertheim, Flur 13, Flurstück 196, Ackerland, das Neuschloßfeld, Größe 18,26 Ar,

lfd. Nr. 11, Gemarkung Lampertheim, Flur 30, Flurstück 117, Ackerland, die Langenacker, Größe 34,47 Ar;

Band 85, Blatt 4341:

lfd. Nr. 1, Gemarkung Lampertheim, Flur 5, Flurstück 189/1, Hof- und Gebäudefläche, Friedhofstraße 3, Größe 1,75 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Lampertheim, Flur 5, Flurstück 189/2, Hofraum, daselbst, Größe 1,38 Ar,

lfd. Nr. 4, Gemarkung Lampertheim, Flur 13, Flurstück 197, Ackerland, das Neuschloßfeld, Größe 16,26 Ar,

lfd. Nr. 6, Gemarkung Lampertheim, Flur 12, Flurstück 53, Ackerland, die Ruten, Größe 12,37 Ar,

lfd. Nr. 7, Gemarkung Lampertheim, Flur 12, Flurstück 54, Ackerland, daselbst, Größe 10,12 Ar,

lfd. Nr. 8, Gemarkung Lampertheim, Flur 24, Flurstück 83/1, Ackerland, die große Mulde, Größe 54,48 Ar,

lfd. Nr. 12, Gemarkung Lampertheim, Flur 29, Flurstück 129, Ackerland, auf Bann, Größe 75,73 Ar,

lfd. Nr. 13, Gemarkung Lampertheim, Flur 6, Flurstück 262, Ackerland, im Bäumelgewann, Größe 40,08 Ar;

Band 85, Blatt 4342:

lfd. Nr. 1, Gemarkung Lampertheim, Flur 13, Flurstück 198, Ackerland, das Neuschloßfeld, Größe 22,57 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Lampertheim, Flur 30, Flurstück 116, Ackerland, im Langenacker, Größe 19,93 Ar,

sollen am Mittwoch, dem 14. Juni 1967, um 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude, in Lampertheim, Zimmer Nr. 10, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 6. Mai 1966 (Tag des Versteigerungsvermerks): Adam Lutz V. und Ehefrau Elisabetha, geb. Gunkel, zu je $\frac{1}{2}$ bzw. Alleineigentümer.

Der Wert der Grundstücke wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf: 195 004,— DM.

Auf Verlangen ist Sicherheit in Höhe von $\frac{1}{10}$ des Bargebotes zu leisten.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

684 Lampertheim, 29. 3. 1967

Amtsgericht

1339

5 K 33/66: Das im Grundbuch von Urberach, Band 60, Blatt 2964, eingetragene Grundstück,

Nr. 1, Gemarkung Urberach, Flur 8, Flurstück 68, Hof- und Gebäudefläche, Sudetenstraße, Größe 7,44 Ar,

soll am Freitag, 9. Juni 1967, um 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Langen, Darmstädter Straße 27, Zimmer Nr. 20, durch Zwangsvollstreckung, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 27. 10. 1966 (Tag des Versteigerungsvermerks): Handelsvertreter Franz Schürger und dessen Ehefrau Irma Schürger, geb. Müller, in Urberach, zu je $\frac{1}{2}$.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt worden auf 84 940,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

607 Langen (Hessen), 3. 4. 1967

Amtsgericht

1340

5 K 40/66: Das im Grundbuch von Egelsbach, Band 38, Blatt 2531, eingetragene Grundstück,

Nr. 2, Gemarkung Egelsbach, Flur 3, Flurstück 462/5, Hof- und Gebäudefläche, Höhenweg 4, Größe 6,29 Ar,

soll am Freitag, 16. Juni 1967, um 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Langen, Darmstädter Straße 27, Zimmer 20, zur Aufhebung der Gemeinschaft, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 30. 11. 1966 (Tag des Versteigerungsvermerks): Richard Hanker und Anna Fuhrmann, geb. Hanker, in Egelsbach, zu je ein Halb.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt worden auf 68 015,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

607 Langen (Hessen), 3. 4. 1967

Amtsgericht

1341

K 21 66: Das im Grundbuch von Langenselbold, Blatt 5454, eingetragene Grundstück,

Gemarkung Langenselbold, Flur 9, Flurstück 51, Ackerland, im Büchebeunegarten, Größe 12,49 Ar,

soll am 8. 6. 1967, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude hier, durch Zwangsvollstreckung, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 29. 11. 66 (Tag des Versteigerungsvermerks): Frau Herta Grigat, geb. Lösche, Langenselbold, Hinderdorfstraße 5

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG auf 130 000,— DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6456 Langenselbold, 5. 4. 1967

Amtsgericht

1342

Beschluß

K 11/66: Die dem Versicherungskaufmann Erich Krahulik gehörende Hälfte des im Grundbuch von Limburg, Band 86, Blatt 2735, eingetragenen Grundstücks,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Limburg, Flur 34, Flurstück 65, Lieg.-B. 3148, Gef.-B. 841, Hof- und Gebäudefläche, Gartenstraße 1, Größe 2,72 Ar,

soll am 5. Juni 1967, um 14.30 Uhr, im Gerichtsgebäude, Schiede Nr. 14, Zimmer Nr. 14, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 5. Dez. 1966 (Tag des Versteigerungsvermerks): Versicherungskaufmann Erich Krahulik und dessen Ehefrau Else, geb. Schwenk, beide in Mensfelden, je zur ideellen Hälfte.

Der Wert der Grundstückshälfte ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 20 100,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

625 Limburg, 23. 3. 1967

Amtsgericht

1343

Beschluß

7 K 8/66: Die im Grundbuch von Kirchvers, Band 22, Blatt 613, eingetragene Hälfte des Grundstücks,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Kirchvers, Flur 13, Flurstück 31/28, Lieg.-B. 238, Hof- und Gebäudefläche, Linsengarten, Größe 6,32 Ar,

soll am 3. August 1967, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, zu Marburg (Lahn), Universitätsstraße Nr. 48, Zimmer Nr. 157, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer an der Grundstückshälfte am 6. Mai 1966 (Tag des Versteigerungsvermerks): Maurer Willi Groß, in Erda (Krs. Wetzlar), jetzt Kirchvers (Landkreis Marburg/L.).

Der Wert der Grundstückshälfte ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 30 000,— DM; i. B.: dreißigtausend Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

355 Marburg (Lahn), 29. 3. 1967

Amtsgericht, Abt. 7

1344**Beschluß**

K 7/66: Die ideelle Hälfte der im Grundbuch von Niedergude, Band 9, Blatt 249, eingetragenen Grundstücke, Gemarkung Niedergude,

lfd. Nr. 1, Flur 5, Flurstück 118/40, Hof- und Gebäudefläche, im Weiher, Haus Nr. 59, Größe 1,42 Ar,

lfd. Nr. 2, Flur 5, Flurstück 117/58, Hof- und Gebäudefläche, im Weiher, Größe 1,34 Ar,

lfd. Nr. 3, Flur 10, Flurstück 1/15, Gartenland, Der Kegelskopf, Größe 31,66 Ar; Hutung, daselbst, Größe 4,39 Ar,

sollen am 9. Juni 1967, um 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Rotenburg a. d. Fulda, Untertor Nr. 2, Zimmer 8a, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 25. Mai 1966 (Tag des Versteigerungsvermerks): Landwirt und Zimmermann Konrad Schäfer II, in Niedergude, Haus Nr. 59, und dessen Ehefrau Katharina Elisabeth, geb. Schuchhardt, ebenda, je zur gedachten Hälfte.

Die Miteigentumshälfte der Ehefrau steht nicht zur Versteigerung an.

Der Wert der Grundstücke wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 8000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6442 Rotenburg a. d. Fulda, 31. 3. 1967

Amtsgericht

1345

K 6/66: Die im Grundbuch von Ulmbach, Band VII, Blatt 265, eingetragenen Grundstücke,

Nr. 10, Gemarkung Ulmbach, Flur 4, Flurstück 457, Hof- und Gebäudefläche, Untergasse 4, Größe 4,07 Ar,

Nr. 11, Gemarkung Ulmbach, Flur 4, Flurstück 465, Hof- und Gebäudefläche, Untergasse, Größe 1,64 Ar,

Nr. 12, Gemarkung Ulmbach, Flur 8, Flurstück 51/1, Ackerland, Grünland, in der Pfaffenstrut, Größe 207,21 Ar,

Nr. 13, Gemarkung Ulmbach, Flur 8, Flurstück 51/2, Ackerland, in der Pfaffenstrut, Größe 25,00 Ar,

Nr. 14, Gemarkung Ulmbach, Flur 11, Flurstück 53, Grünland, Die hintere Heustrut, Größe 67,00 Ar,

sollen am 8. Juni 1967, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Sitzungssaal, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 20. Juni 1966 (Tag des Versteigerungsvermerks): Weißbinder August Fritz, in Ulmbach.

Der Wert der Grundstücke wurde nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt: lfd. Nr. 10 auf 54 500,— DM; lfd. Nr. 11 auf 2600,— DM; lfd. Nr. 12 auf 14 504,70 DM; lfd. Nr. 13 auf 1750,— DM; lfd. Nr. 14 auf 9190,— DM.

Für die Grundstücke insgesamt wurde der Wert auf 82 544,70 DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6483 Salmünster, 30. 3. 1967

Amtsgericht

Öffentliche Ausschreibungen

1346

Darmstadt: Die Bauleistungen für 2 Durchlässe, Los 1 — K 63 — Landgraben Los 2 — K 67 — Schleimgraben sollen vergeben werden.

Leistungen u. a.

400 cbm Aushub

80 cbm Stahlbeton

100 lfd. m Betonfertigteile

15 t Betonstahl

und sonstige Nebenarbeiten.

Bauzeit: 75 Werktage für beide Bauwerke.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Angebotsunterlagen sind bis 21. April 1967 anzufordern; sie werden in doppelter Ausfertigung gegen eine Kostenerstattung in Höhe von 30,— DM portofrei zugestellt.

Der Betrag ist vor Abgabe der Unterlagen bei der Staatskasse Darmstadt, Neckarstraße 3a, Postscheckkonto Frankfurt (Main) Nr. 355 99 unter Angabe der Zweckbestimmung einzuzahlen.

Eröffnungstermin: am 17. Mai 1967, um 11.00 Uhr im Sitzungszimmer (Nr. 323/24) des Straßen-Neubauamtes Hessen-Süd, Darmstadt, Rheinstraße 19/21. Zuschlags- und Bindefrist: 31. Mai 1967.

61 Darmstadt, 6. 4. 1967

Straßen-Neubauamt Hessen-Süd

1348

Eschwege: Die Bauleistungen für den Deckenausbau mit seitlicher Fahrbahnverbreiterung auf der Bundesstr. Nr. 83 sollen vergeben werden.

Leistungen u. a.

Los I, km 17,700 — 18,800 zwischen Körle u. Röhrenfurth

1 100 cbm Erdbewegung

700 qm Frostschuttschicht (30 cm dick)

2 200 qm bit. Unterbau 0/35 (12 cm dick)

1 300 t bit. Unterbau Ausgleich

8 000 qm Asphaltbinderschicht 0/18 (84 kg/qm)

7 700 qm Asphaltfeinbetondeckschicht 0/12 (84 kg/qm)

und sonstige Nebenarbeiten.

Bauzeit: 60 Werktage.

Los II, km 19,050 — 20,050 zwischen Körle u. Röhrenfurth

rd. 1 000 cbm Erdbewegung

rd. 750 cbm Frostschuttschicht 30 cm stark

rd. 2 000 qm Bitu-Unterbau 0/35 (12 cm dick)

rd. 1 200 t Bitu-Unterbau 0/35 Ausgleich

rd. 7 200 qm Asphaltbinderschicht 0/18 mm 84 kg/qm

rd. 7 000 qm Asphaltfeinbetondeckschicht 0/12 mm (84 kg/qm)

und sonstige Nebenarbeiten.

Bauzeit: 60 Werktage.

Los III, km 35,800 — 37,500 zwischen Beiseförth u. Altmorschen

rd. 2 500 cbm Erdbewegung

rd. 1 500 cbm Frostschuttschicht 30 cm stark

rd. 4 000 qm Bitu-Unterbau 0/35 (12 cm dick)

rd. 1 900 t Bitu-Unterbau 0/35 Ausgleich

rd. 12 200 qm Asphaltbinderschicht 0/18 mm (84 kg/qm)

rd. 12 000 qm Asphaltfeinbetondeckschicht 0/12 mm (84 kg/qm)

rd. 12 lfd. m Rahmendurchlaß 3,00 m l. W., 1,25 m l. H.

und sonstige Nebenarbeiten.

Bauzeit: 100 Werktage.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Die Angebote sind bis spätestens 19. 4. 1967 anzufordern.

Angebotsunterlagen werden in doppelter Ausfertigung gegen eine Kostenerstattung in Höhe von 15,— DM abgegeben.

Der Betrag ist vor Abgabe der Unterlagen bei der Staatskasse Eschwege, Postscheckkonto Frankfurt (Main) 6746 oder Konto Nr. 147 bei der Kreissparkasse Eschwege, unter Angabe der Zweckbestimmung einzuzahlen.

Eröffnungstermin am 3. Mai 1967 um 11.00 Uhr beim Hess. Straßenbauamt Eschwege. Zuschlags- und Bindefrist beträgt 24 Werktage.

344 Eschwege, 6. 4. 1967

Hessisches Straßenbauamt Eschwege

1347

Marburg: Öffentliche Ausschreibung von Brückenbauarbeiten.

Die Arbeiten für die Verbreiterung der Ederbrücke in Frankenberger/E. im Zuge der B 253 km 28,831 sollen im Wege einer öffentlichen Ausschreibung vergeben werden.

Die Arbeiten umfassen im wesentlichen:

Abbrucharbeiten,

210 cbm B 300 für die Fahrbahnplatte

100 cbm B 300 Gehsteige und Widerlager

Geländer, Isolierung einschl. aller Nebenarbeiten.

Bauzeit: 100 Werktage.

Die Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung Hessen erfüllen.

Angebotsunterlagen werden in doppelter Ausfertigung gegen eine Kostenerstattung von 15,— DM abgegeben. Der Betrag ist vor Abgabe der Unterlagen bei der Staatskasse Marburg (Lahn), Postscheckkonto Ffm. Nr. 6758 unter Angabe der Zweckbestimmung einzuzahlen.

Meldeschluss: 27. April 1967.

Eröffnungstermin: 12. Mai 1967, um 11.00 Uhr im Zimmer 14 des Hessischen Straßenbauamtes Marburg (L.), Ketzerbach 11. Zuschlags- und Bindefrist: 30. Juni 1967.

355 Marburg (Lahn), 5. 4. 1967

Hessisches Straßenbauamt

1349

Eschwege: Die Bauleistungen für den Neubau der Brücke über die Eder von Bau-km 0,2 + 22 bis Bau-km 0,3 + 61 Los I und der Brücke über die Bundesbahn von Bau-km 0,4 + 31 bis Bau-km 0,5 + 17 im Zuge der Neuplanung von Landesstraßen im Raum Gensungen-Felsberg, Kreis Melsungen sollen vergeben werden.

Leistungen u. a.**Los I Brücke über die Eder:**

3 200 cbm	Bodenaushub
560 qm	Spundbohlen
400 lfd. m	Ortbetonpfähle
700 cbm	Fundamentbeton B 225
800 cbm	Stahlbeton B 300 für Widerlager, Flügel u. Pfeiler
1 400 cbm	Spannbeton B 450 für den Überbau
150 t	Betonstahl
70 t	Spannstahl

Los II Brücke über die Bundesbahn:

1 400 cbm	Bodenaushub
800 qm	Spundbohlen
700 cbm	Fundamentbeton B 300
90 cbm	Stahlbeton B 450 für die Säulen
1 300 cbm	Stahlbeton B 300 für die Widerlager u. Flügel
1 100 cbm	Spannbeton B 450 für den Überbau
120 t	Betonstahl
55 t	Spannstahl

Bauzeit einschl. Statik und Ausführungszeichnungen:

Los I Brücke über die Eder 340 Werktage.

Los II Brücke über die Bundesbahn 320 Werktage.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Die Angebotsunterlagen sind bis spätestens 3. 5. 1967 anzufordern. Sie werden in doppelter Ausfertigung gegen eine Kostenerstattung in Höhe von 40,— DM abgegeben.

Der Betrag ist vor Abgabe der Unterlagen bei der Staatskasse Eschwege, Postscheckkonto Frankfurt/Main 6746 oder Konto Nr. 147 bei der Kreissparkasse Eschwege, unter Angabe der Zweckbestimmung einzuzahlen.

Eröffnungstermin am 28. 6. 1967 um 10.00 Uhr beim Hess. Straßenbauamt Eschwege. Zuschlags- und Bindefrist beträgt 36 Werktage.

344 Eschwege, 6. 4. 1967

Hessisches Straßenbauamt

1350

Marburg: Die Bauleistungen für den Ausbau der Bundesstraße Nr. 252 zwischen a) Simtshausen und Münchhausen (Kr. Marburg), Str.-km 12,880 — 14,250, b) Münchhausen und Ernsthausen (Kr. Frankenberg), Str.-km 15,600 — 16,200 und Str.-km 16,900 — 17,100; Ernsthausen und Anschluß K 30 Str.-km 18,265 — 19,090

sollen vergeben werden.

Leistungen u. a.:

zu a)	4 000 cbm	Erdbewegung
	4 800 t	Frostschutzmaterial d. K. 0/35 mm
	6 200 qm	bit. Tragschicht d. K. 0/35 mm (145 kg/qm)
	4 200 qm	bit. Tragschicht d. K. 0/35 mm (290 kg/qm)
	10 400 qm	Deckschicht (je 85 kg/qm A.-Binder d. K. 0/18 u. A.-Feinbeton d. K. 0/12)

und sonstige Nebenarbeiten

zu b)	2 200 cbm	Erdbewegung
	13 600 t	Frostschutzmaterial d. K. 0/35 mm
	13 000 qm	bit. Tragschicht d. K. 0/35 (290 kg/qm)
	12 900 qm	Deckschicht (je 85 kg/qm A.-Binder d. K. 0/18 u. A.-Feinbeton d. K. 0/12)

und sonstige Nebenarbeiten.

Bauzeit: zu a) 100 Werktage.

zu b) 120 Werktage.

Die Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Angebotsunterlagen werden für beide Maßnahmen in doppelter Ausfertigung gegen eine Gebühr von je 8,— DM abgegeben. Der Betrag ist vor Abgabe der Unterlagen bei der Staatskasse Marburg/Lahn, Postscheckkonto Frankfurt (M.) Nr. 6758, unter Angabe der Zweckbestimmung einzuzahlen.

Meldeschuß zu a) und b) am 21. April 1967.

Eröffnungstermin: zu a) 3. Mai 1967, um 11.00 Uhr.

zu b) 3. Mai 1967, um 11.30 Uhr jeweils in Zimmer 14 des Hess. Straßenbauamtes Marburg/L., Ketzertbach 11. Zuschlags- und Bindefrist für beide Baumaßnahmen: 2. Juni 1967.

353 Marburg (Lahn), 7. 4. 1967

Hessisches Straßenbauamt

1351

Eschwege: Die Bauleistungen für den Deckenausbau mit Fahrbahnverbreiterung auf der Bundesstraße 487 zwischen Spangenberg u. Schnellrode, km 10,850 — 12,300 sollen vergeben werden.

Leistungen u. a.

600 cbm	Erdbewegung,
700 cbm	Frostschutzschicht 0/30 (20 cm dick),
4 000 t	Basaltausgleichsschicht 0/25 (20 cm dick),
10 500 qm	bit. Unterbau 0/35 (12 cm dick),
10 300 qm	Asphaltbinderschicht 0/18 (84 kg/qm),
10 200 qm	Asphaltfeinbetondeckschicht 0/12 (84 kg/qm),

und sonstige Nebenarbeiten.

Bauzeit: 100 Werktage.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Die Angebotsunterlagen sind bis spätestens 19. April 1967 anzufordern.

Angebotsunterlagen werden in doppelter Ausfertigung gegen eine Kostenerstattung in Höhe von 8,— DM abgegeben.

Der Betrag ist vor Abgabe der Unterlagen bei der Staatskasse Eschwege, Postscheckkonto Frankfurt/Main 6746 oder Konto Nr. 147 bei der Kreissparkasse Eschwege, unter Angabe der Zweckbestimmung einzuzahlen.

Eröffnungstermin am Dienstag, 9. Mai 1967 um 10.00 Uhr beim Hess. Straßenbauamt Eschwege. Zuschlags- und Bindefrist beträgt 24 Werktage.

344 Eschwege, 7. 4. 1967

Hessisches Straßenbauamt

1352

Wiesbaden: Die Unterhaltungsarbeiten auf Landesstraßen im Bereich der Straßenmeisterei Bad Schwalbach und Limbach sollen in zwei Losen vergeben werden.

Auszuführen sind die Lieferung und der Einbau folgender Baustoffe für beide Lose:

120 t	Kaltasphalt
1 000 t	Edelsplitt 2/5 bis 8/12 mm
130 t	bituminierter bzw. geteilter Edelsplitt
45 t	Basaltschotter
50 t	Asphaltfeinbeton 0/8 mm

sowie verschiedene Reparaturarbeiten.

Bauzeit bis 31. 7. 1967

Die Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Die Angebotsunterlagen werden in doppelter Ausfertigung gegen eine Kostenerstattung in Höhe von 4,20 DM je Los ab 9. 4. 1967 abgegeben.

Der Betrag ist vor Abgabe der Unterlagen bei der Staatskasse Wiesbaden Postscheckkonto Frankfurt (Main) Nr. 6830 zu Gunsten des Hessischen Straßenbauamtes Wiesbaden unter Angabe des Kennwortes „Flickarbeiten auf Landesstraßen, Straßenmeisterei Bad Schwalbach bzw. Straßenmeisterei Limbach“ einzuzahlen. (Abgabe der Unterlagen gegen Einzahlungssquittung.)

Die Lose sind getrennt im verschlossenen Umschlag mit der entsprechenden Aufschrift einzureichen.

Eröffnung: Im Hess. Straßenbauamt Wiesbaden, Klopstockstraße 6, Zimmer 13, am 20. April 1967, um 10.00 Uhr. Die Zuschlags- und Bindefrist beträgt 15 Werktage.

62 Wiesbaden, 4. 4. 1967

Hessisches Straßenbauamt

1353

Darmstadt: Die Bauleistungen zum Ausbau der L 3116 Ortsdurchfahrt Dudenhofen — Babenhäuser Str. in der Ortslage Dudenhofen (von km 7,504 bis km 7,900) sollen vergeben werden.

Leistungen u. a.

350 cbm	Kiessand liefern und einbauen
550 cbm	Bodenab- und -auftrag
1 600 cbm	vorh. Fahrbahn aufbrechen
700 t	Mineralbeton 0/55 mm
350 t	Mineralgemisch
3 000 qm	Asphaltbinder u. Asphaltfeinbeton je 85 kg/qm
100 cbm	Betonarbeiten

Verschiedenes

und sonstige Nebenarbeiten.

Bauzeit: 60 Werktage.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind bis spätestens 17. 4. 1967 anzufordern mit Angabe, ob die Unterlagen durch die Post übersandt werden sollen. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von 7,— DM, die in keinem Fall zurückerstattet werden, ist beizufügen.

Einzahlung bei der Staatskasse Darmstadt, Postscheckkonto 355 99 beim Postscheckamt Frankfurt (Main), mit Angabe: „Ausschreibungsunterlagen L 3116 — OD Dudenhofen“.

Selbstabholer erhalten die bestellten Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage der Vollmacht ab 20. 4. 67 in der Zeit von 8.00 bis 17.00 Uhr beim Hess. Straßenbauamt Darmstadt (Eingangsschalter).

Eröffnung: Mittwoch, den 3. Mai 1967, um 10.00 Uhr. Die Zuschlags- und Bindefrist beträgt 12 Werktage.

61 Darmstadt, 6. 4. 1967

Hessisches Straßenbauamt

1354

Darmstadt. Die Bauleistungen zum Ausbau der Landesstraße 3102 zwischen Lützelbach und Billings (von km 9,547 bis km 6,403) sollen vergeben werden.

Leistungen u. a.:

- 15 000 cbm Bodenabtrag
- 10 000 cbm Felsabtrag als Zulage
- 2 500 cbm Bodenlieferung
- 2 000 cbm Klessand liefern
- 5 000 t Mineralbeton liefern
- 4 000 t Bit. Mineralgemisch liefern
- 20 000 qm Asphaltbinder und Asphaltfeinbeton
- 800 lfd. m Porostrohre liefern und einbauen
- und sonstige Nebenarbeiten.

Bauzeit: 240 Werkstage.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind bis spätestens 4. 5. 1967 anzufordern mit Angabe, ob die Unterlagen durch die Post übersandt werden sollen. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von 8,— DM, die in keinem Fall zurückerstattet werden, ist beizufügen.

Einzahlung bei der Staatskasse Darmstadt, Postscheckkonto 35599 beim Postscheckamt Frankfurt (Main), mit Angabe: „Ausschreibungsunterlagen L 3102, Lützelbach—Billings“.

Selbstabholer erhalten die bestellten Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage der Vollmacht ab 20. 4. 1967 in der Zeit von 8.00 bis 12.00 Uhr beim Hess. Straßenbauamt Darmstadt (Eingangsschalter).

Eröffnung: Donnerstag, den 11. Mai 1967, um 10.00 Uhr. Die Zuschlags- und Bindefrist beträgt 18 Werkstage.

61 Darmstadt, 11. 4. 1967

Hessisches Straßenbauamt

1355

Hanau: 1.) Die Bauleistungen für den Ausbau der Bundesstraße 43 von km 15,400 bis km 16,300 innerhalb der Ortsdurchfahrt Meerholz (Krs. Gelnhausen) sollen vergeben werden.

Leistungen u. a.

- ca. 4 500 cbm Boden 2,24—2,26 ausbauen u. bis 3 km transportieren und einbauen.
- ca. 9 000 qm Fahrbahnaufbruch als Zulage zu Pos. 1
- ca. 2 500 qm Betonunterbau (mit leichter Bewehrung) 20 cm stark aufnehmen als Zulage zu Pos. 1
- ca. 2 700 t Hartsteinfrostschutzmaterial 0/35 mm einbauen.
- ca. 3 000 t Bindemittelmineralgemisch 0/35 mm einbauen.
- ca. 800 t Asphaltbinder 0/18 mm einbauen.
- ca. 9 000 qm Asphaltfeinbeton 0/8 mm 80 kg/qm einbauen.
- ca. 2 000 lfd. m zweizeilige Rinne aus Betonpflaster 16/16/14 verlegen.
- ca. 30 Stck. Einlaufschächte höhen- u. lagemäßig regulieren.
- ca. 30 Stck. Kontrollschachtabdeckung höhenmäßig regulieren.
- ca. 50 cbm Mauerwerk abbrechen u. wiederherstellen und sonstige Nebenarbeiten.

2.) Deckenverstärkung auf der Bundesstraße 40 von km 24,000 bis km 24,500 in der Ortsdurchfahrt Gelnhausen und von km 25,977 bis km 26,502 zwischen der Bundesbahnstrecke Frankfurt—Bebra und der Einmündung in die Bundesstraße 43.

Leistungen u. a.

- ca. 200 t Basaltsteinerde einbauen.
- ca. 3 t bit. Haftkleber
- ca. 650 t Bindemittelmineralgemisch 0/25 mm einbauen.
- ca. 550 t Asphaltbinder 0/18 mm einbauen.
- ca. 8 000 qm Asphaltfeinbeton 0/8 mm im Mittel 70 kg/qm
- ca. 1 000 lfd. m 0,50 m breite Basaltplasterterrinne ausbauen und bis zu 3 km transportieren.
- ca. 1 000 lfd. m dreizeilige Betonplasterterrinne 16/16/14 herstellen.
- ca. 20 Einlaufschächte regulieren.
- ca. 20 Kontrollschachtabdeckungen regulieren.
- ca. 35 Stck. Leitpfosten ausbauen u. wiederversetzen und sonstige Nebenarbeiten.

3.) Herstellung einer Deckenverstärkung und einer Standspur im Zuge der B 43 von km 4,723 bis km 5,482 in der Ortsdurchfahrt Niederrodenbach.

Leistungen u. a.

- ca. 1 000 cbm Erdaushub 2,24—2,26
- ca. 300 cbm Frostschutzkies 0/70 mm
- ca. 700 t Bindemittelmineralgemisch 0/25 mm u. 0/35 mm
- ca. 300 t Asphaltbinder 0/18 mm
- ca. 6 500 qm Asphaltfeinbeton 0/8 mm 60 kg/qm
- ca. 2 000 qm Asphaltfeinbeton 0/8 mm 80 kg/qm
- ca. 1 600 lfd. m 0,50 m breite Basaltplasterterrinne aufnehmen und abfahren.
- ca. 1 600 lfd. m dreizeilige Betonplasterterrinne 16/16/14 herstellen.
- ca. 1 200 lfd. m Betonhochbordsteine aufnehmen u. neu versetzen.
- ca. 60 Stck. Einläufe lage- u. höhenmäßig regulieren.
- ca. 30 Stck. Kanalschachtabdeckungen höhenmäßig regulieren u. sonstige Nebenarbeiten.

Bauzeit:

- Zu 1.) 130 Werkstage nach Zuschlagserteilung.
- Zu 2.) 40 Werkstage nach Zuschlagserteilung.
- Zu 3.) 60 Werkstage nach Zuschlagserteilung.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Angebotsunterlagen werden in doppelter Ausfertigung gegen eine Kostenerstattung in Höhe von je 10,— DM abgegeben.

Der Betrag muß vor Abgabe der Unterlagen bei der Staatskasse Hanau — Postscheckkonto Ffm 6752 — unter Angabe der Zweckbestimmung eingezahlt werden.

Die Unterlagen können ab Dienstag, den 18. April 1967 abgeholt werden.

Eröffnungstermin ist der 3. Mai 1967.

Zu 1.) um 10.00 Uhr.

Zu 2.) um 10.30 Uhr.

Zu 3.) um 11.00 Uhr.

Die Eröffnung findet beim Hessischen Straßenbauamt Hanau, Hanau (M.), Hainstraße 32, statt. Zuschlags- und Bindefrist: 17. Mai 1967.

645 Hanau, 7. 4. 1967

Hessisches Straßenbauamt

1356

Frankfurt: Die Bauleistungen für „Erneuerung der Fahrbahndecke und Bau von Zusatzspuren zw. km 144,8 und km 148,6 — Ost — der BAB-Strecke Köln—Frankfurt (M.) im Bereich der Am. Idstein-Ts. sollen vergeben werden.

Leistungen u. a.:

- 42 700 qm Mutterboden abheben,
- 65 500 cbm Bodenmassen einschl. Kofferbett abbaggern,
- 12 300 cbm Schüttmassen liefern und einbauen,
- 38 200 cbm Frostschutzkies 0-50 liefern und einbauen einschl. Entwässerungsarbeiten,
- 52 800 qm Zementvermörtelung 10 cm,
- 14 900 qm Betonstandspur und -Leitstreifen 20 cm dick,
- 12 900 qm Asphalttragschicht 10 cm dick,
- 41 906 qm Asphalttragschicht 18 cm dick,
- 41 906 qm Binder 8,5 cm u. Gußasphalt 3,5 cm dick herstellen.

Bauzeit: 130 Werkstage.

Voraussichtlicher Arbeitsbeginn: Anfang Juni 1967.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen, deren Druckstücke zum Preise von 3,— DM/Stück bei jedem Hessischen Straßenbauamt und dem hiesigen Amt erhältlich sind.

Bewerber werden gebeten, dem Autobahnamt Frankfurt (M.), Münchener Straße 4—6, bis spätestens 21. 4. 1967 schriftlich mitzuteilen, ob sie die Unterlagen abholen oder Postzustellung wünschen.

Der Beleg über die Einzahlung von 35,— DM für 2 Ausfertigungen bei der Staatskasse Frankfurt (M.), Postscheckkonto Frankfurt (M.) 6821 mit der Angabe: Ausschreibungsunterlagen für Fahrbahndeckenerneuerung km 144,8 — km 148,6 — Ost — ist beizufügen.

Für Selbstabholer werden die bestellten Ausschreibungsunterlagen am 25. April 67 in der Zeit von 9.00 Uhr bis 15.00 Uhr beim Autobahnamt Frankfurt (M.), Zimmer 523, ausgegeben.

Eröffnungstermin am 17. Mai 1967, 10.00 Uhr im Zimmer 221 des Autobahnamtes Frankfurt (M.), Münchener Straße 4—6. Zuschlags- und Bindefrist: 10. Juni 1967.

6 Frankfurt (Main), 4. 4. 1967

Autobahnamt Frankfurt (M.)
Münchener Straße 4—6

Andere Behörden und Körperschaften**1357**

Kraftloserklärungen: Durch Beschluß vom 10. März 1967 sind folgende Sparkassenbücher für kraftlos erklärt worden:

1. Sparkassenbuch Nr. 472 346, lautend auf Herrn Conrad Philipp Haub, Bad Soden (Ts.), Dachbergstraße 28
2. Sparkassenbuch Nr. 947 695, lautend auf Herrn Conrad Philipp Haub, Bad Soden (Ts.), Dachbergstraße 28
3. Sparkassenbuch Nr. 950 683, lautend auf Herrn Conrad Philipp Haub, Bad Soden (Ts.), Dachbergstraße 28
4. Sparkassenbuch Nr. 953 498, lautend auf Herrn Conrad Philipp Haub, Bad Soden (Ts.), Dachbergstraße 28
5. Sparkassenbuch Nr. 959 987, lautend auf Herrn Conrad Philipp Haub, Bad Soden (Ts.), Dachbergstraße 28
6. Sparkassenbuch Nr. 170 403, lautend auf Herrn Horst Dörrhöfer, Flörsheim (Main), Erzberger Straße 5
7. Sparkassenbuch Nr. 285 973, lautend auf Herrn Wilfried Katzenbach, Hofheim (Ts.), Borngasse 2
8. Sparkassenbuch Nr. 565 497, lautend auf Frau Christel Grimm, Kelkheim (Ts.), Hauptstraße 31

623 Ffm.-Höchst, 10. 3. 1967

KREISSPARKASSE DES MAIN-TAUNUS-KREISES
Der Vorstand

1358

Aufforderung: Folgende Personen haben die Kraftloserklärung der nachstehenden Sparkassenbücher beantragt:

1. Gemeinde Dudenhofen, „Rücklage Ferdinand Pfalzstiftung“, Dudenhofen, das Sparkassenbuch Nr. 14 378, lautend auf ihren Namen;
 2. Antonie Ritter geb. Amberg, Seligenstadt, Lindenstr. 8, das Sparkassenbuch Nr. 15 694, lautend auf ihren Namen;
 3. M. Scharfenberg, Weiskirchen, Feldstraße 9, das Sparkassenbuch Nr. 19 386, lautend auf den Namen Ute Scharfenberg, Weiskirchen, Feldstraße 9;
 4. Anna Schmitt, Jügesheim, Schwesternstr. 22, das Sparkassenbuch Nr. 39 717, lautend auf den Namen Adam Schmitt, Jügesheim, Schwesternstr. 22;
 5. Gert Löffler, Mühlheim/Main, Schmiedegasse 15, das Sparkassenbuch Nr. 106 121, lautend auf seinen Namen;
 6. Josefine Moll geb. Hatzenbruch, Mühlheim/Main, Bleichstr. 11, das Sparkassenbuch Nr. 108 790, lautend auf ihren Namen;
 7. Heinrich Ansel, Idar-Oberstein, Oberstweier 33, das Sparkassenbuch Nr. 111 663, lautend auf seinen Namen;
 8. Hermann Berlenbach, Seligenstadt, Fontanestr. 12, das Sparkassenbuch Nr. 602 303, lautend auf seinen Namen;
 9. Kurt Ende, Offenbach/M., Mittelseestraße 10, die Sparkassenbücher Nr. 38 013 und 607 079, lautend auf seinen Namen;
- Die Inhaber der Sparkassenbücher werden hiermit aufgefordert, binnen drei Monaten unter Vorlage der Sparkassenbücher ihre Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls die Sparkassenbücher für kraftlos erklärt werden.

6453 Seligenstadt (Hessen), 4. 4. 1967

BEZIRKS-SPARKASSE SELIGENSTADT
Der Vorstand

1359

Aufforderung: Die Nachgenannten haben die Kraftloserklärung folgender Sparkassenbücher beantragt:

Herr Franz Nobis, Bad Homburg v. d. H., Lange Meile 12, das Sparkassenbuch Nr. 44 383, lautend auf den gleichen Namen, Frau Gertrud Mai, Rodheim v. d. H., Feldbergstraße 7, das Sparkassenbuch Nr. 41 329, lautend auf den Namen Klaus Mai, Rodheim v. d. H., Feldbergstraße 7.

Der oder die Inhaber dieser Sparkassenbücher werden aufgefordert, binnen drei Monaten unter Vorlage der Sparkassenbücher ihre Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls die Sparkassenbücher für kraftlos erklärt werden.

638 Bad Homburg v. d. H., 31. 3. 1967

KREISSPARKASSE DES OBERTAUNUSKREISES
Bad Homburg v. d. H.
Der Vorstand

1360

Aufforderung: Die Nachgenannten haben die Kraftloserklärung folgender Sparkassenbücher beantragt:

1. Marga Barth, Untergeis, das Sparkassenbuch Nr. 2356,
2. Anni Haus, Oberhausen, das Sparkassenbuch Nr. 4008,
3. Turnverein v. 1848, Bad Hersfeld, das Sparkassenbuch Nr. 16698.

Der oder die Inhaber der Sparkassenbücher werden aufgefordert, binnen 3 Monaten unter Vorlage der Sparkassenbücher ihre Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls die Sparkassenbücher für kraftlos erklärt werden.

Kraftloserklärung: 1. Johannes Pfaff, Wölfershausen, das Sparkassenbuch Nr. 43150,

2. Elise Burges, Neukirchen/Z., das Sparkassenbuch Nr. 43868,
3. Karlfried Emmerich, Lengers, das Sparkassenbuch Nr. 142604.

Die genannten Sparkassenbücher werden gemäß § 14 Abs. 2 des Hessischen Sparkassengesetzes für kraftlos erklärt, da bis zum Ablauf der Aufgebotsfrist am 3. 1. 1967 keine Ansprüche angemeldet worden sind.

643 Bad Hersfeld, 28. 2. 1967

KREIS- UND STADTSPARKASSE BAD HERSFELD
Der Vorstand

1361

Kraftloserklärung: Durch Beschluß vom 29. März 1967 ist das Sparkassenbuch Nr. 108314 — Renate Einsle, Marburg a. d. Lahn, Elisabethstraße 9, — für kraftlos erklärt worden.

355 Marburg a. d. Lahn, 29. 3. 1967

SPARKASSE DER STADT MARBURG
Der Vorstand

1362

Kraftloserklärung: Durch Beschluß des Vorstandes vom 16. März 1967 sind die nachstehenden Sparkassenbücher für kraftlos erklärt worden:

1. Prof. Dr. Dietrich Schultz, Darmstadt, wegen Sonderkonto Fakultät für Kultur und Staatswissenschaften Darmstadt, Nr. 4 027 342;
2. Wilhelm Päsche, Darmstadt, Nr. 733 100;
3. Wilhelm Päsche, Darmstadt, Nr. 761 210;
4. Gerhard Bassendowski, Messel, Nr. 2 300 331;
5. Alois Bremberger, Darmstadt, Nr. 2 500 850;
6. Hans Jürgen Ramge, Seeheim, Nr. 1 300 627.

61 Darmstadt, 22. 3. 1967

STADT- UND KREISSPARKASSE DARMSTADT
Der Vorstand

1363

Kraftloserklärung: Durch Beschluß vom 13. März 1967 sind die nachgenannten Sparkassenbücher für kraftlos erklärt worden:

1. Sparkassenbuch Nr. 181556, Josef Künzl, Offenbach am Main;
2. Sparkassenbuch Nr. 300217, Christa Brandt, Offenbach am Main;
3. Sparkassenbuch Nr. 38183, Susi Schmeiser, Offenbach am Main;
4. Sparkassenbuch Nr. 516012, Johanna Rentrop, Offenbach am Main.

605 Offenbach (Main), 13. 3. 1967

STÄDTISCHE SPARKASSE OFFENBACH A. M.
Der Vorstand

1364

Aufforderung: Herr Siegfried Hörnicke, Kassel, Germaniast. 10, hat die Kraftloserklärung der Sparkassenbücher Nr. 120 — 925403 und Nr. 121 — 661359, lautend auf den Namen Toni Linke, Kassel, Hartwigstraße 31, beantragt.

Der Inhaber der Sparkassenbücher wird aufgefordert, binnen 3 Monaten unter Vorlage der Sparkassenbücher seine Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls die Sparkassenbücher für kraftlos erklärt werden.

35 Kassel, 4. 4. 1967

STADTSPARKASSE KASSEL
Der Vorstand

1365

Aufforderung: Frau Yvonne Henrich, Kelkheim (Ts.), Im Herrenwald 11a, hat die Kraftloserklärung ihres Sparkassenbuches Nr. 567 864 beantragt.

Der Inhaber wird aufgefordert, binnen drei Monaten unter Vorlage des Sparkassenbuches seine Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls das Sparkassenbuch für kraftlos erklärt wird.

623 Ffm.-Höchst, 10. 3. 1967

KREISSPARKASSE DES MAIN-TAUNUS-KREISES
Der Vorstand

1366

Aufforderung: Frau Anna Karell, Ffm.-Sindlingen, Krümming 6, hat die Kraftloserklärung ihres Sparkassenbuches Nr. 946 352 beantragt.

Der Inhaber wird aufgefordert, binnen drei Monaten unter Vorlage des Sparkassenbuches seine Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls das Sparkassenbuch für kraftlos erklärt wird.

623 Ffm.-Höchst, 10. 3. 1967

KREISSPARKASSE DES MAIN-TAUNUS-KREISES
Der Vorstand

1367

Aufforderung: Frau Auguste Vogt geb. Scholz, Kassel, Sodensternstraße 2, hat die Kraftloserklärung ihres Sparkassenbuches Nr. 105-034961 beantragt.

Der Inhaber des Sparkassenbuches wird aufgefordert, binnen 3 Monaten unter Vorlage des Sparkassenbuches seine Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls das Sparkassenbuch für kraftlos erklärt wird.

35 Kassel, 7. 4. 1967

STADTSPARKASSE KASSEL
Der Vorstand

1368

Aufforderungen: Nachstehend aufgeführte Personen haben die Kraftloserklärung der nachfolgend bezeichneten Sparkassenbücher beantragt:

Sparkassenbuch Nr. 54761, lautend auf Frau Helene Wieja geb. Mader, Dörnigheim Krs. Hanau, Wilhelmsbader Str. 43.

Sparkassenbuch Nr. 29651, lautend auf SPD Wolfgang-Ortsverein Wolfgang Krs. Hanau.

Die Inhaber vorstehender Sparkassenbücher werden aufgefordert, binnen 3 Monaten unter Vorlage der Sparkassenbücher ihre Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls die Sparkassenbücher für kraftlos erklärt werden.

645 Hanau, 10. 4. 1967

KREISSPARKASSE HANAU
Der Vorstand

1369

Kraftloserklärung: Durch Beschluß vom 22. März 1967 sind die Sparkassenbücher

- Nr. 151 — Frau Margarete Brescher, Langenselbold, Bogenstr. 19
- Nr. 57998 — Herr Otto Boos, Hanau (Main) Dettinger Str. 2

für kraftlos erklärt worden.

645 Hanau, 10. 4. 1967

KREISSPARKASSE HANAU
Der Vorstand

1370

Aufforderung: 1. Erwin Ritzert, 6140 Bensheim, Gärtnerweg 27 für das auf seinen Namen lautende Sparkassenbuch Nr. 111-64048

2. Heinrich Götz, 6070 Langen, Hügelstraße 8 für das auf seinen Namen lautende Sparkassenbuch Nr. 111-21617.

Die Inhaber der vorstehend aufgeführten Sparkassenbücher werden aufgefordert, binnen drei Monaten unter Vorlage der Sparkassenbücher ihre Rechte bei der Sparkasse anzumelden, widrigenfalls die Sparkassenbücher für kraftlos erklärt werden.

607 Langen, 5. 4. 1967

BEZIRKSPARKASSE LANGEN
Der Vorstand

1371

Kraftloserklärung: Durch Beschluß vom 10. April 1967 sind die Sparkassenbücher
Nr. 131-61413 Erika Sägebrect, 6079 Sprendlingen, Liebknechtstr. 7
Nr. 111-27097 Werner Schneider, 6070 Langen, Am Steinberg 31
für kraftlos erklärt worden.

607 Langen, 10. 4. 1967

BEZIRKSSPARKASSE LANGEN
Der Vorstand

1372

Aufgebot: Frau Lina Traum, Köddingen, Hershainer Str. 47, hat die Kraftloserklärung ihres Sparkassenbuches Nr. 314 187 bei unserer Hauptzweigstelle Groß-Felda beantragt.

Der Inhaber des Sparkassenbuches wird aufgefordert, binnen 3 Monaten unter Vorlage des Buches seine Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls das Sparkassenbuch für kraftlos erklärt wird.

6320 Alsfeld, 22. 3. 1967

KREISSPARKASSE ALSFELD
Der Vorstand

1373

Aufforderung: Frl. Gertrud Neumann, wohnhaft in Borken, Blumenweg Nr. 27 hat die Kraftloserklärung des Sparkassenbuches Nr. 33243 — lautend auf ihren Namen — beantragt.

Der oder die Inhaber des Sparkassenbuches werden aufgefordert, binnen 3 Monaten unter Vorlage des Sparkassenbuches ihre Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls das Sparkassenbuch für kraftlos erklärt wird.

3387 Borken (Bez. Kassel), 23. 3. 1967

STADTSPARKASSE BORKEN**1374**

Kraftloserklärung: Durch Beschluß vom 6. April 1967 sind nachstehende Sparkassenbücher für kraftlos erklärt worden:

Nr. 24.078 Helga Rest, Maden
Nr. 21.860 Günter Umbach, Haldorf.

3505 Gudensberg, 7. 4. 1967

STADTSPARKASSE GUDENSBERG
Der Vorstand

1375

Die Gemeinde Jügesheim (Kr. Offenbach/M.) — 7000 Einwohner, Ortsklasse A — stellt einen

Bau-Ingenieur

mit Abschlußprüfung einer Ingenieurschule, praktischen Kenntnissen im Hoch- und Tiefbau und nach Möglichkeit Erfahrungen in der kommunalen Bauverwaltung für die neugeschaffene Bauverwaltungsstelle zum alsbaldigen Dienst Eintritt ein.

Vergütung erfolgt nach BAT IVa mit zusätzlichem Urlaubsgeld.

Bewerbungen mit Lebenslauf, Zeugnisabschriften und Lichtbild sind bis 10. 5. 1967 an den Gemeindevorstand, 6054 Jügesheim, Postfach 44, einzureichen.

6054 Jügesheim, 6. 4. 1967

Der Gemeindevorstand
Albert
Bürgermeister

1376

Bei der Stadt NEU-ISENBURG ist die

Stelle eines Stadtsekretärs

zu besetzen.

Bewerber müssen die Verwaltungsprüfung I. abgelegt haben. Geboten werden Aufstiegsmöglichkeiten.

Bewerbungen mit handgeschriebenem Lebenslauf, Tätigkeitsnachweisen und Zeugnisabschriften sowie Lichtbild bitten wir bis spätestens 30. April 1967 zu richten an den MAGISTRAT DER STADT NEU-ISENBURG.

6078 Neu-Isenburg, 4. 4. 1967

Der Magistrat**1377**

Die Kreisstadt Erbach (6500 Einwohner) sucht zum Eintritt etwa ab Ende des Jahres 1967 als Leiter der Stadtkasse einen

Stadtsinspektor

Besoldungsgruppe A 9.

Spätere Beförderung zum Stadtoberinspektor möglich.

Bewerber müssen über umfassende und praktische Erfahrungen im Kassendienst verfügen und die II. Verwaltungsprüfung bestanden haben oder sich in Vorbereitung auf die II. Verwaltungsprüfung befinden.

Bewerbungen mit handgeschriebenem Lebenslauf, Lichtbild, Zeugnisabschriften einschl. Prüfungszeugnisse werden bis zum 15. Mai 1967 erbeten.

6122 Erbach, 10. 4. 1967

Magistrat der Kreisstadt Erbach
Borchers
Bürgermeister

Berater und Lieferer bei staatlichen und kommunalen Baumaßnahmen

Günter Rode

DIPL.-GARTENBAUINSPEKTOR
Gartenbauunternehmen

6101 Braunschardt b. Darmstadt · Am Stein 4—6
Fernsprecher 0 61 50 - 8 20

65 Mainz · Wallaustr. 43 · Fernsprecher 2 89 55

**DIPL.-ING. SCHEUERMANN u. MARTIN**

Beratende Ingenieure VBI
Tiefbautechnisches Büro

WIESBADEN

Adolfstraße 14 · Tel.-Sa.-Nr. 37 20 85, 37 20 86

KANALISATION
KLARANLAGEN
WASSERVERSORGUNG
STRASSENBAU

BERATUNG
ENTWURF
BAULEITUNG

Wenn die Mittel knapp

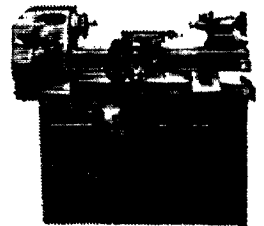
tut es vielleicht auch eine
kleinere

DREHBANK

mit Leit- und Zugspindel
130 x 610 mm (130 x 1000)
ab DM 3600,—

Ausführliches Angebot
sendet unverbindlich

ACKER & STICHEL — 645 HANAU/M. — Postfach 105
Telefon (0 61 81) 2 00 01 u. 2 28 63. Fernschreiber 04 184810.



Der Staats-Anzeiger für das Land Hessen erscheint wöchentlich montags. Fortlaufender Bezug nur durch die Postämter. **Bezugspreis** vierteljährlich DM 7,20. Herausgeber der Hessische Minister des Innern. Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt des amtlichen Teils Regierungsdirektor Gantz, für den übrigen Teil Karl Blum. Verlag: Buch- und Zeitschriftenverlag Kultur und Wissen GmbH & Co KG, 62 Wiesbaden, Postscheckkonto 6 Frankfurt/Main Nr. 143 00. Bankkonten: Bank für Gemeinwirtschaft 65 Mainz Nr. 78 326. Deutsche Effekten- und Wechselbank, 62 Wiesbaden Nr. 69 653. Hessische Landesbank Frankfurt/Main, Giro-Konto 15 542. Druck: Pressehaus Geisel Nachf., 62 Wiesbaden, Bahnhofstraße 33. Anzeigenannahme und Vertrieb: Staats-Anzeiger, 62 Wiesbaden, Wilhelmstraße 42. Sa.-Nr. 3 86 71. Fernschreiber: 04-186 648. Preis von Einzelstücken: bis 32 Seiten Umfang DM 1,50 und DM —,30 Versandkosten, bis 40 Seiten DM 2,— und DM —,35, bis 48 Seiten DM 2,40 und DM —,40 über 48 Seiten DM 2,60 und DM —,40. Lieferung gegen Vorauszahlung (keine Briefmarken) auf das Postscheckkonto des Verlages. **Anzeigenschluß:** 7 Tage vor Erscheinen. Anzeigenpreis lt. Tarif Nr. 5 vom 1. 1. 1966. Umfang dieser Ausgabe 32 Seiten.